



2 | 2003

56. Jg., 4.-5. KW, 31. Januar 2003

ifo Schnelldienst

Zur Diskussion gestellt

Brigitte Zypries, Heinz Putzhammer, Franz Häuser

- EU-Übernehmerichtlinie: Ungleiche Bedingungen in der EU durch Kommissions-Vorschlag?

Daten und Prognosen

Volker Rußig

- Wohnungsfertigstellungen: Anhaltender Rückgang in Europa

Wolfgang Nierhaus

- Wirtschaftskonjunktur 2002: Prognose und Wirklichkeit

Horst Penzkofer

- Innovationen in der Industrie: Leichter Rückgang 2001/2002

Oscar-Erich Kuntze

- Schweden: Konjunkturelle Erholung auf solidem Fundament

Im Blickpunkt

Anna Stangl

- Geschäftsbeziehungen USA/D

Erich Gluch

- ifo Architektenumfrage: Indikatoren erreichen neuen Tiefpunkt



Institut für
Wirtschaftsforschung
an der Universität München

ifo Schnelldienst ISSN 0018-974 X

Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.,
Poschingerstraße 5, 81679 München, Postfach 86 04 60, 81631 München,
Telefon (089) 92 24-0, Telefax (089) 98 53 69, e-mail: ifo@ifo.de.

Redaktion: Dr. Marga Jennewein.

Redaktionskomitee: Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Werner Sinn, Prof. Dr. Gebhard Flaig,
Dr. Heidemarie C. Sherman, Dr. Gernot Nerb, Dr. Martin Werding,
Dr. Robert Koll, Dr. Wolfgang Ochel.

Vertrieb: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Erscheinungsweise: zweimal monatlich.

Bezugspreis jährlich:

Institutionen EUR 225,-

Einzelpersonen EUR 96,-

Studenten EUR 48,-

Preis des Einzelheftes: EUR 10,-

jeweils zuzüglich Versandkosten.

Layout: Pro Design

Satz und Druck: ifo Institut für Wirtschaftsforschung.

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars.

Zur Diskussion gestellt

EU-Übernehmerichtlinie: Schafft der Vorschlag der Kommission ungleiche Bedingungen in der Europäischen Union?

3

Im Oktober 2002 hat die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag für eine einheitliche Regelung von grenzüberschreitenden Firmenübernahmen vorgelegt. Für *Brigitte Zypries*, Bundesjustizministerin, wird dieser Entwurf seinem Anspruch nicht gerecht, ein »einheitliches »level playing field« und damit faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen ... Durch die vorgesehenen Regelungen würden deutsche Unternehmen zum Verzicht auf Abwehrmöglichkeiten gezwungen, während zugleich den Unternehmen anderer Mitgliedstaaten gestattet würde, sich durch Mehrstimmrechte effektiv gegen Übernahmen abzuschotten.« *Heinz Putzhammer*, DGB, begrüßt zwar, »dass durch eine Richtlinie zur Regelung von Unternehmensübernahmen ein verlässlicher Rechtsrahmen und Transparenz in den Übernahmeverfahren geschaffen werden soll ... Der vorliegende Entwurf jedoch lässt zwar die in Frankreich und in skandinavischen Ländern bestehenden Doppel- und Mehrfachstimmrechte unberührt, fordert aber die Abschaffung der in Deutschland möglichen »Vorratsbeschlüsse« des Aufsichtsrates eines Unternehmens.« Auch Prof. Dr. *Franz Häuser*, Universität Leipzig, sieht die skandinavischen Länder und Frankreich im Vorteil. Für ihn verfehlt der EU-Vorschlag offenkundig das von der Kommission selbst gesteckte Ziel, gleiche Rahmenbedingungen für Unternehmensübernahmen zu schaffen.

Daten und Prognosen

Anhaltender Rückgang der Wohnungsfertigstellungen in Europa

11

Volker Rußig

Am 5. und 6. Dezember 2002 fand in München die 54. EUROCONSTRUCT-Konferenz statt. Von den Konferenzteilnehmern besonders hervorgehoben wurde, dass der Wohnungsneubau in Europa seit 1999 in eine steile Abwärtsbewegung geraten ist. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden ist 2002 auf rund 1,98 Mill. Wohneinheiten gesunken. Nach den Prognosen ist 2003 mit einem weiteren, bis 2005 anhaltenden Rückgang zu rechnen (Tiefpunkt bei rund 1,93 Mill. WE). Die Wohnungsbau-Intensität sinkt bis 2005 auf 4,3 WE/1 000 Einwohner; 1999 waren es noch bei 4,6 WE/1 000 Einwohner. Dieser Rückgang im europäischen Wohnungsneubau wird vor allem von Westeuropa verursacht, insbesondere Deutschland sowie Irland und Spanien ziehen kräftig nach unten. Große Unterschiede gibt es in Europa bei der Wohneigentumsquote mit Werten zwischen unter oder knapp über 40% (Schweiz und Deutschland) sowie über 80% (z.B. in Spanien sowie in Ungarn). An den Unterschieden bei der relativen Bedeutung des selbst genutzten Wohneigentums lässt sich die unverändert große Heterogenität der europäischen Wohnungs(bau)märkte ablesen.

Wirtschaftskonjunktur 2002: Prognose und Wirklichkeit

20

Wolfgang Nierhaus

Das vergangene Jahr hat sich für die deutsche Wirtschaft rückblickend als ein weiteres Jahr der enttäuschten Konjunkturerwartungen herausgestellt; auch das ifo Institut musste seine Deutschlandprognose im Jahresverlauf nach unten korrigieren. Die erwartete konjunkturelle Belebung in der zweiten Jahreshälfte 2002 blieb aus. Maßgeblich für die niedrige Leistung der deutschen Wirtschaft waren die durch den Irak-Konflikt ausgelösten Unsicherheiten, der Anstieg des Rohölpreises und die starken Kursrückgänge an den Finanzmärkten. Auch erwies sich die US-Konjunktur als wenig gefestigt.

Innovationsaktivität in der Industrie 2001/2002:

Leichter Rückgang auf hohem Niveau

24

Horst Penzkofer

Nach den Ergebnissen des jüngsten ifo Innovationstests realisierten in den letzten Jahren zwar über die Hälfte der Unternehmen Produkt- und/oder Prozessinnovationen, aber 2001 war erstmals ein merklicher Rückgang der Innovationsaktivitäten festzustellen. Gemessen an der Zahl der Unternehmen fiel der Innovatorenanteil um über 4 Prozentpunkte auf rund 54%, 2002 sank er auf 53%. Während der Anteilrückgang zwischen 2000 und 2001 insbesondere auf die geringere Innovationsaktivitäten der kleinen und mittleren Unternehmen zurückzuführen war, ist für den leichten Rückgang im vergangenen Jahr vor allem das Innovationsverhalten der Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten ursächlich. Bei Großunternehmen (1 000 und mehr Beschäftigte) nahm der Innovatorenanteil um rund 6 Prozentpunkte und bei Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten um rund 4 Prozentpunkte ab. Die Ausschöpfung des vorhandenen Potentials wird in Zukunft zunehmend durch steigende Innovationsaufwendungen in Verbindung mit einer Intensivierung des internationalen Wettbewerbs bedroht. Druck auf den mit Innovationen erzielbaren Return on Investment geht auch von der spürbaren Steigerung des Innovationstempos aus.

Schweden: Allmähliche konjunkturelle Erholung auf solidem Fundament

30

Oscar-Erich Kuntze

Schweden ist wirtschaftlich günstiger durch das Jahr 2002 gekommen als die meisten anderen westeuropäischen Länder. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte um 1¹/₂%, und die Beschäftigung hielt sich auf hohem Niveau. Die Arbeitslosenquote blieb während des Jahres auf der Höhe von 4,9%. Die Preise erhöhten sich im Schnitt des Jahres um 2%. 2003 dürfte das BIP um annähernd 1³/₄% steigen. Auf dem Arbeitsmarkt wird sich die Lage nicht nennenswert ändern. Die Konsumentenpreise dürften im Jahresdurchschnitt wieder um ca. 2% über dem Vorjahresniveau liegen. Im Jahr 2004 dürfte das BIP um 2¹/₄% zunehmen. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage im späteren Verlauf des Jahres, und der Preisauftrieb wird rund 2% betragen.

Im Blickpunkt

Die Verschlechterung des politischen Klimas USA/D gefährdet die deutschen Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern nicht

39

Anna Stangl

In der Presse wird die Haltung der USA in der Irak-Politik und die damit verbundene Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA diskutiert. Die Ergebnisse zweier vor kurzem vom ifo Institut durchgeführten Umfragen deuten aber darauf hin, dass die deutschen Exporte in die USA von dieser Stimmungsverschlechterung nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

ifo Architektenumfrage: Alle Indikatoren erreichen neue Tiefpunkte

42

Erich Gluch

Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Hochbauarchitekten in neun Bundesländern (ohne Baden-Württemberg, Berlin und die neuen Bundesländer) hat sich das Geschäftsklima zu Beginn des 4. Quartals 2002 gegenüber dem Vorquartal erheblich verschlechtert. Es ist mittlerweile so frostig wie noch nie seit Beginn der ifo Architektenumfrage vor über 20 Jahren.

EU-Übernehmerichtlinie: Schafft der Vorschlag der Kommission ungleiche Bedingungen in der Europäischen Union?

Auch der neue Vorschlag der EU-Kommission für eine einheitliche Regelung von grenzüberschreitenden Firmenübernahmen stößt auf Kritik. Sind deutsche Unternehmen durch die neue Richtlinie benachteiligt?

Die neue Übernehmerichtlinie – mit den deutschen Änderungsvorschlägen auf dem Weg zu einem »level playing field«

Am 2. Oktober 2002 hat die Europäische Kommission einen neuen Vorschlag für eine 13. Richtlinie betreffend Übernahmeangebote vorgelegt und damit einen erneuten Versuch unternommen, auf diesem seit Jahren in der Diskussion befindlichen Gebiet zu einer Einigung zu gelangen. Mit der Richtlinie soll die Rechtssicherheit bei transnationalen Übernahmevergängen erhöht und der Schutz der Minderheitsaktionäre gewahrt werden. Diese Ziele überzeugen. Der Aktionärschutz in den einzelnen Mitgliedstaaten befindet sich auf einem unterschiedlichen Niveau; zugleich steigt die Zahl grenzüberschreitender Übernahmeverfahren. Ein Tätigwerden der Europäischen Gemeinschaft ist daher sinnvoll. Ob Deutschland den Vorschlag der Kommission unterstützen kann, hängt jedoch ganz maßgeblich von dessen Inhalt ab, der im Folgenden näher dargestellt und bewertet werden soll.

Stand des Verfahrens

Bei dem letzten Vorschlag hatten sich Rat und Parlament in einem Vermittlungsverfahren auf einen gemeinsamen Text geeinigt, der jedoch im Juli 2001 im Europäischen Parlament bei Stimmengleichheit abgelehnt wurde. Die Kritik des Europäischen Parlaments richtete sich dabei vorrangig darauf, dass die Richtlinie keine gleichen Rahmenbedingungen für Unternehmensübernahmen, also kein faires »level playing field« garantiere. Aber auch andere Kritikpunkte wie der nicht ausreichende Harmonisierungsgrad, die mangelnde Berücksichtigung der Arbeitnehmerrechte und die komplexe Regelung zum anwendbaren Recht sowie des

zuständigen Aufsichtsorgans führten zur Ablehnung der Übernehmerichtlinie durch das Europäische Parlament.

Richtlinienvorschlag der Kommission

Der neue Vorschlag der Kommission knüpft in weiten Teilen an den im Europäischen Parlament gescheiterten Text an und versucht, ihn in den kritisierten Punkten zu ergänzen. Dabei greift die Kommission auch auf den Bericht einer nach dem Scheitern des letzten Entwurfs eingesetzten Hochrangigen Expertengruppe (High Level Group of Company Law Experts) zurück. Die international besetzte Gruppe hatte die Aufgabe, die Kommission bei der Ausarbeitung eines neuen Richtlinienvorschlags zu unterstützen. Sie hat im Januar 2002 ihren Bericht vorgelegt.

Kernpunkte des neuen Richtlinienvorschlags, mit denen ein »level playing field« hergestellt werden soll, sind die Artikel 9, 10 und 11.

Artikel 9 regelt die Neutralitätspflicht des Leitungs- und Verwaltungsorgans der von der Übernahme betroffenen Zielgesellschaft. Danach darf der Vorstand Abwehrmaßnahmen, die den Erfolg des Angebots verhindern könnten, nur mit vorheriger Genehmigung der Hauptversammlung vornehmen. Dadurch soll gewährleistet werden, dass die Eigentümer der Gesellschaft über einen Kontrollwechsel entscheiden und nicht das Management. Entfallen ist jedoch in dem neu vorgelegten Entwurf die Möglichkeit, dass die Hauptversammlung den Vorstand in einem Vorratsbeschluss bis zu 18 Monate vor der Annahmefrist für ein Übernahmeangebot zu einer Kapitalerhöhung ohne Bezugsrechtsausschluss ermächtigt.



Brigitte Zypries*

* Brigitte Zypries ist Bundesministerin der Justiz.

Dies würde bedeuten, dass auch Vorratsbeschlüsse nach deutschem Recht nicht mehr zulässig sind. Allerdings sieht der Entwurf vor, dass die Mitgliedstaaten die Anwendung dieser Bestimmung bis zu drei Jahre nach dem Umsetzungstermin aussetzen können. Demnach könnten die abweichenden Regelungen im deutschen Recht noch bis zum 1. Januar 2008 Anwendung finden.

Ganz neu ist die Regelung in Artikel 10. Danach sollen die Mitgliedstaaten den potentiellen Zielgesellschaften umfangreiche Pflichten zur Information über die Kapitalstruktur, besondere Rechte einzelner Anteilhaber und sonstige Faktoren, welche sich als Übernahmehindernisse auswirken können, vorschreiben.

Artikel 11 enthält die so genannte »Durchbruchsregelung«. Danach entfalten Übertragungs- und Stimmrechtsbeschränkungen im Falle eines Übernahmeangebots keine Wirkung. Diese Beschränkungen sowie besondere Rechte der Gesellschafter zur Ernennung oder Abberufung der Mitglieder des Leitungs- bzw. Verwaltungsorgans haben außerdem auch in der ersten Hauptversammlung nach Angebotsabschluss keine Wirkung. Hiervon ausdrücklich nicht erfasst sind jedoch Doppel- und Mehrstimmrechte.

Ungleiche Ausgangs- und Wettbewerbsbedingungen

Der Entwurf einer Übernahmerrichtlinie wird dem Anspruch nicht gerecht, ein einheitliches »level playing field« und damit faire Wettbewerbsbedingungen zu schaffen. Das Zusammenspiel der Neutralitätspflicht aus Artikel 9 einerseits und der – unvollständigen – »Durchbruchsregelung« in Artikel 11 andererseits schafft ungleiche Ausgangs- und Wettbewerbsbedingungen für Unternehmensübernahmen in Europa. Durch die vorgesehenen Regelungen würden deutsche Unternehmen zum Verzicht auf Abwehrmöglichkeiten gezwungen, während zugleich den Unternehmen anderer Mitgliedstaaten gestattet würde, sich durch Mehrstimmrechte effektiv gegen Übernahmen abzuschotten.

Mehrstimmrechte

Einige Mitgliedstaaten, insbesondere Frankreich und Schweden, gestatten in ihrem nationalen Recht Mehrstimmrechte. In anderen Staaten, z.B. in Deutschland, sind sie nicht mehr zulässig. Die Nichteinbeziehung von Mehrstimmrechten in Artikel 11 der Richtlinie führt daher im Ergebnis zu einer Benachteiligung von Unternehmen, die in Mitgliedstaaten mit einem Verbot von Mehrstimmrechten ansässig sind. Sie können sich nicht durch ein solch wirksames Hindernis gegen Übernahmen schützen. Für diese Ungleichbehandlung von Doppel- und Mehrstimmrechten gegenüber an-

deren Übertragungs- und Stimmrechtsbeschränkungen gibt es keine überzeugenden Gründe. Die Ungleichbehandlung von Mehrstimmrechten dient vielmehr – wie auch die Kommission einräumt – vorrangig dem Ziel, die für die Verabschiedung der Richtlinie erforderliche Mehrheit zu erhalten. Ein derartig sachfremdes Vorgehen zu Lasten einzelner Mitgliedstaaten ist inakzeptabel und dürfte gegen den europarechtlichen Grundsatz der Gleichbehandlung verstoßen.

Die Kommission argumentiert, dass mit Mehrstimmrechten ausgestattete Wertpapiere Teil eines gesellschaftsrechtlichen Finanzierungssystems seien. Es sei nicht bewiesen, dass dieses System öffentliche Übernahmeangebote unmöglich mache. Gleiches gelte für Wertpapiere mit Doppelstimmrechten, die zu einer gewissen Stabilität der Eigentumsverhältnisse beitragen könnten. Die Aufhebung von Mehrstimmrechten – zumal ohne Entschädigung – würde in manchen Rechtsordnungen verfassungsrechtliche Probleme aufwerfen. Dies könnte die Annahme der Richtlinie gefährden oder zumindest auf lange Zeit hinausschieben. Sollte sich schließlich herausstellen, dass diese Instrumente doch für Übernahmen hinderlich seien, so könnte insoweit nach der Revisionsklausel des Artikel 18 später eine erneute Prüfung eingeleitet werden.

Ich halte diese Argumente nicht für überzeugend. Mehrstimmrechte sind eines der wichtigsten Übernahmehindernisse. Dies stellt auch das von der Kommission selbst in Auftrag gegebene Gutachten der Hochrangigen Expertenkommission fest. Mehrstimmrechte durchbrechen den Grundsatz »ein Anteil, eine Stimme« (»one share, one vote«); Kapitalbeteiligung und Stimmkraft stimmen nicht mehr überein. Dies erschwert es jedem Bieter, die für eine Übernahme erforderliche Kontrolle aufzubauen.

Der deutsche Gesetzgeber hat daher Mehrstimmrechte durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich aus dem Jahr 1998 abgeschafft. Noch bestehende Mehrstimmrechte erlöschen in der Regel zum 1. Juni 2003. Im Rahmen dieses Gesetzgebungsvorhabens ist auch die Frage geprüft worden, ob es sich bei der Abschaffung der Mehrstimmrechte um eine Enteignung oder einen enteignungsgleichen Eingriff handelt. Dies ist nicht der Fall. Eigentum am Unternehmen schafft lediglich der in der Aktie verkörperte Anteilsbesitz; die Mehrstimmrechte haben darüber hinaus in der Regel keinen eigenständigen wirtschaftlichen Wert. Dennoch haben wir einen Ausgleichsanspruch für das Erlöschen der Mehrstimmrechte in das Gesetz aufgenommen, um einen möglichst reibungslosen Übergang zu gewährleisten. Allerdings dürfte der auszugleichende Wert in der Regel gegen Null tendieren. Dies ist auch von der Rechtsprechung so gesehen worden.

Das deutsche Beispiel ist insofern sehr illustrativ, als es zeigt, dass es möglich ist, Mehrstimmrechte ohne erhebliche ver-

fassungsrechtliche Probleme vollständig abzuschaffen. Zwar kann von der deutschen Rechtslage nicht ohne weiteres auf die verfassungsrechtliche Situation in anderen europäischen Staaten geschlossen werden. Die Durchbrechung von Mehrstimmrechten in einer Übernahmesituation dürfte jedoch insgesamt weniger bedenklich sein als von der Kommission angenommen. Zudem lassen sich durchaus Modelle für einen finanziellen Ausgleich denken, wenn Mehrstimmrechte im Falle einer Übernahme für kraftlos erklärt werden.

Abwehrinstrumente des deutschen Rechts

Im deutschen Recht regelt das seit Januar 2002 geltende Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz zwei wichtige Abwehrinstrumente gegen Übernahmen: Zulässig sind Abwehrmaßnahmen des Vorstands aufgrund eines Vorratsbeschlusses der Hauptversammlung und Abwehrmaßnahmen des Vorstands mit Zustimmung des Aufsichtsrats. Der von Rat und Parlament im Jahr 2001 beschlossene Text der Richtlinie sah ebenfalls vor, dass die Hauptversammlung den Vorstand bis zu 18 Monate im Voraus zu einer Kapitalerhöhung ohne Bezugsrechtsausschluss ermächtigen konnte. Diese Ermächtigung sollte auch im Falle eines Übernahmeangebots seine Geltung behalten. Der neue Vorschlag greift diese Regelung leider nicht wieder auf.

Der Richtlinienvorschlag folgt bedauerlicherweise auch nicht der Lösung des deutschen Rechts, wonach der Vorstand Abwehrmaßnahmen auch mit Zustimmung des Aufsichtsrats ergreifen kann.

Verhältnis zu Drittstaaten

In seiner derzeitigen Fassung zwingt der Richtlinienvorschlag die Mitgliedstaaten dazu, im Fall einer Übernahme durch ein Unternehmen aus einem Drittstaat, der nicht der Europäischen Union angehört, auf rechtliche Abwehrmöglichkeiten zu verzichten. Dies halte ich etwa bei Übernahmen durch US-amerikanische Unternehmen für besonders problematisch.

US-amerikanischen Unternehmen steht beispielsweise ein umfangreiches Arsenal an Abwehrmöglichkeiten zur Verfügung. Der Richtlinienvorschlag lässt hingegen solche Verteidigungsmöglichkeiten nicht zu. Begeben sich die europäischen Staaten nicht nur im Verhältnis untereinander, sondern auch im Verhältnis zu anderen Staaten, wie den USA, ihrer rechtlichen Abwehrmechanismen bei Unternehmensübernahmen, so besteht auch international kein »level playing field« mehr und die Wettbewerbschancen verschieben sich zu ihren Ungunsten. Dies kann nicht Ziel der Übernahmerrichtlinie sein, die vor allem darauf abzielt, *innerhalb* der Europäischen Union den Binnenmarkt zu fördern.

Deutsche Vorschläge zur Schaffung eines »level playing field«

Die Bundesregierung hat zu den zentralen Punkten des Entwurfs konkrete Änderungsvorschläge erarbeitet, die in den Diskussionsprozess im Rat eingebracht worden sind. Die Vorschläge betreffen die drei von mir angesprochenen Punkte: die Einbeziehung der Mehrstimmrechte in den Anwendungsbereich der Richtlinie, die Erhaltung des Abwehrinstrumentariums des deutschen Rechts, d.h. die Zulassung von Vorratsbeschlüssen und Abwehrmaßnahmen mit Zustimmung des Aufsichtsrats, und die Herstellung eines »level playing field« im Verhältnis zu Drittstaaten.

Wir schlagen vor, dass auch Mehrstimmrechte der Durchbrechungsregelung des Artikels 11 unterfallen und während einer Übernahme keine Wirkung entfalten sollen. Dabei sollte eine Ausgleichsregelung eine angemessene Kompensation für die Inhaber solcher Aktien mit Mehrstimmrechten garantieren. Wenn Mehrstimmrechte im Falle einer Übernahme keine Wirkung mehr entfalten, sollen die Inhaber von Aktien mit Mehrstimmrechten danach ein besonderes Veräußerungsrecht für ihre Aktien an den Bieter (Andienungsrecht) erhalten. Der von diesem zu zahlende Preis soll sich in erster Linie an dem von ihm bereits für Mehrstimmrechtsaktien gezahlten Preis orientieren. Hat der Bieter im Vorfeld keine Mehrstimmaktien erworben, so ist der für Aktien mit einfachem Stimmrecht gezahlte Preis mit einem Aufschlag für die Mehrstimmrechte zu versehen. In jedem Fall würde so ein etwaiger Mehrwert von Mehrstimmaktien gegenüber Aktien mit einfachem Stimmrecht berücksichtigt. Ein solcher Vorschlag würde die von der Kommission angesprochenen Probleme lösen und es ermöglichen, die Mehrstimmrechte ohne rechtliche Probleme in den Anwendungsbereich der Richtlinie mit einzubeziehen.

Nach dem hiesigen Vorschlag sollen die im deutschen Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz vorgesehenen Abwehrinstrumente gegen Übernahmen auch weiterhin zulässig bleiben. In die Richtlinie sollten daher Regeln aufgenommen werden, wonach die Hauptversammlung den Vorstand bis zu 18 Monate im Voraus mit einem Vorratsbeschluss ermächtigen kann, Abwehrmaßnahmen gegen zukünftige Übernahmen zu ergreifen. Der Vorschlag knüpft hier an die Regelung an, die auch bereits im früheren Text der Richtlinie enthalten war und erweitert diese in sachgerechter Weise.

Weiterhin soll die Möglichkeit bestehen bleiben, mit Zustimmung des Aufsichtsrats Abwehrmaßnahmen vorzunehmen. Der Vorschlag berücksichtigt insofern nicht nur das deutsche Recht, sondern auch die Forderung des Europäischen Parlaments und des Europäischen Gewerkschaftsbunds nach einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmerseite.

Schließlich will der deutsche Vorschlag ein »level playing field« auch im Verhältnis zu Drittstaaten, die nicht Mitglieder der Europäischen Union sind, herstellen. Im Verhältnis zu ihnen sollen die Vorschriften der Richtlinie keine Anwendung finden.

Verschiedene andere Mitgliedstaaten teilen unsere generellen Bedenken gegenüber dem Entwurf der Kommission. Wir hoffen daher, dass in der weiteren Diskussion auf der Grundlage unserer Vorschläge Verbesserungen erreicht werden können, die am Ende die Verabschiedung der Richtlinie im Konsens zulassen und ein »level playing field« ermöglichen.



Heinz Putzhammer*

Unternehmenskulturen sollten gewahrt werden

Grundsätzlich ist es zu begrüßen, dass durch eine Richtlinie zur Regelung von Unternehmensübernahmen ein verlässlicher Rechtsrahmen und Transparenz in den Übernahmeverfahren geschaffen werden soll. Jedoch muss die Richtlinie den »Zielunternehmen«, also den Unternehmen, denen ein Übernahmeangebot gilt, ausreichende Möglichkeiten einräumen, der Übernahme gegebenenfalls mit Abwehrmaßnahmen entgegenzutreten, um ihr eigenes Unternehmensinteresse zu wahren. Die Instrumente, die den Unternehmen hierfür zu Verfügung stehen, müssen in den jeweiligen Mitgliedstaaten der EU in ihrer Wirkung vergleichbar sein. Die in den einzelnen Mitgliedstaaten gewachsenen Industrie- und Unternehmenskulturen sehen unterschiedliche Gegenmaßnahmen bei Übernahmeangeboten vor. Diese verschiedenen Kulturen gilt es zu respektieren. Änderungen der nationalen Regelungen durch ein gemeinsames europäisches Übernahmerecht müssen so gestaltet werden, dass sie die verschiedenen Traditionen der Mitgliedstaaten nicht in unterschiedlicher Intensität beeinträchtigen.

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine »Richtlinie betreffend Übernahmeangebote« gewährleistet dies nicht und schafft damit in der Tat ungleiche Bedingungen in Europa. Sollte der Vorschlag in der jetzt vorliegenden Fassung verabschiedet werden, würde er das Ziel, für ein »level-playing-field« bei Unternehmensübernahmen in allen Mitgliedstaaten zu sorgen, nicht erreichen. Der vorliegende Richtlinienentwurf muss also abgeändert werden.

Die Richtlinie muss ein System schaffen, das unterschiedlichen nationalen Besonderheiten Rechnung trägt. Der vorliegende Entwurf jedoch lässt zwar die in Frankreich und in

* Heinz Putzhammer ist Vorstandsmitglied des DGB.

skandinavischen Ländern bestehenden Doppel- und Mehrfachstimmrechte unberührt, fordert aber die Abschaffung der in Deutschland möglichen »Vorratsbeschlüsse« des Aufsichtsrates eines Unternehmens. Nach welchen Kriterien die Europäische Kommission diese Auswahl trifft, ist nicht erkennbar.

Die Mehrfachstimmrechte sind in Deutschland bereits weitestgehend abgeschafft worden. Europaweit stehen die Regelungen über »Goldene Aktien« auf dem Prüfstand des Europäischen Gerichtshofs. Vor diesem Hintergrund ist nicht verständlich, warum die Europäische Kommission in der Begründung des Richtlinienentwurfs von dem Grundsatz ausgeht, die in anderen Mitgliedstaaten vorhandenen Mehrfachstimmrechts-Regelungen beeinträchtigten Übernahmen nicht. Auch ein zweites Argument der Europäischen Kommission, Änderungen bestehender Regelungen über Mehrfachstimmrechte griffen zu stark in das Verfassungsrecht der betroffenen Mitgliedstaaten ein, ist nicht überzeugend. Das Argument wird nicht stringent angewendet. Die Rücksichtnahme auf wesentliche Rechtsgüter in den Mitgliedstaaten müsste in Deutschland zum Erhalt der bestehenden Regelung über Vorratsbeschlüsse führen, denn diese sind Ausdruck des Mitbestimmungsrechts.

Die Uneinheitlichkeit der Argumentation macht deutlich, dass es sich bei der Debatte um die Übernahmerichtlinie im Grunde um die Frage handelt, welche Unternehmenskultur künftig in Europa vorherrschen soll. Insgesamt lässt sich erkennen, dass die Europäische Kommission das Ziel verfolgt, ein angelsächsisch geprägtes Unternehmensverständnis einzuführen. Zu diesem passen weder die Mehrfachstimmrechte noch die Vorratsbeschlüsse, doch offenbar scheint sich aus Sicht der Kommission die Abschaffung der in Deutschland möglichen Vorratsbeschlüsse schneller durchsetzen zu lassen, als die Frage der Mehrfachstimmrechte anzugehen.

Es wird also in den kommenden Beratungen über den Richtlinienentwurf nicht damit getan sein, die verschiedenen Arten der Abwehrmaßnahmen gegeneinander aufzurechnen. Es wird nicht ausreichen, im Fall Deutschlands gewissermaßen als Kompensation für den Verlust der Vorratsbeschlüsse die Mehrfachstimmrechte wieder einzuführen. Es wird vielmehr darauf ankommen, den wesentlichen Gedanken in die Richtlinie einzuführen, dass es bei der Übernahme von Unternehmen um die Wahrung unterschiedlicher schutzwürdiger Interessen geht und nicht allein um Shareholder Value. Die Abwehrmaßnahmen sind Ausdruck dieses Gedankens, dass bei Übernahmen verschiedene Interessen gegeneinander abgewogen werden müssen. Gerade deswegen muss die Möglichkeit zu Abwehrmaßnahmen aufrechterhalten bleiben.

Der Richtlinienentwurf stellt hingegen vorrangig darauf ab, bei Unternehmensübernahmen die Interessen der Minder-

heitenaktionäre zu wahren. Sie sollen beim Verkauf ihrer Anteile im Zuge der Übernahme einen möglichst hohen Preis erzielen. So wichtig der Schutz von Kleinaktionären im Einzelfall sein mag, gerade wenn diese aus der Belegschaft des Unternehmens kommen, bei Unternehmensübernahmen geht es jedoch um mehr als um den Wert der Aktie. Es geht darum, wie sich die Übernahme auf die Beschäftigungssituation auswirken und welche Folgen sie für den betroffenen Standort haben wird. Die Sicherung von Standorten und Arbeitsplätzen gehört zum unmittelbaren Unternehmensinteresse der Zielgesellschaft. Sie muss in ausreichender Weise einbezogen und beachtet werden, im Sinne des betroffenen Unternehmens, aber auch mit Blick auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung.

Der Richtlinienentwurf setzt stillschweigend voraus, dass durch Übernahme der Börsenwert eines Unternehmens steigt und damit dem Interesse der Anteilseigner gedient wird. Da der Börsenwert eines Unternehmens sich jedoch in der Regel von dessen nachhaltigem Wert unterscheidet, müssen Wertzuwächse an den Aktienmärkten nicht realen Produktionszuwächsen entsprechen. Erfahrungswerte zeigen, dass etwa die Hälfte aller Fusionen nicht die erhofften Resultate bringen und insbesondere nicht zu unmittelbaren Wertzuwächsen führen. Die wirtschaftliche Effizienz von Fusionen und ihr volkswirtschaftlicher Nutzen sind mithin zweifelhaft. Umso wichtiger ist die Einbeziehung beschäftigungspolitischer Erwägungen in die Übernahmeverfahren. Bei einer einseitigen Shareholder-Value-Orientierung besteht oftmals die Gefahr negativer arbeitsmarktpolitischer Folgen, wie etwa der Kostensenkung durch Rationalisierung oder des Arbeitsplatzabbaus durch Outsourcing.

Nicht zuletzt deswegen ist die von der Europäischen Kommission in ihrem Vorschlag geforderte Neutralitätspflicht der Leitungsorgane der Zielgesellschaft im Falle eines Übernahmeangebotes problematisch. Diese Neutralitätsforderung ist es, die die Abschaffung der nach dem deutschen Wertpapier- und Übernahmegesetz bisher möglichen Vorratsbeschlüsse notwendig machen würde. Damit entfielen das Recht des Aufsichtsrates, dem Vorstand vorab eine Handlungsermächtigung zu erteilen, auf deren Grundlage er Abwehrmaßnahmen vornehmen kann. Solche Maßnahmen soll der Vorstand nach dem Richtlinienvorschlag nicht mehr kraft Ermächtigung durch den Aufsichtsrat, sondern nur noch mit Zustimmung der Hauptversammlung, und zwar in unmittelbarem Zusammenhang mit einem Übernahmeangebot möglich sein. Zum einen dürfte die Einberufung der Hauptversammlungen im laufenden Übernahmeverfahren zu zeitaufwendig sein, zum anderen würde die Neutralitätspflicht dazu führen, dass in erster Linie den Aktionären die Möglichkeit gegeben wird, sich zu dem vorliegenden Übernahmeangebot und eventuellen Gegenmaßnahmen zu äußern, nicht jedoch den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die in den Aufsichtsräten vertreten sind. Damit be-

steht die Gefahr, dass die Übernahmeentscheidung entsprechend den Interessen der Kapitaleigner, nicht entsprechend den Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Zielunternehmens gefällt wird. Das widerspricht dem Verständnis vom Unternehmen als einer Einheit von Kapital und Arbeit.

Die Neutralitätspflicht greift tief in die Rechte der Aufsichtsräte und damit in gewachsene Strukturen der Mitbestimmung ein. Diese Beteiligungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihrer Vertretungen müssen in den Übernahmeverfahren erhalten bleiben. Information, Konsultation und Mitbestimmung hat in einer Reihe europäischer Länder eine lange Tradition. Sie ist Teil der politischen Demokratie und entspricht dem Schutz der Selbstbestimmung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Diese Rechte laufen Gefahr, in Übernahmeverfahren zugunsten der Entscheidungsbefugnisse der Hauptversammlung zurückgestellt zu werden, obwohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu den Hauptbetroffenen von Übernahmen gehören.

Es ist also unerlässlich, dass ein abgeänderter Richtlinienentwurf bereits in den Erwägungsgründen die Einbeziehung der Interessen aller Beteiligten fordert und in diesem Zusammenhang die umfassende Information der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Herstellung von Transparenz in den Übernahmeverfahren, die Wahrung der Mitbestimmungsrechte und der Rechte der Aufsichtsräte nennt.

Diese Forderung zur Wahrung der Rechte der Aufsichtsräte ist keinesfalls nur auf die deutsche Situation zugeschnitten, da auch die Niederlande, Österreich und die skandinavischen Länder solche Aufsichtsgremien mit analogen Befugnissen kennen. Die Neutralitätspflicht muss eingeschränkt werden. Dafür ist insbesondere eine Änderung von Artikel 9 des Richtlinienentwurfes notwendig, der künftig so formuliert sein muss, dass für die Aufsichtsräte die Möglichkeit erhalten bleibt, Vorratsbeschlüsse zu fassen.

Wer sich Gedanken darüber macht, ob eine europäische Richtlinie zum Übernahmerecht innerhalb Europas ein »level-playing-field« schafft, der muss darüber hinaus darauf achten, dass dieses »level-playing-field« auch gegenüber den USA hergestellt wird. Mindestens ebenso wichtig wie die Herstellung gleichartiger Bedingungen für Unternehmen innerhalb der EU ist die Schaffung von Handlungsmöglichkeiten für europäische Unternehmen, die in ihrer Wirkung denjenigen entsprechen, die Unternehmen in den USA zur Verfügung stehen. Europäische Unternehmen dürfen gegenüber amerikanischen nicht dadurch benachteiligt werden, dass es für die amerikanischen ein Leichtes wird, in Europa Unternehmen zu übernehmen, während eine Übernahme amerikanischer Unternehmen durch europäische kaum möglich ist: Das amerikanische Unternehmensrecht gewährt dem Leitungsorgan der Zielgesellschaft

im Rahmen der Verpflichtung auf das Unternehmensinteresse einen hohen Ermessensspielraum in Bezug auf Abwehrmaßnahmen gegen feindliche Übernahmeveruche. Mehrfachstimmrechte sind hier ebenso möglich wie die Ausgabe verschiedener Aktiegattungen. Auch bestehen Treueverpflichtungen, die den Leitungsorganen die Einbeziehung sowohl der Interessen der Belegschaften als auch der Interessen der politischen Gemeinden erlauben, in denen sie ansässig sind.

Das Beispiel der USA zeigt außerdem, dass die innerhalb eines Wirtschaftsraums bestehenden unterschiedlichen Regelungen über Abwehrmaßnahmen sich auf das gewünschte Ziel eines einheitlichen Kapitalmarktes nicht negativ auswirken müssen: Die Abwehrmöglichkeiten sind in den USA von Bundesstaat zu Bundesstaat verschieden.

Der DGB wird sich im weiteren Verlauf der Debatte um die Übernahmerrichtlinie für die genannten Zielsetzungen – Wahrung mitgliedstaatlicher Unternehmenskulturen, Recht auf Abwehrmaßnahmen, Wahrung der Rechte der Aufsichtsräte und der Mitbestimmungsstrukturen – einsetzen. Dabei wird es auf gleiche Bedingungen innerhalb der EU nicht im Sinne einer Harmonisierung möglicher Abwehrmaßnahmen, sondern im Sinne der Beibehaltung von Instrumenten mit gleicher Wirkung ankommen. Es wird nicht darum gehen, sich dem gemeinsamen Rechtsrahmen und der Transparenz zu verweigern, die die Richtlinie schaffen kann, wohl aber darum, eine Unternehmenskultur zu wahren, in der Kapital und Arbeit gleichermaßen zur Definition des Unternehmensinteresses gehören.



Franz Häuser*

Die Kommission verfehlt ihr selbst gesetztes Ziel

Mit dem »Vorschlag für die Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend Übernahmenangebote« vom 2. Oktober hat die EU-Kommission die Takeover-Problematik erneut auf die europäische Tagesordnung gesetzt – eine bedeutsame kapitalmarktrechtliche Fragestellung, über die auf europäischer Ebene seit mehr als einem Jahrzehnt kontrovers diskutiert wird. Ein erster Richtlinienvorschlag (13. gesellschaftsrechtliche Richtlinie) scheiterte nach langer Vorbereitungszeit im Juni 2001 im Europäischen Parlament nach einem Vermittlungsverfahren. Hauptsächlicher Streitpunkt war schon damals das ausnahmslos festgeschriebene Vereitelungsverbot (sog. Neutralitätspflicht) für die Organe der Zielgesellschaft. Etwaige Vorratsbeschlüsse der Hauptversammlung zur Legitimierung von Abwehrmaßnahmen des Vorstandes waren nicht zugelassen. Andere Abwehrstrategien, wie beispielsweise »Goldene Aktien« sowie Mehr- oder Doppelstimmrechte, wollte die Richtlinie schon damals allerdings nicht antasten. Da deutschen Gesellschaften insbesondere die Mehr- oder Doppelstimmrechte nach nationalem Recht nicht (mehr) zustehen, stieß der Richtlinienvorschlag wegen dieser Benachteiligung auf die Opposition der Bundesregierung und der maßgeblichen EU-Parlamentarier. Nach dem Scheitern der 13. Richtlinie wartete der deutsche Gesetzgeber die weitere europäische Entwicklung nicht ab, sondern verabschiedete das »Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz« (WpÜG), das am 1. Januar 2002 in Kraft trat.

Die EU-Kommission hat sich durch die Niederlage im Parlament ersichtlich nicht entmutigen lassen und gleichzeitig Bereitschaft gezeigt, ihr bislang verfolgtes Regelungskonzept auf den wissenschaftlichen Prüfstand zu stellen; denn

zur Vorbereitung eines neuen RL-Vorschlags setzte sie eine Expertenkommission (sog. Winter-Gruppe) mit dem Auftrag ein, Grundsätze für ein »level playing field« im Übernahmerecht zu erarbeiten. Die Expertenkommission hat ihren Bericht im Januar 2002 vorgelegt; sie schlägt vor, nationale Sonderwege zu Gunsten einer einheitlichen europäischen Rahmenordnung aufzugeben. Der nun vorliegende neue RL-Vorschlag orientiert sich im Wesentlichen, wenn auch nicht in allen Teilen, an den Ergebnissen der Arbeitsgruppe und berücksichtigt weitgehend den Text aus dem im Jahre 2001 durchgeführten Vermittlungsverfahren.

Zentraler Punkt des aktuellen RL-Vorschlags der Kommission ist die in Art. 11 niedergelegte sog. Durchbruchsregel. Danach sind Übertragungsbeschränkungen, die einen Bieter daran hindern können, Wertpapiere der Zielgesellschaft zu erwerben, oder Stimmrechtsbeschränkungen, die Inhaber von Wertpapieren der Zielgesellschaft daran hindern, ihr Stimmrecht auszuüben, gegenüber dem Bieter nicht zu berücksichtigen. Schuldrechtliche Übertragungsbeschränkungen, etwa Vorkaufsrechte oder Vertragsstrafen, sind danach bei einer Übertragung der Aktien gegenüber dem Bieter unwirksam, oder die Übertragung vinkulierter Namensaktien kann auch ohne die sonst erforderliche Zustimmung des Vorstandes der Zielgesellschaft erfolgen. Ebenso unzulässig sind Stimmrechtsbeschränkungen, wie satzungsmäßige Höchststimmrechte und auch Stimmbindungsverträge. Ausdrücklich ausgenommen von der Durchbruchsregel hat die Kommission die stimmrechtslosen Vorzugsaktien und vor allem die Mehr- oder Doppelstimmrechtsaktien. Ausgenommen aus dem Regelungsbereich des Art. 11 RL-Vorschlag sind auch sog. »Goldene Aktien«. Diese in Deutschland nicht existierende Form der Aktie verliert jedoch vor dem Hintergrund der drei EuGH-Urteile vom Juni 2002 ihre Bedeutung, als dort Erwerbsbeschränkungen aufgrund ministerieller Erlaubnis und staatliche Sonderstimmrechte in Gesellschaften als mit der Kapitalverkehrsfreiheit für unvereinbar gehalten worden sind.

Den entscheidenden Anstoß für die gegenwärtige, vor allem von deutscher Seite an dem RL-Vorschlag geübte Kritik liefern die von der EU-Kommission befürworteten Ausnahmen von der Durchbruchsregel des Art. 11 zugunsten von Doppel- und Mehrstimmrechtsaktien. Und dies vor dem weiteren Hintergrund, dass Art. 9 RL-Vorschlag ein striktes Vereitelungsverbot der Leitungs- und Verwaltungsorgane der Zielgesellschaft festgelegt. Abwehrmaßnahmen, die das Angebot des Bieters vereiteln könnten, darf der Vorstand der Zielgesellschaft nur mit der Genehmigung der Hauptversammlung einleiten. Im Falle der Umsetzung der Richtlinie müsste also § 33 Abs. 1 Satz 2 WpÜG, der die Suche nach konkurrierenden Angeboten mit Zustimmung des Aufsichtsrates der Zielgesellschaft erlaubt, ebenso aufgegeben werden wie § 33 Abs. 2 WpÜG, der sog. Vorratsbeschlüsse zulässt, die den Vorstand ermächtigen, Maßnahmen zur

* Prof. Dr. Franz Häuser ist Direktor des Instituts für deutsches und internationales Bank- und Kapitalmarktrecht an der Universität Leipzig.

Verhinderung der Übernahme zu ergreifen. Die ausgenommenen Doppel- und Mehrstimmrechtsaktien als besondere Aktiengattungen sind in den skandinavischen Ländern und in Frankreich zugelassen. In Deutschland ist die Möglichkeit, Aktien mit Mehrstimmrechten auszustatten, im Jahre 1998 beseitigt worden (vgl. § 12 Abs. 2 AktG). Nimmt nun die Richtlinie gerade diese Doppel- und Mehrstimmrechte von der Durchbruchsregelung des Art. 11 RL-Vorschlag aus, so stehen Gesellschaften in den erwähnten Ländern Abwehrmöglichkeiten gegen eine Übernahme zu Seite, die deutsche Gesellschaften nicht hätten. Wegen der unterschiedlichen nationalen Ausgangslagen würde es in diesem wichtigen Punkt zu ungleichen Bedingungen für Unternehmensübernahmen in der verschiedenen EU-Staaten kommen.

Der Vorschlag der EU-Kommission muss in der Tat überraschen; er verfehlt nämlich offenkundig das von der Kommission selbst gesteckte Ziel, gleiche Rahmenbedingungen für Unternehmensübernahmen (»level playing field«) in der EU zu schaffen. Zur Rechtfertigung der beanstandeten Ausnahmen führt die Kommission zunächst an, Mehrstimmrechte seien Teil eines gesellschaftsrechtlichen Finanzierungssystems und es sei nicht bewiesen, dass öffentliche Übernahmeangebote dadurch unmöglich gemacht würden. Gleiches gelte auch für Doppelstimmrechte, die, wie die Kommission im gleichen Atemzug freilich zugesteht, zu einer gewissen Stabilität der Eigentumsverhältnisse beitragen. Dabei muss man sich vergegenwärtigen, dass Doppel- oder Mehrstimmrechte einzelnen Aktionären eine höhere Stimmkraft als den übrigen Aktionären geben und in erster Linie dazu dienen, einen bestehenden Einfluss auf die AG zu manifestieren, was anerkanntermaßen eine Übernahme erschweren kann. Gegenüber dem umstrittenen Einwand, die nachteilige Auswirkung von Doppel- oder Mehrstimmrechten auf beabsichtigte Übernahmen sei nicht bewiesen, sollte nicht übersehen werden, dass die Expertengruppe insoweit offenbar anderer Meinung ist; denn sie hatte gerade empfohlen, diese Mehr- und Doppelstimmrechte abzuschaffen.

Des Weiteren weist die EU-Kommission auf Bedenken aus nationalem Verfassungsrecht hin, das es erschwere, die Mehr- und Doppelstimmrechte in den betroffenen Staaten abzuschaffen. Dieser Hinweis wird angesichts des Vorrangs auch des sekundären europäischen Rechts nicht jeden überzeugen; außerdem könnte man die Lage insoweit durch eine großzügig bemessene Übergangszeit entschärfen. Schließlich wird die Ausklammerung der Mehr- und Doppelstimmrechte auch mit dem Interesse an einer raschen Annahme der Richtlinie begründet. Ob dieses Ziel tatsächlich erreicht wird, erscheint angesichts des durch die ungleiche Wirkung der Ausnahmeregelungen provozierten Widerstandes eher fraglich. So besteht die Bundesregierung nach wie vor auf der Abschaffung der Mehr- und Dop-

pelstimmrechte und fordert andernfalls eine Ausnahme von dem strikten Vereitelungsverbot zu Gunsten von Vorratsbeschlüssen der Hauptversammlung zur Ermächtigung des Vorstandes, wie sie § 33 WpÜG vorsieht. Die EU-Kommission und die amtierende Bundesregierung haben in der Vergangenheit deutlich gemacht, dass sie sich nur sehr schwer bereit finden, gegensätzlichen Positionen aufzugeben. Ein Ausweg aus dieser Verhandlungssackgasse gestaltet sich vor dem Hintergrund als äußerst schwierig, dass nunmehr auch das VW-Gesetz, das dem Land Niedersachsen eine beherrschende Stellung in der VW-AG sichert, in das Blickfeld der Kommission gerückt ist, dessen Europarechtswidrigkeit wegen eines Verstoßes gegen die Kapitalverkehrsfreiheit mit Rücksicht auf die erwähnten EuGH-Urteile vom Juni 2002 über »Goldene Aktien« nahe liegt.

Anhaltender Rückgang der Wohnungsfertigstellungen in Europa

Ergebnisse der EUROCONSTRUCT-Winterkonferenz 2002 in München

11

Volker Rußig

Am 5. und 6. Dezember 2002 wurde in München die 54. EUROCONSTRUCT-Konferenz¹ durchgeführt. Außer den aktualisierten Konjunkturprognosen für den Bausektor in den 19 einbezogenen europäischen Ländern und in Europa stand als Spezialthema die Frage nach den Möglichkeiten und Grenzen des Infrastrukturausbaus durch private Unternehmen und nach den Auswirkungen auf Niveau und Struktur der Bautätigkeit auf dem Programm. In diesem Beitrag wird über die (jetzt in einem Ausblick bis 2005 reichenden) Prognosen für die Wohnungsfertigstellungen berichtet. Auf die nach Sparten und Kategorien untergliederte wertmäßige Bauleistung wird in einem separaten Aufsatz eingegangen.

Zunehmende Skepsis kennzeichnet die Wohnungsbauprognosen

Nach den neuen Berechnungen und Vorausschätzungen der EUROCONSTRUCT-Partnerinstitute ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden, die 1999 ihren Gipfelpunkt erreicht hatte (fast 2,05 Mill. WE), 2002 auf etwa 1,98 Mill. Wohnungen zurückgegangen. 2003 ist mit einem weiteren Rückgang auf nur noch 1,93 Mill. WE zu rechnen. Für 2004 und 2005 wird bloß eine Stabilisierung auf dem niedrigen Niveau erwartet. Die Aussichten für den Wohnungsneubau werden jetzt also viel skeptischer beurteilt als noch im Frühsommer des vergangenen Jahres. Risiken bestehen infolge der in einigen europäischen Ländern kräftig gestiegenen Wohnungspreise. Anders als in früheren Zyklen geht der Eigenheimbau diesmal stärker zurück; der Geschosswohnungsbau erreicht seinen Tiefpunkt voraussichtlich erst 2005. Zwischen den 19 europäischen Ländern

bestehen weiterhin große Unterschiede bezüglich der Position im Wohnungsbauzyklus sowie der Gebäudestruktur der Fertigstellungen und der Wohneigentumsquote. Die Wohnungsbau-Intensität als »größenbereinigte« Kennziffer der Wohnungsbautätigkeit in Europa sinkt 2005 auf 4,3 WE pro 1 000 Einwohner.²

Regionalstruktur des Wohnungsneubaus in Europa: Klare Dominanz der »Großen 5«, ...

Die im Netzwerk »EUROCONSTRUCT« zusammen arbeitenden Institute verfolgen das Ziel, allen am Baugeschehen interessierten Unternehmen, Behörden und Organisationen sowohl umfassende als auch differenzierte Analysen und Prognosen der Bautätigkeit in ihren Ländern sowie – über standardisierte Basisdaten – in ganz Europa bereitzustellen. Trotz vieler, in mühsamen kleinen Schritten erreichter Fortschritte gibt es immer noch Abweichungen bei Definitionen, Abgrenzungen und Zuordnungen; der einheitliche statistische »Baumarkt Europa« ist zwar im »Rohbau« fertig, es sind aber (auch von den EUROCONSTRUCT-Instituten) noch mancherlei »Ausbauleistungen« zu erbringen.

¹ In dem 1975 gegründeten und seitdem immer enger geknüpften europäischen Forschungs- und Beratungsnetzwerk EUROCONSTRUCT arbeiten Institute mit spezifischem Know-how im Bausektor aus 15 westeuropäischen sowie aus vier mitteleuropäischen Ländern zusammen; weitere Länder werden »nachrichtlich« einbezogen. Die an wechselnden Orten veranstalteten Halbjahres-Konferenzen bilden den Kern der EUROCONSTRUCT-Aktivitäten; außerdem werden Spezialstudien zu den längerfristigen Perspektiven und zu strukturellen Entwicklungen im europäischen Bausektor erstellt.

Das ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München, ist Gründungsmitglied und deutsches Partnerinstitut dieses Netzwerkes.

Die 55. EUROCONSTRUCT-Konferenz findet am 6. und 7. Juni 2003 in Budapest statt. Interessenten können sich wegen des Programms und der Anmeldeunterlagen schon jetzt im Internet informieren (www.ifo.de oder www.euroconstruct.com) oder direkt an das ifo Institut wenden.

² Die Einzelergebnisse der vom ifo Institut organisierten 54. EUROCONSTRUCT-Konferenz mit ausführlichen Erläuterungen und Begründungen können den umfangreichen Tagungsunterlagen entnommen werden, die außer den hier behandelten Prognosen der Wohnungsfertigstellungen auch Zusammenfassungen für die drei großen Baubereiche (jeweils Neubau und Altbauerneuerung) und für das aggregierte europäische Bauvolumen sowie 19 Länderberichte mit Analysen und standardisierten Tabellen enthalten. Die beiden Tagungsberichte (in englischer Sprache: Summary report und Country report) können beim ifo Institut bezogen werden.

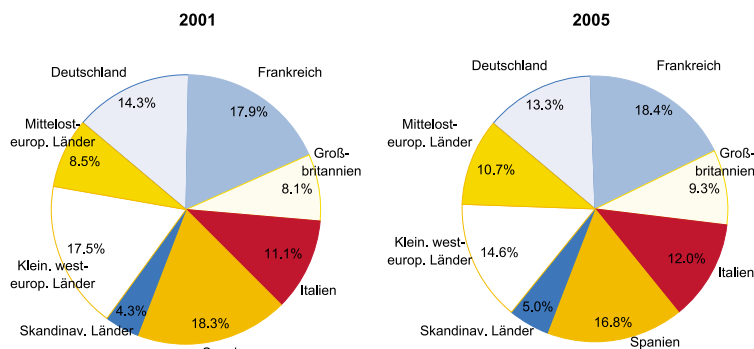
Neben den wertmäßigen (nominalen oder preisbereinigten) Größen zur Erfassung der Bautätigkeit, also dem mit Blick auf die Nutzer breit abgegrenzten *Bauvolumen* in der Differenzierung nach Wohnungs- und Nichtwohnhochbau sowie Tiefbau und jeweils in der Untergliederung nach Neubau und Altbauerneuerung (vgl. Rußig 2002a) bilden die nachfolgend angesprochenen *Mengenvariablen* für den Wohnungsneubau für viele Unternehmen des Bau- und Bauzuliefergewerbes, aber auch des Finanzierungssektors und anderer Dienstleistungsbereiche eine wichtige Planungs- und Entscheidungsgrundlage; sie sind für die Politik eine wichtige Orientierungsgröße.³

Die »physische« Erfassung des *Wohnungsneubaus* kann an unterschiedlichen Stellen im Bauprozess anknüpfen: Architektenplanungen (vgl. Gluch 2002) und/oder Genehmigung und/oder Baubeginn oder/und Fertigstellung. Nicht in allen europäischen Ländern (und auch nicht in Deutschland) werden Angaben zu jedem dieser Zeitpunkte nachgewiesen; bei der Aggregation zu Gesamtergebnissen sind diese Unterschiede zu berücksichtigen. In den Bruttozugang zum *Wohnungsbestand* sind außer dem (genehmigten oder gemeldeten) Neubau von Wohngebäuden noch die fertiggestellten Wohnungen in Nichtwohngebäuden (z. B. Hausmeisterwohnungen) und in bestehenden Wohn- und Nichtwohngebäuden (saldierte Ab- und Zugänge durch Altbauerneuerung und Ausbau- bzw. Erweiterungsmaßnahmen) sowie die (Netto-)Zugänge aus »Umbuchungen« (z. B. Kasernen zu Wohnungen) einzubeziehen.⁴

Die Zahl der *Fertigstellungen* in neu errichteten Wohngebäuden war 1998 im EUROCONSTRUCT-Gebiet⁵ unter 2 Mill. Wohneinheiten (= WE) gefallen. Nach einem ziemlich

Abb. 1

Regionalstruktur des Wohnungsneubaus^{a)} in Europa^{b)} 2001 und 2005^{c)} nach Ländern/Ländergruppen



a) Fertiggestellte Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden: Anteilswerte in % (gerundet).

b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.

c) 2001: Istwerte; 2005: Ausblick (Frankreich jeweils geschätzt).

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

kräftigen konjunkturellen Wiederanstieg wurde 1999 mit knapp 2,05 Mill. WE ein Spitzenwert erreicht. Entgegen den verbreiteten Erwartungen ging es danach wieder bergab; 2001 wurden nur noch rund 2 Mill. Wohnungen in neuen Wohngebäuden fertiggestellt (- 2% gegenüber dem Spitzenwert).

Zur *Regionalstruktur* der Wohnungsfertigstellungen nach einzelnen Ländern bzw. nach Ländergruppen ist festzuhalten (vgl. Abb. 1):

- Auf die »großen 5« westeuropäischen Länder, nämlich auf Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien, entfielen im Basisjahr 2001 fast 70% der fertiggestellten Neubauwohnungen.

Dabei lagen Spanien und Frankreich klar an der Spitze (Anteil über bzw. fast 18%); Deutschland sowie Italien und Großbritannien folgten mit jeweils deutlichem Abstand.

- Einen vergleichsweise niedrigen Anteil erreichten die vier skandinavischen Länder (Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden) mit insgesamt rund 4¹/₂% (zum Vergleich: der Bevölkerungsanteil betrug 2001 fast 5¹/₂%).
- Fasst man die kleineren westeuropäischen Staaten Österreich, Belgien, Irland, Niederlande, Portugal und Schweiz zusammen, so erhält man für diese (ziemlich heterogene) Ländergruppe einen Anteilswert von rund 17¹/₂%.
- Weit zurück blieben mit ihrem Beitrag zum mengenmäßigen Wohnungsneubau in Europa im Basisjahr 2001 (absolut und auch in Relation zum Bevölkerungsanteil von rund 14¹/₂%) die vier »Visegrád-Länder« Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn mit etwa 8¹/₂%.

³ Natürlich wäre es wichtig, für den Nichtwoh(hoch)bau und für den Tiefbau ebenfalls mengenmäßige Indikatoren zur Verfügung zu stellen, weil sie für die Informations- und Planungssysteme vieler Unternehmen und Verbände die besseren Anknüpfungspunkte sind. Leider fehlen hierfür in Europa bzw. im EUROCONSTRUCT-Gebiet bislang vergleichbare Basisdaten.

⁴ In Italien haben die »sonstigen«, darunter auch die nicht genehmigten, Wohnungsfertigstellungen ein so großes Gewicht, dass ohne ihre Berücksichtigung ein völlig falsches Bild von Niveau und Entwicklung des Wohnungsneubaus sowie des Wohnungsbestandes und damit der Wohnungsverorgung entstünde (vgl. Länderbericht »Italien« in Euroconstruct 2002b).

⁵ Das allen Analysen und Prognosen und damit auch den Ausführungen in diesem Beitrag zugrunde liegende »EUROCONSTRUCT-Gebiet« umfasst ganz Westeuropa einschließlich den Nicht-EU-Staaten Norwegen und Schweiz, aber mit Ausnahme von Griechenland und einigen Kleinstaaten (insgesamt 15 Länder), sowie vier mittelosteuropäische Länder (»Visegrád-Staaten«; vgl. Tab. 1). Trotz (gerade auch »statistisch«) fortbestehender Niveau- und Entwicklungsunterschiede zwischen West- und Mitteleuropa werden hier Gesamtergebnisse für dieses »Europa« präsentiert, es werden aber auch Zwischenadditionen zu den beiden großen Teilgebieten sowie einzelne Länder oder Ländergruppen angesprochen.

... Frankreich vergrößert Gewicht, Spanien und Deutschland fallen zurück

Der »magische Wert« von 2 Mill. neuen Wohnungen wurde 2002 wohl wieder deutlich unterschritten, und 2003 wird mit einem noch stärkeren Rückgang gerechnet (auf etwas mehr als 1,93 Mill. WE; – 5 1/2% gegenüber 1999). Trotz allmählich anziehender Wohnungsbaukonjunktur in einigen Ländern dürften die Fertigstellungszahlen 2004 und 2005 lediglich stagnieren. Der anspruchsvolle Schwellenwert von 2 Mill. Fertigstellungen wird wohl bis zum Ende des Prognosezeitraumes deutlich verfehlt.

Obwohl sich Anteilsstrukturen kurzfristig als relativ stabil erwiesen haben, bringen die unterschiedlichen Entwicklungen in den 19 EUROCONSTRUCT-Ländern zwischen 2001 und 2005 doch erhebliche Bewegung in das »Kuchenbild« des mengenmäßigen Wohnungsneubaus in Europa:

- Deutschland und vor allem Spanien büßen Anteile ein (– 1 PP bzw. – 1,5 PP), und auch das Gewicht der kleineren westeuropäischen Länder nimmt stark ab (– 2,9 PP), weil insbesondere für Portugal, aber auch für Belgien und Österreich sinkende Fertigstellungszahlen prognostiziert werden (vgl. Tab. 1).

- Die übrigen der »Großen 5« können ebenso mit Anteilsgewinnen rechnen wie die skandinavischen und vor allem die »Visegrád-«Länder. Trotz leichten absoluten Einbußen avanciert Frankreich zum »Schwergewicht« des Wohnungsneubaus im EUROCONSTRUCT-Gebiet.

In Westeuropa sinken die Wohnungsfertigstellungen noch bis 2005, ...

Bei der EUROCONSTRUCT-Sommerkonferenz im Juni 2002 in Dublin waren die Prognosen noch wesentlich optimistischer ausgefallen (vgl. Rußig 2002b): Mit dem Erreichen der Talsohle wurde schon für 2002 gerechnet, 2003 und verstärkt 2004 sollte es wieder nach oben gehen und der (etwas anders ermittelte) Schwellenwert von 2 Mill. fertiggestellten Neubauwohnungen übertroffen werden.

Korrekturen nach unten gab es kaum für 2002, ungewöhnlich stark dagegen in mehreren Ländern (z.B. Belgien, Irland, Niederlande, Portugal und Schweiz sowie Polen) für 2003; besonders kräftig fielen die Korrekturen aber für Deutschland aus (z.B. für 2003: fast – 80 000 WE). Ursächlich hierfür sind die anhaltende, sich sogar noch verschärfende Konjunkturflaute (vgl. Sinn et al. 2002) und die geplanten massiven Subventionskürzungen sowie – auf der wichtigen »psychologischen Ebene« – das fehlende Vertrauen von privaten und institutionellen Investoren (vgl. Sinn 2002). Die Anhebung einiger Fertigstellungsprognosen, z.B. für Großbritannien und Italien, konnte nur für einen Teilausgleich sorgen. Der Rückgang im europäischen Wohnungsneubau nach 1999 konzentriert sich auf Westeuropa, wo beim (ohnehin um ein Jahr verschobenen) Zwischentief 2003 voraussichtlich über 135 000 und 2005 sogar mehr als 180 000 neue Wohnungen weniger errichtet werden als 1999 (2005 gegenüber 1999: rund – 9 1/2%). Gegenüber dem Basisjahr 2001 beläuft sich der Rückgang bis 2005 voraussichtlich auf über 100 000 WE oder etwa – 5 1/2% (vgl. Tab. 1).

Eine besonders ungünstige Entwicklung haben im Analyse- und Prognosezeitraum 2001 bis 2005 außer Deutschland und noch stärker Spanien (beide mit besonders hohem Gewicht) auch Belgien und Österreich sowie vor allem Portugal zu verzeichnen bzw. zu erwarten. Überdurchschnittlich gut bzw. relativ stabil dürften sich die Fertigstellungszahlen in

Tab. 1
Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa^{b)} 2002 bis 2005^{c)}

	2002	2003	2004	2005	Veränderung ^{d)} 2005 gg. 2001
Belgien	40,2	35,8	32,8	33,2	-7,6
Dänemark	18,0	18,0	19,0	19,0	2,7
Deutschland	238,0	206,0	223,0	257,0	-29,0
Finnland	29,0	29,0	29,5	31,5	0,9
Frankreich	356,0	345,0	350,0	355,0	-4,0
Großbritannien	169,0	177,0	179,0	180,0	18,0
Irland	55,0	53,0	50,0	47,0	-5,6
Italien ^{e)}	242,0	248,0	245,0	232,0	10,0
Niederlande	65,0	65,0	65,0	65,0	-8,0
Norwegen	23,5	24,2	23,2	23,7	0,2
Österreich	45,0	43,5	40,0	39,0	-10,0
Portugal	97,0	87,0	80,0	73,0	-33,2
Schweden	19,0	19,5	20,2	21,9	6,5
Schweiz	26,5	23,0	24,6	25,0	-3,9
Spanien	400,0	400,0	375,0	325,0	-41,0
Westeuropa (EC-15)	1823,2	1774,0	1756,3	1727,3	-104,0
Polen	88,0	80,0	97,0	121,0	15,0
Slowakei	11,0	11,0	11,0	12,0	1,7
Tschechien	28,5	31,2	33,7	33,4	8,6
Ungarn	32,0	35,0	38,0	40,0	11,9
Mittelosteuropa (EC-4)	159,5	157,2	179,7	206,4	37,2
Europa (EC-19)	1982,7	1931,2	1936,0	1933,7	-66,8

a) Fertiggestellte Wohnungen (in 1 000 WE) in neu errichteten Wohngebäuden (Frankreich geschätzt nach Baubeginnen).
 b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
 c) 2002: Schätzwerte; 2003 und 2004: Prognose; 2005: Ausblick.
 d) Absolute Veränderungen 2005 (Ausblick) gegenüber 2001 (Istwerte).
 e) Einschließlich Wohnungen in neuen Nichtwohngebäuden und sonstige Fertigstellungen (nicht aufgeteilt auf die beiden Gebäudekategorien).
 Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

Dänemark, Finnland, Großbritannien, Italien, Norwegen und Schweden entwickeln. Die zyklische Erholung des Wohnungsneubaus hat in einigen Ländern also schon wesentlich früher begonnen, bzw. sie wird voraussichtlich eher einsetzen als z. B. in Deutschland und Spanien.⁶

... in Mitteleuropa wird der Tiefpunkt schon 2003 erreicht

Deutlich anders entwickeln sich voraussichtlich die Wohnungsfertigstellungen in den vier Ländern *Mitteleuropas* (für die gegenüber der Dublin-Konferenz leichte Korrekturen nach oben vorgenommen wurden): Von einem kurzen, aber ziemlich heftigen Einbruch bis 2003 in Polen sowie früheren »Ausrutschern« in der Slowakei (2001) und in Ungarn (1999) abgesehen, steigt die mengenmäßige Wohnungsbautätigkeit im Zeitraum 1998 bis 2005 in den vier Visegrád-Staaten nach den EUROCONSTRUCT-Prognosen kontinuierlich an (2005 gegenüber 2001: über + 37 000 WE oder fast + 30%; gegenüber 1998 sind es sogar + 56%). Wegen dieser zwar auf niedrigem Niveau ansetzenden, aber anhaltend kräftigen Ausweitung des Wohnungsneubaus dürfte 2005 bereits über ein Zehntel der Wohnungsfertigstellungen im Gesamtgebiet auf diese Ländergruppe entfallen (1998 waren es erst rund 6 1/2%).

Die Ausweitung der Wohnungsfertigstellungen in Mitteleuropa kann den Rückgang in Westeuropa zwar abfedern, aber bei weitem nicht ausgleichen. Von einem konjunkturellen Gleichlauf des Wohnungsneubaus kann in *Europa* also noch keine Rede sein. Die häufig durch staatliche Eingriffe (wie jetzt in Deutschland) sowie durch »spekulatives« Verhalten von Investoren verstärkten Ungleichgewichte auf den Wohnungsbaumärkten werden vielmehr auch in Zukunft im (west-)europäischen Bausektor zu asynchronen Zyklen führen, weil die Einflussfaktoren und Erwartungen weiterhin große Unterschiede aufweisen.

Massiver Einbruch des Eigenheimbaus in Deutschland

Besonders deutliche Korrekturen nach unten gegenüber den von EUROCONSTRUCT im Frühsommer 2002 vorgelegten Vorausschätzungen mussten im *Eigenheimbau* vorgenommen werden. Dies liegt insbesondere an der veränderten Situation in Deutschland, wo nach dem Kabinettsbeschluss vom November 2002 und dem inzwischen vorliegenden Gesetzentwurf gravierende Kürzungen bei einigen den Wohnungsbau betreffenden Subventionen und Steuervergüns-

tigungen geplant sind (vgl. Gesetzentwurf der Bundesregierung 2002):

- **Eigenheimzulage:** Wegfall des Grundbetrages für Singles und einheitlicher Familiengrundbetrag (1 000 €); Kinderzulage (800 € je Kind) mit »Rückwirkung«; auf 70 000/140 000 € abgesenkte Einkommensgrenzen (zuzüglich 20 000 € je Kind), jetzt aber aus der Summe der positiven Einkünfte im Zweijahreszeitraum; Gleichstellung von Neubau und Bestandserwerb.
- **Wertzuwachssteuer:** 15% der realisierten Wertsteigerung (ohne AfA) bei nicht selbstgenutzten Grundstücken ab 21. Februar 2003; bei »Altfällen« 1,5% Pauschalsteuer auf den Verkaufserlös mit widerlegbarer Gewinnfiktion.
- **Abschreibungssätze:** Abschaffung der degressiven Gebäudeabschreibung ab 2007 und Übergangsregelung bis 2006 mit 3% für die ersten acht Jahre und danach 2% bis zum 46. Jahr; ab 2007 Vereinheitlichung der linearen Gebäudeabschreibung auf 2% p.a. für Wohn- und Gewerbeimmobilien.

Außerdem verschlechtern sich die Verlustverrechnungsmöglichkeiten, und die Einbeziehung von Modernisierungsaufwendungen in die Anschaffungskosten von Gebäuden wird erschwert. Diese Änderungen tangieren massiv den Wohnungs(neu)bau in Deutschland. Zwar ist nicht damit zu rechnen, dass sämtliche vorgeschlagenen Maßnahmen in vollem Umfang umgesetzt werden, weil der Bundesrat zustimmen muss, mit einschneidenden Kürzungen (gerade auch bei der Eigenheimzulage) ist aber zu rechnen.

In Deutschland ist daher im Eigenheimbau (und auch im Geschosswohnungsbau) selbst dann mit einem weiteren Rückgang zu rechnen, wenn man den Prognosen eine »mittlere Linie« der Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen zugrunde legt; allein der Ankündigungseffekt dürfte gravierende Auswirkungen haben. Vom Spitzenwert 1999 mit über 237 000 WE in Ein- und Zweifamiliengebäuden ging es bis 2001 deutlich bergab (nur noch rund 185 000 WE), der Tiefpunkt wird aber wohl frühestens 2003 mit rund 140 000 WE erreicht (2003 gegenüber 1999: – 41%). Selbst wenn es schon ab 2004 (wie hier unterstellt) zu einem leichten Wiederanstieg kommen sollte, ergibt sich für das Prognoseendjahr 2005 gegenüber dem Basisjahr 2001 ein nochmaliger Rückgang um über 18 000 WE (vgl. Tab. 2).

Ausgeprägte Krise im Eigenheimbau Westeuropas

Auch in anderen *westeuropäischen Ländern* geht der Eigenheimbau im Beobachtungszeitraum anhaltend und ziemlich stark zurück; in einigen Ländern wird der Tiefpunkt erst für 2004 oder sogar für 2005 erwartet (Belgien, Großbritannien, Irland, Italien, Portugal und Spanien; auch für

⁶ Für Frankreich stehen aus den amtlichen Wohnungsbaustatistiken nur Angaben zu den Genehmigungen und zu den Baubeginnen zur Verfügung; aus letzteren werden hier Schätzwerte für die Fertigstellungen abgeleitet.

Tab. 2
Veränderung der Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa^{b)} 2001 bis 2005^{c)} im Eigenheim- und Geschosswohnungsbau^{d)}

	Eigenheimbau	Geschosswohnungsbau	neue Wohngebäude insg.
Belgien	-5,9	-1,7	-7,6
Dänemark	1,3	1,4	2,7
Deutschland	-18,4	-10,6	-29,0
Finnland	0,9	-0,6	0,3
Frankreich	-8,0	4,0	-4,0
Großbritannien	-9,0	27,0	18,0
Irland	-4,5	-1,1	-5,6
Italien	0,0	0,0	0,0
Niederlande	-4,3	-3,6	-7,9
Norwegen	-1,7	1,9	0,2
Österreich	-2,0	-7,0	-9,0
Portugal	-10,4	-22,8	-33,2
Schweden	-0,5	7,0	6,5
Schweiz	-1,6	-2,3	-3,9
Spanien	-7,5	-34,0	-41,5
Westeuropa (EC-15)	-71,5	-42,5	-114,0
Polen	20,4	-5,4	15,0
Slowakei	1,7	0,0	1,7
Tschechien	2,8	5,9	8,6
Ungarn	2,6	9,3	11,9
Mittelosteuropa (EC-4)	27,5	9,8	37,2
Europa (EC-19)	-44,1	-32,7	-76,8

a) Fertiggestellte Wohnungen (in 1 000 WE) in neu errichteten Wohngebäuden (Frankreich geschätzt nach Baubeginnen; Aufteilung für Spanien geschätzt nach Baubeginnen; Italien: nur neue Wohngebäude).

b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.

c) 2001: Istwerte (teilweise geschätzt); 2005: Ausblick.

d) Absolute Veränderungen (in 1 000 WE) 2005 (Ausblick) gegenüber 2001 (Istwerte).

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

Deutschland liegt ein solches Szenario nicht völlig außerhalb des Möglichen).

Die Fertigstellungszahlen in dieser Gebäudekategorie sind 2005 außer in Deutschland voraussichtlich auch in Frankreich, Großbritannien, Portugal und Spanien wesentlich niedriger als 2001. Für ganz Westeuropa ergibt sich aus der Addition der Einzelangaben ein Einbruch um über 71 000 WE; er übertrifft in diesem Zeitraum deutlich den im Geschosswohnungsbau erwarteten Rückgang um mehr als 42 000 WE (vgl. erneut Tab. 2). Anders als in früheren Wohnungsbauzyklen ist der vor allem von Privathaushalten zur Selbstnutzung betriebene Eigenheimbau jetzt also kein stabilisierendes Element, man muss vielmehr von einer ausgeprägten *Krise des Eigenheimbaus* in Westeuropa sprechen.

Mit einer Zunahme um fast 28 000 WE im Zeitraum 2001 bis 2005 bildet *Mittelosteuropa* (und dort vor allem Polen) zwar ein beachtlich großes Gegengewicht, die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in neuen Eigenheimen sinkt aber im ganzen EUROCONSTRUCT-Gebiet um über 44 000 WE auf nur noch rund 0,95 Mill. WE ab. Der Tiefpunkt im so

abgegrenzten *Europa* wird für 2003 mit knapp 0,94 Mill. WE erwartet (2000 waren es noch 1,05 Mill. WE), in Westeuropa dauert der Rückgang aber auch noch 2005 an (nur noch 0,84 Mill. WE).

Auch Geschosswohnungsbau fällt unter die 1-Millionen-Marke

Nach den aktualisierten Basisdaten und (Voraus-)Schätzungen dürfte 2002 im gesamten *EUROCONSTRUCT-Gebiet* mit knapp 0,98 Mill. Wohnungen in neuen *Mehrfamiliengebäuden* der »Zwischengipfel« von 1999 fast wieder erreicht worden sein. Dieser Wert lag geringfügig über dem (bereits leicht gesunkenen) des Eigenheimbaus (knapp 0,97 Millionen WE). 2003 wird der Geschosswohnungsbau wohl wieder zurückgehen, für 2004 wird jedoch in der Zusammenfassung eine leichte Zwischenerholung der Fertigstellungen in dieser Gebäudekategorie prognostiziert. Anschließend setzt sich der Rückgang aber fort bis zum (vorläufigen) Tiefpunkt 2005 mit nur noch 0,93 Mill. WE.

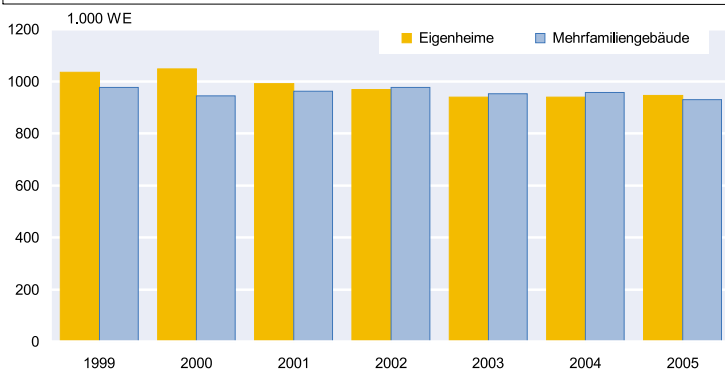
Angesichts der Vielfalt der Einflussfaktoren sowie der abweichenden, stark national (oder sogar regional) geprägten politischen Entscheidungen und Verhaltensweisen der Akteure (private und institutionelle Investoren, Politiker, Mieter usw.) kann es eigentlich nicht

überraschen, dass die Wohnungsbauzyklen zwischen den europäischen Ländern zeitlich stark verschoben ablaufen. Zwar konzentriert sich der Rückgang auch im Geschosswohnungsbau auf *Westeuropa*, aber die Entwicklungen in den einzelnen Ländern klaffen in dieser Gebäudekategorie noch stärker auseinander als im Eigenheimbau (vgl. nochmals Tab. 2): Während vor allem Deutschland, Portugal und Spanien im Zeitraum 2001 bis 2005 massive (weitere) Rückgänge erwarten, steigen die Fertigstellungszahlen insbesondere in Großbritannien, aber auch in Frankreich und Schweden an.

Trotz des Rückgangs im stark dominierenden Polen nehmen die Fertigstellungen in *Mittelosteuropa* im Prognosezeitraum etwas zu, in ganz Europa (EUROCONSTRUCT-Gebiet) aber trotzdem leicht ab; der Rückgang ist aber wesentlich kleiner als im Eigenheimbau. Das gesamte Fertigstellungsergebnis in den beiden Neubaukategorien liegt 2005 um rund 77 000 WE niedriger als 2001 (bei allen Fertigstellungen erreicht der Rückgang nur 67 000 WE; vgl. Tab. 1 oben).

Abb. 2

Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa^{b)} 1999 bis 2005^{c)} nach Gebäudekategorien

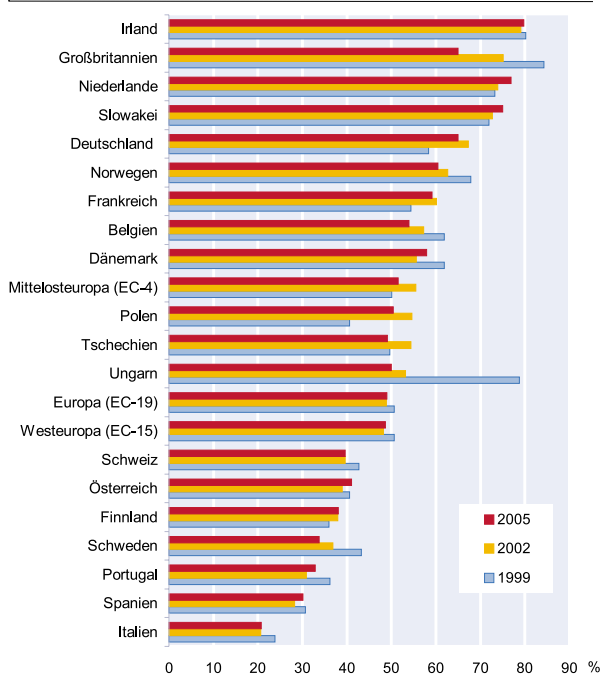


a) Fertiggestellte Wohnungen (1.000 WE) in neu errichteten Wohngebäuden (Schätzwerte für Frankreich und Spanien).
 b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelsteuropäische Länder.
 c) Bis 2001: Istwerte; 2002: Schätzwerte; 2003 und 2004: Prognose; 2005: Ausblick.
 Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

Noch 2000 entfielen in Europa auf den Geschosswohnungsbau deutlich weniger Fertigstellungen als auf den Eigenheimbau (vgl. Abb. 2). 2001 hatten sich die Werte stark angenähert, weil der Eigenheimbau zurückgegangen ist, der Geschosswohnungsbau aber noch zulegen konnte. Diese Entwicklung dürfte sich 2002 fortgesetzt haben, was dazu geführt hat, dass mehr Wohneinheiten in neuen Mehrfamiliengebäuden als in Ein- und Zweifamiliengebäuden fertig-

Abb. 3

Anteil des Eigenheimbaus an den Wohnungsfertigstellungen^{a)} in Europa^{b)} 1999 - 2002 - 2005^{c)}



a) Fertiggestellte Wohnungen (Basisdaten: 1.000 WE) in neu errichteten Wohngebäuden (Schätzwerte für Frankreich und Spanien).
 b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelsteuropäische Länder.
 c) 1999: Istwerte; 2002: Schätzwerte (Angaben für Reihenfolge); 2005: Ausblick.
 Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

gestellt wurden. Dies bleibt voraussichtlich auch 2003 und 2004 der Fall; erst 2005 kehrt sich die Relation wieder um. In der aktuellen Wohnungsbau-Rezession in Europa hält sich der Geschosswohnungsbau also wesentlich besser als der Eigenheimbau.

Große Unterschiede in der Gebäudestruktur des Wohnungsneubaus ...

Zwischen den 19 in die EUROCONSTRUCT-Analysen einbezogenen europäischen Ländern variiert der Anteil der beiden Neubaukategorien (Eigenheime und Mehrfamiliengebäude) an allen Fertigstellungen beträchtlich. Dies hängt mit den unterschiedlichen Wohnpräferenzen, der Wirtschaftsstruktur (z.B. dem Anteil des Agrarsektors) und dem Einkommensniveau sowie mit der Besiedelungsdichte bzw. dem Verstärterungsgrad und mit Klima und Topographie zusammen. Außerdem spielen der Grad der staatlichen Einflussnahme auf Wohnungsversorgung und Wohnungsbautätigkeit sowie der – hiervon und damit von den relativen Wohnkosten stark beeinflusste – Anteil des selbstgenutzten Wohnraumes im Vergleich zum Wohnen zur Miete eine ausschlaggebende Rolle. Da diese Faktoren auch in Zukunft stark differierende Ausprägungen aufweisen werden, ist mit einer raschen Angleichung der Struktur des Wohnungsneubaus in Europa nicht zu rechnen.

Weit überdurchschnittlich hoch ist der Anteil des Eigenheimbaus⁷ in Irland und Großbritannien sowie in den Niederlanden (2002: 79 bzw. 75% und fast 74%); am anderen Ende der Skala liegen Italien (unter 21%) sowie Spanien und Portugal (rund 28 bzw. fast 31%; vgl. Abb. 3).

Zwischen den Stichjahren 1999, 2002 und 2005 sind beim Anteil des Eigenheimbaus folgende Entwicklungen eingetreten bzw. zu erwarten:

- Zunächst rückläufig, dann aber wieder etwas ansteigend in Westeuropa, insbesondere wegen fallenden Werten in Großbritannien, Norwegen, Belgien und Schweden; rückläufig aber auch in Ungarn.
- Zunächst ansteigend, dann aber wieder fallend in Mittelosteuropa trotz abweichenden Entwicklungen in Ungarn bzw. in der Slowakei; im ganzen Zeitraum leicht zunehmend auch in Österreich, Finnland, Frankreich und Deutschland.

⁷ Die nachfolgenden Aussagen gelten spiegelbildlich für den Geschosswohnungsbau.

... und bei der Höhe der Wohneigentumsquote

Neu aufgenommen in das Standard-Berichtssystem von EUROCONSTRUCT wurden Informationen zur *Wohneigentumsquote* (WEQ). Wie nicht anders zu erwarten, ergaben sich dabei noch erhebliche Probleme wegen der großen Unterschiede bei Datenlage und Berechnungen: Häufig wird (mangels geeigneter Statistiken) nicht nach dem »theoretisch« richtigen Konzept vorgegangen, also nicht der Anteil der *Haushalte* nachgewiesen, die in einer ihnen selbst gehörenden Wohnung leben; »ersatzweise« wird der Anteil an den *Wohnungen* ermittelt, die von ihren Eigentümern selbst bewohnt werden. Wegen der abweichenden Definition und Erfassung von Haushalten bzw. Wohnungen müssen die Ergebnisse nicht (völlig) übereinstimmen.⁸

Innerhalb von *Westeuropa* streute die Wohneigentumsquote 2001 zwischen einerseits 36% in der Schweiz und 41%

⁸ Eine nochmals andere Fragestellung zielt auf den Anteil der Eigentümer von (Wohn-)Immobilien an der Gesamtbevölkerung bzw. an den Privathaushalten. – Wegen der noch spürbaren Nachwirkungen der fundamentalen Unterschiede in der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung scheinen die Angaben für die mittelosteuropäischen Länder noch wenig aussagekräftig und schwer vergleichbar; die in den Standardtabellen jetzt erstmals gemeldeten Werte werden deshalb zwar mit aufgeführt, die Analyse konzentriert sich aber auf Westeuropa.

in Deutschland, andererseits 82% in Irland, 85% in Norwegen und 86% in Spanien (vgl. Tab. 3). In der Mehrzahl der Länder sind 50 bis 60% der Privathaushalte selbstnutzende Wohnungseigentümer (vgl. zu den Determinanten der unterschiedlich hohen Wohneigentumsquoten: Behring, Helbrecht et al. 2002). Da es sich hierbei um überdurchschnittlich große Haushalte handelt, liegt der Bevölkerungsanteil dieser Gruppe in allen Ländern noch höher, als es die auf die Haushalte abstellende Wohneigentumsquote signalisiert.

In allen Ländern (außer in Ungarn) wird nach den erstmals vorgelegten Angaben bzw. Schätzungen bis 2005 mit einem weiteren leichten Anstieg der Wohneigentumsquoten gerechnet, was angesichts der Krise im Eigenheimbau bemerkenswert erscheint. Besonders hohe WEQ-Zuwächse erwarten Belgien, die Niederlande und Großbritannien, abgeschwächt aber auch Frankreich. Im »Niedrig-WEQ-Land« Deutschland (wie auch in der Schweiz) dürfte man dem politischen Ziel einer Erhöhung der Wohneigentumsquote bis zum Prognoseendjahr wohl nur unwesentlich näher kommen.

Weiterer Rückgang der Wohnungsbau-Intensität bei noch stärkerer Streuung

Wie bei den verschiedenen Variablen zur wertmäßigen Erfassung der Bautätigkeit in Europa, so wird auch bei den Wohnungsfertigstellungen (und bei Wohnungsbestand und Wohnungsversorgung) die differenzierte Analyse von Einflussfaktoren sowie Niveaus und Entwicklungen durch die unterschiedliche Größe der 19 einbezogenen Länder erschwert. Die Absolutwerte sind allerdings für viele Nutzer der hier angesprochenen Basisdaten und Prognosen von unmittelbarer Planungsrelevanz. Manche Aussagen lassen sich jedoch erst dann ableiten, wenn man diese MengenvARIABLE (wie auch die Wertgrößen) auf die Einwohnerzahl bezieht, also die »einwohner-normierte« *mengenmäßige Wohnungsbau-Intensität* berechnet.⁹

Im gesamten *EUROCONSTRUCT-Gebiet* wurden 1999 pro 1 000 Einwohner rund 4,6 Wohnungen, 2002 aber nur noch 4,4 Wohnungen in neuen Wohngebäuden fertiggestellt (vgl. Abb. 4). Für 2003 und 2004 wird ein nochmals niedrigerer Kennziffernwert erwartet; im Ausblick auf 2005 wird von lediglich 4,3 WE/1 000 Einwohner ausgegangen.

In den vier Ländern *Mittelosteuropas* bleibt die Wohnungsbau-Intensität trotz des prognostizierten Anstiegs (2005 gegenüber 1999: + 1,1 WE/1 000 E.) im Prognosezeitraum noch wesentlich niedriger als in den 15 westeuropäischen Ländern,

⁹ Eine weitere Möglichkeit der »Normierung« des mengenmäßigen Wohnungsneubaus zur Eliminierung der Größenunterschiede der hier einbezogenen 19 europäischen Länder stellt die Berechnung der »Wohnungsbau-Koeffizienten« dar (Fertigstellungen pro 100 Bestandswohnungen; vgl. Rußig 2002b).

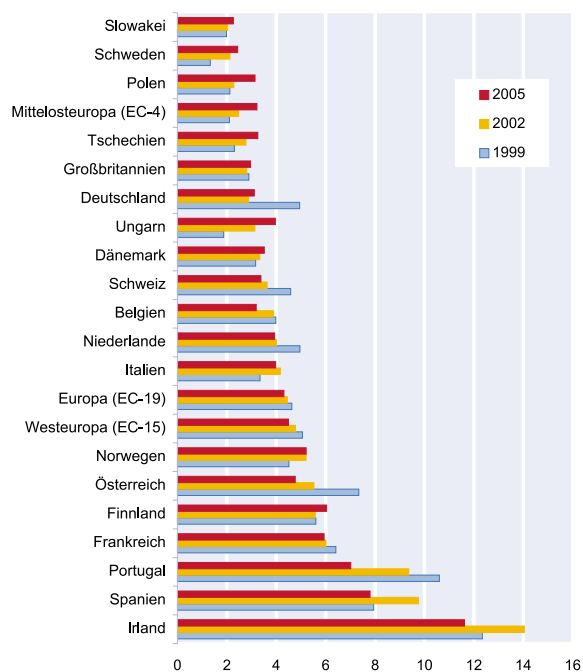
Tab. 3
Wohneigentumsquoten^{a)} in Europa^{b)} 2001 und 2005^{c)}

	2001	2005
Osterreich	56,5	56,9
Belgien	73,0	76,0
Dänemark	53,0	53,5
Finnland	59,0	60,0
Frankreich	55,7	57,3
Deutschland	41,0	42,0
Irland	82,0	83,0
Italien	71,0	72,0
Niederlande	53,0	55,0
Norwegen	85,0	85,5
Portugal	76,0	77,0
Spanien	86,0	87,0
Schweden	65,0	66,0
Schweiz	36,0	37,0
Großbritannien	70,0	72,0
Tschechien	kA	kA
Ungarn	91,0	89,0
Polen	75,0	75,0
Slowakei	55,0	56,0

a) Anteil der Privathaushalte, die in ihren eigenen Wohnungen bzw. Häusern wohnen (in %).
b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
c) 2001: Amtliche oder Schätzwerte; 2005: Ausblick (jeweils gerundet).

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

Abb. 4
Wohnungsbau-Intensität^{a)} in Europa^{b)} 1999 - 2002 - 2005^{c)}



a) Fertiggestellte Wohnungen (Basisdaten: 1.000 WE) in neu errichteten Wohngebäuden (Schätzwerte für Frankreich und Spanien) pro 1.000 Einwohner.
b) EUROCONSTRUCT-Gebiet: 15 west- und 4 mittelosteuropäische Länder.
c) 1999: Istwerte; 2002: Schätzwerte (Angaben für Reihenfolge); 2005: Ausblick.

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

für die allerdings für 2005 gegenüber 1999 ein anhaltender Rückgang vorausgeschätzt wird (- 0,6 WE/1 000 E).

Hinter den Durchschnittswerten der Wohnungsbau-Intensität für *Westeuropa* verbergen sich in den ausgewählten (bzw. in allen) Jahren große Niveau- und Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern (was u.a. auch die unterschiedlichen Positionen in den jeweiligen Wohnungsbauzyklen widerspiegelt):

- Eine weit überdurchschnittlich hohe Wohnungsbau-Intensität hatten 2002 Irland, Spanien und Portugal aufzuweisen (mehr als bzw. nahezu doppelt so hoch wie der westeuropäische Durchschnitt); besonders niedrig war der Kennziffernwert in Schweden und Großbritannien sowie neuerdings auch in Deutschland (insbesondere wegen des massiven Rückgangs der Bautätigkeit in den neuen Ländern, aber auch wegen der schwachen Wohnungsbaukonjunktur in Westdeutschland).
- Im Zeitraum 1999 bis 2005 sinkt der Kennziffernwert voraussichtlich besonders stark im »gewichtigen« Deutschland (trotz des ab 2004 erwarteten Wiederanstiegs) sowie in Portugal und Österreich, aber auch in den Niederlanden; relativ geringe Einbußen oder sogar Zunahmen werden für Finnland, Norwegen, Italien, Dänemark und Großbritannien erwartet (infolge eines früher einsetzen-

den und/oder besonders kräftigen Anstiegs der Wohnungsfertigstellungen; vgl. erneut Abb. 4).

Einige der hier einbezogenen Länder *Mittelosteuropas* werden im Prognosezeitraum (spätestens bis 2005) an die Kennziffernwerte etlicher westeuropäischer Staaten herankommen oder sie sogar übertreffen. Mit einer Wohnungsbau-Intensität von über 3 WE/1 000 E. rangieren die vier Visegrád-Staaten 2005 voraussichtlich sogar vor Deutschland mit seinem stark gesunkenen Kennziffernwert.

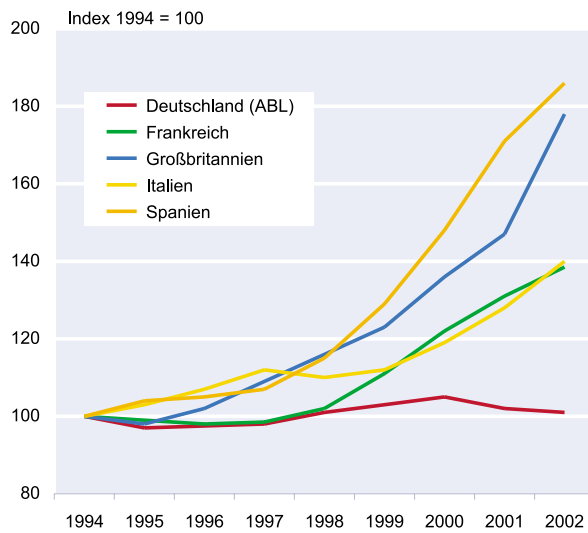
Fazit: Verschärfung der Wohnungsbaukrise in Europa bei fortbestehenden Risiken

Seit dem 1999 erreichten Spitzenniveau ist der *Wohnungsneubau in Europa* in eine steile, sich sogar noch weiter beschleunigende Abwärtsbewegung geraten. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen in neu errichteten Wohngebäuden dürfte 2002 auf rund 1,98 Mill. Wohneinheiten gesunken sein (rund - 62 000 WE bzw. - 9% gegenüber 1999). Nach den deutlich nach unten korrigierten EUROCONSTRUCT-Prognosen ist für 2003 mit einem weiteren kräftigen Rückgang zu rechnen (Tiefpunkt bei rund 1,93 Mill. WE). Nach einer schwachen Zwischenerholung wird im Ausblick auf 2005 erneut ein leichtes Minus erwartet. Die Wohnungsbau-Intensität sinkt bis 2005 auf nur noch 4,3 WE pro Tausend Einwohner; 1999 lag diese Kennziffer bei 4,6 WE/1 000 Einwohner.

Der Rückgang im europäischen Wohnungsneubau wird vor allem von *Westeuropa* verursacht; insbesondere Deutschland sowie Irland und Spanien, aber auch Österreich und Portugal ziehen im Beobachtungszeitraum (zumindest zeitweilig bzw. insgesamt) kräftig nach unten. Demgegenüber dürfte ein allerdings nur moderater Wiederaufschwung in Finnland, Dänemark und Großbritannien wesentlich früher einsetzen. In *Mittelosteuropa* wird (bis auf Polen 2002 und 2003) eine kontinuierliche Ausweitung des Wohnungsneubaus erwartet; 2005 dürfte mit über 206 000 WE ein neuer Rekordwert erreicht werden.

Von einem synchronen Verlauf der Wohnungsbauzyklen in Europa kann also (man könnte fast sagen: zum Glück) keine Rede sein. Zusätzliche *Risiken* bestehen im Prognosezeitraum (und darüber hinaus), weil die relativ günstige Entwicklung des Wohnungsneubaus in einigen Ländern mit einem kräftigen Anstieg der *Wohnungspreise* einherging (vgl. Abb. 5): Während die durchschnittlichen Wohnungspreise in (West-)Deutschland zwischen 1994 und 2002 praktisch stagniert haben und in Frankreich und Italien ab 2000 bloß einen relativ moderaten Anstieg zu verzeichnen hatten, wurden in Großbritannien und Spanien ab 1999 fast explosionsartige Steigerungen registriert: die Wohnungspreise haben sich dort (und in einigen weiteren Ländern) in kurzer Zeit

Abb. 5
Entwicklung der Wohnungspreise^{a)} in ausgewählten europäischen Ländern 1994 bis 2002^{b)}



a) Index-Berechnungen auf der Grundlage von Angaben der nationalen EUROCONSTRUCT-Partnerinstitute.
 b) Bis 2001: (vorläufige) Istwerte; 2002: Schätzwerte; Deutschland: Alte Bundesländer (ABL).

Quelle: EUROCONSTRUCT/ifo Institut (Konferenz in München: Dezember 2002).

nahezu verdoppelt. Diese Entwicklungen bergen die Gefahr, dass die »Spekulationsblase« demnächst platzt, was zu einem scharfen Einbruch im bislang stabilen Wohnungsneubau dieser Länder führen könnte.

In Europa wird jeweils grob die Hälfte der Neubauwohnungen in Ein- und Zweifamiliengebäuden bzw. in Geschosswohnungsbauten fertiggestellt. Während allerdings in den stark ausgeprägten früheren Wohnungsbauzyklen der Geschosswohnungsbau die weitaus stärkeren Ausschläge aufgewiesen hat, erwischt es diesmal den Eigenheimbau wesentlich stärker; er verliert im Prognosezeitraum bis 2005 seine Funktion als stabilisierendes Element im Zyklus, so dass eine *Krise im Eigenheimbau Europas* zu konstatieren bzw. zu befürchten ist.

Die Anteile des Eigenheimbaus am Wohnungsneubau streuen stark zwischen den hier einbezogenen 19 europäischen Ländern und sie schwanken auch heftig im Zeitablauf: An der Spitze liegen (und bleiben trotz Rückgängen) Irland, Großbritannien und die Niederlande mit rund 75 bis über 80%; am anderen Ende der Skala rangieren Italien, Spanien und Portugal mit etwa 20 bzw. um die 30%. Große Unterschiede gibt es auch bei der *Wohneigentumsquote* mit Werten zwischen unter oder knapp über 40% (Schweiz und Deutschland) sowie über 80% (z.B. in Spanien sowie in Ungarn). Auch an diesen enorm großen Niveau- und Entwicklungsunterschieden bei der *Gebäudestruktur* der Fertigstellungen und

bei der relativen Bedeutung des selbst genutzten Wohneigentums lässt sich die unverändert große *Heterogenität* der europäischen Wohnungs(bau)märkte ablesen.

Literatur

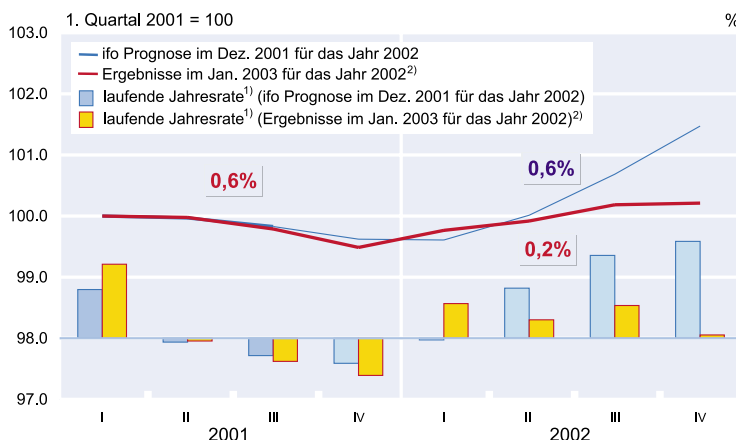
Behring, K. und I. Helbrecht u..M.v. G. Goldrian, J. Schmauß und Th. Frey (2002), *Wohneigentum in Europa*; Ludwigsburg (Wüstenrot Stiftung).
 Euroconstruct (Hrsg.: Ifo Institute/Munich) (2002a), *Construction in Europe – Summary Report*, 54th Euroconstruct conference, Munich, December 2002 (nicht veröffentlicht).
 Euroconstruct (Hrsg.: Ifo Institute/Munich) (2002b), *Construction in Europe – Country Report*, 54th Euroconstruct conference, Munich, December 2002 (nicht veröffentlicht).
 Gesetzentwurf der Bundesregierung (2002): *Entwurf eines Gesetzes zum Abbau von Steuervergünstigungen und Ausnahmeregelungen* (StVergAbG), als Ms.: Berlin.
 Gluch, E. (2002), »Geschäftsklima wieder spürbar eingetrübt«, *ifo Schnelldienst* 55 (22), 43–44.
 Rußig, V. (2002a), »Bautätigkeit in Europa: Nach der Flaute wieder deutlich höhere Wachstumsbeiträge«, *ifo Schnelldienst* 55 (14), 27–36.
 Rußig, V. (2002b), »Wohnungsneubau in Europa: 2002 wird die Talsohle erreicht«, *ifo Schnelldienst* 55 (13), 25–32.
 Sinn, H.-W. (2002), »Die rote Laterne – Die Gründe für Deutschlands Wachstumsschwäche und die notwendigen Reformen«, *ifo Schnelldienst* 55 (23), 3–32.
 Sinn, H.-W., W. Nierhaus, W. Meister, O.-E. Kuntze und J.-E. Sturm (2002), »ifo Konjunkturprognose 2003: Nur zögerliche Belebung«, *ifo Schnelldienst* 55 (24), 22–44.

Das abgelaufene Jahr hat sich für die deutsche Wirtschaft rückblickend als ein weiteres Jahr der enttäuschten Konjunkturerwartungen erwiesen; zu einem Aufschwung ist es nicht gekommen. Allerdings war schon die ifo Prognose vom Dezember 2001 außerordentlich skeptisch bezüglich der Perspektiven 2002. Unter dem Titel »Vor der Talsohle« hieß es damals: »Die Weltwirtschaft steckt derzeit in einer Konjunkturkrise, bei der erstmals seit 1973 die USA, Japan und Deutschland gleichzeitig von einer Rezession betroffen sind. Der weltweite Klimaindex des ifo Instituts, der vierteljährlich in 80 Ländern erhoben wird, hat seinen tiefsten Stand seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1981 erreicht. Der Monatswert des deutschen Geschäftsklimaindexes ist nach den Anschlägen auf das World Trade Center im September so stark gesunken wie seit der ersten Ölkrise im Jahr 1973 nicht mehr. Derzeit befindet sich die deutsche Konjunktur noch vor ihrem Tiefpunkt (gemessen an der Trendabweichung bzw. am Auslastungsgrad), der vermutlich im zweiten Quartal des Jahres 2002 liegt. Das reale Bruttoinlandsprodukt in Deutschland wird ab dem Frühjahr 2002 allmählich wieder Fahrt aufnehmen durch die wieder anziehende Konjunktur in den USA und den Umschwung im Lagerzyklus. Im Jahresdurchschnitt wird es mit 0,6% jedoch nur geringfügig stärker zunehmen als 2001. ... Die Arbeitslosenzahl dürfte im Jahresdurchschnitt 2002 bei 4 Mill. liegen; die Inflationsrate 1,5% betragen.« (Vgl. Sinn et al. 2001, S. 27.) Der folgende Beitrag beleuchtet die Gründe für dennoch aufgetretene Differenzen zwischen Prognose und Wirklichkeit.

Die tatsächliche Veränderung des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Deutschland fiel nach ersten Schätzungen des Statistischen Bundesamts im Jahr 2002 mit +0,2% sogar noch etwas schwächer aus als vor einem Jahr projiziert.² Zwar hat sich die deutsche Wirtschaft nach der Rezession des Jahres 2001 – wie vom ifo Institut erwartet worden war – stabilisiert, ein von manchen befürchteter rezessiver Rückschlag (»Double-Dip«) blieb aus. Zu einem echten Konjunkturaufschwung

– indiziert durch eine wieder zunehmende gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung – ist es aber nicht gekommen. Der konjunkturelle Anstiegswinkel in Deutschland blieb das ganze Jahr 2002 hindurch außergewöhnlich flach; im Verlauf des Jahres hat die gesamtwirtschaftliche Produktion saisonbereinigt nur um 0,7% zugenommen. Die erwartete konjunkturelle Belebung in der zweiten Jahreshälfte 2002 mit laufenden Jahresraten³ um rund 3% war buchstäblich ins Wasser gefallen (vgl. Abbildung). Vom gesamten Schätzfehler für die Wachs-

Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



1) Veränderung in % gegenüber dem Vorquartal, auf Jahresrate hochgerechnet; rechte Skala.
2) Ergebnisse für 2001 und Jahresergebnis 2002: Statistisches Bundesamt. Vierteljahresergebnisse für 2002: Schätzungen des ifo Instituts.
Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

¹ Das ifo Institut beleuchtet seit Jahren kritisch die Güte der eigenen Konjunkturprognosen (vgl. Nierhaus 1998; 2001; 2002).

² Die tatsächliche Entwicklung für ein Jahr t wird an den ersten Ergebnissen des Statistischen Bundesamts (Januar des Folgejahrs $t + 1$) festgemacht. Dies geschieht deshalb, weil diese Zahlen dem Informationsstand zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung am besten entsprechen. Insbesondere sind zu diesem Zeitpunkt die Zahlen für die zurückliegenden Jahre noch nicht gravierend revidiert worden, die die Grundlage für die jeweilige Prognose gebildet haben.

³ Die laufende Jahresrate gibt an, wie groß die Veränderung des (saisonbereinigten) Bruttoinlandsprodukts innerhalb eines Jahres sein würde, wenn das in einem Quartal beobachtete Wachstumstempo während eines ganzen Jahres anhielte. Alle BIP-Ursprungswerte sind hier mit Hilfe des Saisonbereinigungsverfahrens Census X-12-ARIMA bereinigt, das in Deutschland inzwischen zum Referenzstandard geworden ist.

tumsrate des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 0,4 Prozentpunkten entfallen denn auch 0,3 Prozentpunkte auf die Korrektur des konjunkturellen Verlaufs der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Die restlichen 0,1 Prozentpunkte gehen zu Lasten einer geringfügigen Revision des statistischen Überhangs⁴ am Jahresende 2001 – dieser musste von – 0,23% (Schätzung des ifo Instituts, Dezemberprognose 2001) auf – 0,33% (Berechnung des Statistischen Bundesamts, Rechenstand 3. Quartal 2002) zurückgenommen werden.

Maßgeblich für die unbefriedigend niedrige Leistung der deutschen Wirtschaft waren die durch den immer offener zu Tage tretenden Irak-Konflikt ausgelösten Unsicherheiten bei den Marktakteuren, der Höhenflug der Rohölpreise und die bis in den Herbst 2002 hinein zu verzeichnenden starken

Kursrückgänge an den Finanzmärkten, die über negative Vermögenseffekte und erschwerte Finanzierungsbedingungen auch in Deutschland dämpfend wirkten.⁵ Auch erwies sich die US-Konjunktur, die nach wie vor mitentscheidend für die Entwicklung der Weltwirtschaft ist, trotz der weiter expansiv ausgerichteten Geldpolitik der amerikanischen Notenbank als weniger gefestigt als ursprünglich erwartet worden war. Binnenwirtschaftlich dämpfte die (im nachhinein unbegründete) Angst vor hohen Preissteigerungen im Gefolge der Einführung des Euro-Bargelds die Konsumentenstimmung. Auch erhöhte sich die Sparquote der privaten Haushalte bei steigenden Arbeitslosenzahlen. In der zweiten Jahreshälfte 2002 beeinträchtigte schließlich die Bundesregierung das Wirtschaftsklima zum einen durch die Aussetzung der nächsten Stufe der »Steuerreform 2000«, zum anderen durch den Beschluss, zur notwendigen Haushaltssanierung Steuern und Sozialabgaben in großem Umfang zu erhöhen.

⁴ Als *statistischer Überhang* wird diejenige Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) bezeichnet, die sich ergäbe, wenn das BIP (saisonbereinigt) im Verlauf eines Jahres t auf dem Wert des vierten Quartals des Vorjahres t – 1 stagnieren würde. Die Zunahme (oder Abnahme) des BIP resultiert in diesem Fall nicht aus dem konjunkturellen Verlauf im Jahr t, sondern allein aus der konjunkturellen Entwicklung im Vorjahr. Formal ergibt sich der Überhang als prozentuale Differenz zwischen dem Jahresendwert des BIP (im Jahr t – 1) und dem dazugehörigen Jahresdurchschnittswert. Nimmt der Überhang einen negativen Wert an, weil der Jahresendwert des BIP kleiner als der Jahresdurchschnittswert ist, so spricht man von *Unterhang* (vgl. Nierhaus 1999, S. 16 f.; Europäische Zentralbank 2000, Kasten 6).

⁵ Anders als in den meisten früheren Jahren hat sich die Verschlechterung gewichtiger Rahmenbedingungen für die Prognose nicht in den konjunkturellen Frühindikatoren abgezeichnet. So war der ifo Geschäftsklimaindex der gewerblichen Wirtschaft bis zum Mai 2002 sogar deutlich gestiegen; insbesondere die vorlaufende Erwartungskomponente des Klimaindixators hatte sich kräftig verbessert. Nicht zuletzt deshalb hatte das ifo Institut die Wachstumsrate für das reale Bruttoinlandsprodukt in seiner Sommerprognose für das Jahr 2002 leicht – auf 0,7% – heraufrevidiert. Erst ab den Sommermonaten kam es dann zu einer deutlichen Korrektur des Optimismus bei den befragten Unternehmen (vgl. Nierhaus et al. 2002).

Prognosen und Prognosefehler für das Jahr 2002

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995

	ifo Dezemberprognose 2001		Statistisches Bundesamt		Beiträge zum Prognosefehler
	Prognosewerte für 2002		Ergebnisse für 2002 ⁵		
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (1)	Wachstumsbeiträge der Komponenten in %-Punkten ¹ (2)	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % (3)	Wachstumsbeiträge der Komponenten in %-Punkten ¹ (4)	
Inlandsnachfrage	0,4	0,4	-1,3	-1,3	1,7
Privater Konsum	0,8	0,4	-0,5	-0,3	0,7
Staatlicher Konsum	1,1	0,2	1,5	0,3	-0,1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	0,8	0,1	-6,9	-0,7	0,7
Bauten	-3,9	-0,4	-5,9	-0,7	0,2
Vorratsveränderungen (Mrd. Euro)	-8,3	0,1	-14,3	0,0	0,1
Außenbeitrag (Mrd. Euro)	62,4	0,2	91,0	1,5	-1,3
Ausfuhr	2,2	0,8	2,9	1,0	-0,3
Einfuhr	1,8	-0,6	-1,3	0,4	-1,0
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,6	0,2	0,2	0,4

⁵ Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung (Januar 2003).

¹ Beiträge der Nachfragekomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Nachfragekomponente ergibt sich aus der Wachstumsrate gewichtet mit dem Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

Der Prognosefehler bei der Wachstumszahl für das reale Bruttoinlandsprodukt kann auch über die Schätzfehler bei den einzelnen BIP-Verwendungskomponenten erklärt werden. Ausschlaggebend für die unbefriedigende Leistung der deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahr war die schwache Binnennachfrage; diese sank im Jahresdurchschnitt um 1,3%. Im Dezember 2001 war hingegen noch mit einer leichten Zunahme um 0,4% gerechnet worden (vgl. Tabelle). Der Investitionsmotor fiel vollständig aus; allein die Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstiger Anlagen) sanken im Vorjahresvergleich um 6,9%. Auch die Talfahrt der Bauinvestitionen hielt weiter an; sie schrumpften im Jahresergebnis mit 5,9% kaum weniger stark als im Jahr zuvor. Unbefriedigend war ebenfalls die Konsumnachfrage der privaten Haushalte, sie fiel um 0,5%. Sinkende Realeinkommen infolge rückläufiger Beschäftigung ließen keinen Spielraum für eine Ausweitung des Konsums; auch ist die Sparquote leicht gestiegen. Die Exporttätigkeit blieb dagegen grosso modo im Rahmen der ifo Dezemberprognose; der Zuwachs belief sich im Jahresergebnis 2002 auf 2,9%. Da allerdings die Einfuhr parallel zur sinkenden Binnennachfrage merklich zurückgenommen wurde, steuerte der Außenbeitrag – entgegen der ursprünglichen Einschätzung – per saldo sehr kräftig zum Wirtschaftswachstum bei, was den Prognosefehler durch die zu hoch eingeschätzte Inlandsnachfrage nahezu kompensierte (vgl. Tabelle).

Am deutschen Arbeitsmarkt ist aufgrund der überaus flauen Konjunktur die für den Sommer 2002 erwartete Tendenzwende ausgeblieben. Gleichwohl wurde die Erwerbstätigenzahl mit 38,7 Mill. im Jahresdurchschnitt 2002 zutreffend eingeschätzt, die Zahl der Arbeitslosen war jedoch mit 4,0 Mill. (amtlich: 4,1 Mill.) vergleichsweise etwas zu optimistisch veranschlagt worden. Auch die Arbeitslosenquote war im Dezember 2001 mit 9,3% etwas zu niedrig angesetzt worden (amtlich: 9,5%). Das Preisklima in Deutschland schließlich blieb trotz äußerst volatiler Rohölpreise insgesamt ruhig. Im Jahresdurchschnitt 2002 hat sich die Lebenshaltung nur um 1,3% verteuert, was gegenüber der ifo Dezemberschätzung (1,5%) einen geringfügigen Schätzfehler in Höhe von 0,2 Prozentpunkten bedeutet. Insbesondere war richtig prognostiziert worden, dass die Einführung des Euro-Bargelds nicht zu einem Inflationsschub führt.

Zur Systematik von Prognosefehlern

Bei jeder Konjunkturprognose wird von den Erfahrungen der Vergangenheit und aus dem Wissen über die Gegenwart theoriegestützt auf die Entwicklung in der Zukunft geschlossen. Dabei gibt es vielfältige Fehlerquellen (vgl. Nierhaus 1998, R1 f.; 2001, S. 17 f.).

- *Diagnosefehler:* Vor jeder Prognose steht die Diagnose der gegenwärtigen konjunkturellen Situation. Etliche Un-

zulänglichkeiten können hier eine zutreffende Analyse erschweren: So sind die zur Verfügung stehenden amtlichen Daten am »aktuellen Rand« besonders unsicher und werden später turnusmäßig berichtigt. Beispielsweise werden alle Vierteljahresergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) in Deutschland im Halbjahresrhythmus revidiert. Anlass für die Neuberechnungen sind später anfallende Ergebnisse von Spezialstatistiken (z.B. Kostenstrukturerhebungen) oder die Auswertung von Zählungen, die nur in mehrjährigem Turnus stattfinden (z.B. Handels- und Gaststättenzählung, Arbeitsstättenzählung). Außerdem wird in regelmäßigen Abständen das Preisbasisjahr (gegenwärtig 1995) aktualisiert. Bei großen VGR-Revisionen (wie zuletzt im Jahr 1999 mit der Umstellung auf das neue ESVG1995) kommen sogar definitorische und konzeptionelle Umstellungen hinzu. Eine weitere Fehlerquelle ergibt sich daraus, dass viele Wirtschaftsdaten der amtlichen Statistik am aktuellen Rand noch nicht veröffentlicht sind und deshalb vom Prognostiker zusätzlich geschätzt werden müssen. Zwar kann die Datenlücke vielfach durch vorausseilende Konjunkturindikatoren (z.B. durch die neuesten Ergebnisse des ifo Konjunkturtests) geschlossen werden, doch können sich deren Stabilitäts- und Vorlaufeigenschaften (vor allem an konjunkturellen Wendepunkten) ändern. Schließlich sind Ursprungswerte generell von Saison- und Kalendereinflüssen zu bereinigen, um Rückschlüsse auf das jeweilige konjunkturelle Grundmuster zu erlauben. Für die Ausschaltung von Saisoneffekten gibt es allerdings verschiedene statistische Verfahren, was bei gleichen Ursprungswerten zu unterschiedlichen Aussagen über den Konjunkturverlauf und über die Position im Konjunkturzyklus führen kann.⁶

- *Fehler in den Rahmenbedingungen:* Jede Konjunkturprognose hängt entscheidend von bestimmten Annahmen und Setzungen (*Rahmenbedingungen*) ab, die für den Prognosezeitraum relevant, jedoch nicht abschätzbar sind. Man spricht deshalb auch von bedingten Prognosen. Zu den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zählen die im Prognosezeitraum erwartete Konjunkturentwicklung in den großen Weltregionen, ferner die voraussichtliche Veränderung von Welthandel, Wechselkursen und Rohstoffpreisen (und hier insbesondere die Veränderung des Rohölpreises) sowie die Geldpolitik der amerikanischen und europäischen Zentralnotenbank. Zu den binnenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen gehö-

⁶ Da die Auswirkungen von saisonalen Einflüssen im Einzelnen unbekannt sind, weil sich ihre Stärke immer wieder ändert, gibt es kein objektiv »richtiges« Saisonbereinigungsverfahren. In der Prognosepraxis werden deshalb zu Vergleichszwecken verschiedene Saisonbereinigungsverfahren parallel eingesetzt. Aber auch bei Anwendung des gleichen Verfahrens kann es insbesondere bei den Endwerten einer Zeitreihe zu Korrekturen kommen, nämlich dann, wenn neue Werte in die Rechnung einbezogen werden, durch die sich die durchschnittliche Saisonbewegung verschiebt. Saisonbereinigte Werte haben deshalb immer einen vorläufigen Charakter. Auf eine Analyse der Ursprungswerte kann deshalb nicht verzichtet werden.

ren z.B. Annahmen über den Kurs der Lohn- und der Finanzpolitik. Zu den weiteren Randbedingungen der Prognose, die normalerweise nicht explizit ausgeführt werden, gehören Einflussgrößen wie die Veränderung des allgemeinen politischen Umfelds, die Entwicklung an den internationalen Finanzmärkten oder der zukünftige Witterungsverlauf. Radikale Änderungen dieser Faktoren (*exogene Schocks*) bewirken im Allgemeinen unvorhersehbare Brüche im Verhalten von Wirtschaftssubjekten und Wirtschaftspolitik. Deshalb wird hier in aller Regel von Konstanz bzw. von Normalentwicklung ausgegangen, d.h. es wird die Abwesenheit von exogenen Schocks postuliert (*Status-quo-Hypothese*).

- **Konsequenzfehler:** Die unzutreffend prognostizierte Entwicklung einer ökonomischen Variablen kann Folgefehler nach sich ziehen. So kann die Fehleinschätzung der Gewinnentwicklung im Unternehmenssektor eine Fehleinschätzung der gewerblichen Ausrüstungsinvestitionen und diese wiederum eine Fehleinschätzung der gewerblichen Bauinvestitionen nach sich ziehen. Auch ist zu berücksichtigen, dass die statistischen Fehlermargen für Variable, die im Kreislaufzusammenhang der VGR nur als Restgrößen (Salden) ermittelt werden können, größer sind als für originär geschätzte Werte. Dies gilt insbesondere für die Unternehmens- und Vermögenseinkommen⁷, den Außenbeitrag (Exporte minus Importe) und den Finanzierungssaldo des Staates.
- **Fehler in der Theorieauswahl und -anwendung:** Jede wissenschaftliche Konjunkturprognose ist theoriegestützt. Es gibt allerdings unterschiedliche volkswirtschaftliche Auffassungen über die Wirkungszusammenhänge zwischen makroökonomischen Größen. Anders als in den Naturwissenschaften besteht in den Wirtschaftswissenschaften nahezu keine Möglichkeit, Erkenntnisse über den Zusammenhang zwischen erklärenden und zu erklärenden Variablen in kontrollierten Experimenten zu gewinnen. Volkswirtschaftliche Theorien sind immer nur orts- und zeitgebundene *Quasi-Gesetze*; ihr Zutreffen im Prognosezeitraum ist nicht mit Sicherheit vorherzusagen. Unter kurzfristigen Aspekten ist normalerweise die Nachfrage (von in- und ausländischen Verbrauchern bzw. Investoren) entscheidend für die Entwicklung von Produktion und Beschäftigung, auf längere Sicht sind es die Angebotsbedingungen (z.B. das Ausmaß an staatlicher Regulierung auf den Güter- und Faktormärkten oder die Ausgestaltung des Steuersystems). Allerdings können auch angebotspolitische Maßnahmen bereits kurzfristige Effekte zeitigen.

- **Fehler durch Selbstabschwächung oder Selbstverstärkung:** Konjunkturprognosen sind »Wenn-Dann«-Aussagen, denen im Zeitpunkt der Erstellung die größten Eintrittswahrscheinlichkeiten zugebilligt werden (vgl. Sachverständigenrat 1964, TZ 217). Diese können sich jedoch dadurch ändern, dass Prognosen nach ihrer Veröffentlichung durch entsprechende Reaktionen seitens der Marktakteure oder der Wirtschaftspolitik Verstärkungs- oder Abschwächungseffekte (»Feedback-Effekte«) bis hin zur Selbsterstörung bzw. Selbsterfüllung hervorrufen. Offenbar können Vorhersagen auch durch eine derartige »Eigendynamik« falsch werden.⁸ Notwendig für Feedback-Effekte ist, dass eine hinreichend große Zahl von Wirtschaftssubjekten die jeweiligen Prognosen kennt und ihnen Glauben schenkt (vgl. Tietzel 1989, S. 554). Allerdings sind Schätzfehler durch allfällige Rückkoppelungsmechanismen umso weniger wahrscheinlich, je kürzer der Prognosezeitraum ist und je länger die wirtschaftspolitischen Entscheidungs- und Wirkungslags sind (vgl. Weichardt 1982, S. 31). Die stets vorhandene Gefahr von Feedback-Effekten darf jedoch nicht dazu führen, dass vor negativen konjunkturellen Entwicklungen nicht rechtzeitig und mit der gebotenen Intensität gewarnt werden darf. Der in den vergangenen Jahren immer wieder erhobene Vorwurf der »Schwarzmalerei« ist, soll der Prognostiker seinen Auftrag ernst nehmen, nicht zielführend.

Literatur

- Europäische Zentralbank (2000), »Einfluss des statistischen Überhangs auf die durchschnittlichen Jahreswachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts«, *Monatsbericht* (12), 51–52.
- Grunberg, E. und F. Modigliani (1954), »The Predictability of Social Events«, *Journal of Political Economy* 62, 465–478.
- Nierhaus, W. (1998), »ifo Konjunkturprognosen und Wirklichkeit – Eine Ergebnisanalyse für die Bundesrepublik im Zeitraum 1991 bis 1997«, *ifo Wirtschaftskonjunktur* 50 (7), R1–R11.
- Nierhaus, W. (1999), »Aus dem Instrumentenkasten der Konjunkturanalyse: Veränderungsraten im Vergleich«, *ifo Schnelldienst* 52 (27), 11–19.
- Nierhaus, W. (2001), »Konjunkturprognosen und Prognoserisiko«, *ifo Schnelldienst* 54 (16), 17–21.
- Nierhaus, W. (2002), »Deutsche Konjunktur 2001: Prognose und Wirklichkeit«, *ifo Schnelldienst* 55 (2), 32–34.
- Nierhaus, W., W. Meister, O.-E. Kuntze und J.-E. Sturm (2002), »Prognose 2002/2003: Chancen für einen neuen Aufschwung«, *ifo Schnelldienst* 55 (15), 19–44.
- Sachverständigenrat (1964), *Jahresgutachten des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)*, 1964/65.
- Sinn, H.-W., W. Nierhaus und W. Meister (2001), »Vor der Talsohle«, *ifo Schnelldienst* 54 (24), 27–42.
- Tietzel, M. (1989), »Prognoselogik oder: Warum Prognostiker irren dürfen«, *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik* 206 (6).
- Weichardt, R. (1982), *Zur Beurteilung von Konjunkturprognosen*, Tübingen: J.C.B. Mohr (Paul Siebeck).

⁷ Dazu ein Beispiel: Der Anteil der Unternehmens- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen liegt gegenwärtig bei knapp 30%. Eine hypothetische Fehlermarge beim Volkseinkommen von $\pm 2\%$ würde, wenn die Arbeitnehmerentgelte korrekt geschätzt worden wären, bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen bereits mit einer Marge von $\pm 7\%$ zu Buche schlagen. Bei weiteren Aufgliederungen der Unternehmens- und Vermögenseinkommen würde dieser Effekt noch gewichtiger.

⁸ Es lässt sich allerdings theoretisch zeigen, dass korrekte öffentliche Prognosen (unter der Voraussetzung der Existenz korrekter privater Prognosen) selbst bei Vorhandensein von Rückkoppelungsmechanismen möglich sind (Grunberg-Modigliani-Theorem). Ein geradezu zwangsläufiger Falsifikationseffekt, der durch die Veröffentlichung von Prognosen hervorgerufen wird, ist damit auszuschließen (vgl. Grunberg und Modigliani 1954; Weichardt 1982, S. 19 ff.).

Innovationsaktivität in der Industrie 2001/2002: Leichter Rückgang auf hohem Niveau

24

Horst Penzkofer

Innovationen stellen eine der wichtigsten Determinanten für einzel- und gesamtwirtschaftliches Wachstum dar. Da Wirtschaftswachstum und Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft oder eines Unternehmens längerfristig zwar von so genannten High-Tech-Innovationen geprägt werden, aber ausgesprochene technologische Durchbrüche eher die Ausnahme darstellen, sich der technologische Fortschritt überwiegend aus einer Vielzahl kleiner, marginal erscheinender Schritte zusammensetzt, ist ein weit gefasster Innovationsbegriff zu wählen. Denn nur durch die Erfassung von sowohl »radikalen« als auch »marginalen« Neuerungen kann der technische Fortschritt erklärt werden. Diesem Ansatz folgt der Innovationstest des ifo Instituts. Anhand der Ergebnisse der jüngsten Innovationsbefragungen des ifo Instituts wird die Entwicklung der Innovationsaktivitäten der deutschen Industrie sowie die Bedeutung der sie beeinflussenden ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen dargestellt. Insgesamt beteiligten sich über 2 950 Testteilnehmer an den Befragungen.

Determinanten des Innovationsverhaltens

Die Wettbewerbsstärke einer Industrie basiert in weiten Bereichen auf dem Angebot eines breiten Produktspektrums, aber auch auf ihrer Fähigkeit zur innovativen Produktdifferenzierung und Qualitätsproduktion. Die für die Durchführung von Innovationsprozessen erforderliche Hervorbringung oder Beschaffung von technologischem Wissen ist ein entscheidender Wettbewerbsfaktor, um neue Nachfragepotentiale bedienen und wegbrechende Marktpotentiale ersetzen zu können.¹

Die Aufgabe der Generierung, Verbreitung und Nutzung neuen technologischen Wissens wird durch zahlreiche Institutionen wie Hochschulen, sonstige Forschungseinrichtungen, Transferstellen und die Industrie- und Dienstleistungsunternehmen eines Landes wahrgenommen, wobei die Unternehmen zu den wichtigsten Akteuren in einem nationalen Innovationssystem zählen. Die Analyse der Innovationsaktivitäten der Unternehmen ist somit von zentraler Bedeutung bei der Beurteilung und für die Stärkung der Innovationsposition einer Wirtschaft.

Das Innovationsverhalten² der Unternehmen wird durch eine Reihe von internen und externen Rahmenbedingungen geprägt:

Mit dem Begriff der *Unternehmensgröße* werden zahlreiche innovationsrelevante Faktoren in Verbindung gebracht: Zu nen-

nen sind etwa die Ausstattung mit FuE-Ressourcen, Kontakte zu zahlreichen Forschungsinstitutionen und bestehende Einrichtungen zur Produktvermarktung. Es ist folglich davon auszugehen, dass die Unternehmensgröße in starkem Maße die betriebliche Innovationsneigung beeinflusst.

Eine weitere wichtige Determinante der Innovationstätigkeit stellt die *Branchenzugehörigkeit* der Unternehmen dar. Sie bestimmt wesentliche Rahmenbedingungen, wie die relevante Technologie- und Nachfragedynamik sowie den allgemeinen Konkurrenzdruck.

Einzelwirtschaftliches Innovationsverhalten wird aber auch durch den *Standort* eines Unternehmens beeinflusst. So werden regional unterschiedliche Innovationsleistungen in erster Linie auf die vorhandene Faktorausstattung und/oder Wirtschaftsstruktur (Branchen- und Größenverteilung in der Industrie) zurückgeführt.

Außer von den genannten Strukturfaktoren wird die Innovationstätigkeit von

¹ Auch die Europäische Kommission weist in ihrem Bericht zum »Europäischen Innovationsanzeiger 2002« auf den engen Zusammenhang zwischen Innovation und Wirtschaftsleistung hin (vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2002, <http://trendchart.cordis.lu>).

² Innovationsverhalten bedeutet in diesem Rahmen die Entwicklung und Herstellung neuer Produkte (Produktinnovation) und/oder die Entwicklung und Anwendung neuer Produktionsverfahren (Prozessinnovation). Die nachfolgend verwendeten Begriffe Innovationstätigkeit und Innovationsaktivität sind dabei als Synonyme für die Beschreibung betrieblichen Innovationsverhaltens aufzufassen.

Unternehmen und Wirtschaftszweigen noch durch unterschiedliche Abläufe betrieblicher Innovationsprozesse geprägt. Zahlreiche Innovationsstudien haben belegt, dass Innovationsprozesse in Gang kommen, wenn sich eine technologische Problemlösung oder eine Marktchance ergibt. Resultiert aus einem solchen *Innovationsimpuls* aus der Sicht des Unternehmens ein Innovationsbedarf, muss dieser in Form von neuen oder verbesserten Produkten oder Verfahren umgesetzt werden, um für die Realisierung der damit verbundenen betrieblichen Innovationsziele wirksam werden zu können. Die Erbringung einer Innovationsleistung erfordert Zeit und Geld. Der monetäre Aspekt der Innovationstätigkeit wird durch die Variable *Innovationsaufwand* erfasst. Darüber hinaus setzt die Realisierung von Innovationen seitens des innovierenden Unternehmens das Vorhandensein bestimmter interner Gegebenheiten voraus, die seine Innovationsfähigkeit determinieren. So können die verfolgten Innovationsziele mit anderen unternehmerischen Zielsetzungen konfigrieren und auf *Hemmnisse* stoßen.

Die Beobachtung der wesentlichen Determinanten des Innovationsgeschehens sowie die Analyse der Ursachen ihrer Veränderung ist die Grundlage für die Gestaltung von Rahmenbedingungen, die ein positives Innovationsklima erzeugen und damit die internationale Wettbewerbsfähigkeit fördern sollen.³

Leicht sinkender Anteil innovierender Unternehmen

Im Zeitraum 1997 bis 2000 veränderte sich der Innovatorenanteil in der deutschen Industrie nur geringfügig. Knapp 60% der Industrieunternehmen führten jährlich im Beobachtungszeitraum Produkt- und/oder Prozessinnovationen durch. Bezogen auf den Anteil der in der Industrie tätigen Personen betrug die Quote rund 75%.

Ein merklicher Rückgang der Innovationsaktivitäten war erstmals im Jahr 2001 festzustellen. Gemessen an der Zahl der Unternehmen fiel der Innovatorenanteil um über 4 Prozentpunkte auf rund 54% (vgl. Tab. 1). Dieser Trend verlangsamte sich, setzte sich aber im Jahr 2002 fort: Der Innovatorenanteil sank auf 53%. Während der Anteilsrückgang zwischen 2000 und 2001 insbesondere auf die geringere Innovationsaktivitäten der kleinen und mittleren Unternehmen zurückzuführen war, ist für den leichten Rückgang im vergangenen Jahr vor allem das Innovationsverhalten der Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten ursächlich. Bei Großunternehmen (1 000 und mehr Beschäftigte) nahm der Innovatorenanteil um rund 6 Prozentpunkte und bei

³ Ergebnisse der ifo Innovationsbefragungen für die deutsche Industrie finden sich für den Zeitraum 1982 bis 1997 bei Schmalholz und Penzkofer (1993) sowie Penzkofer und Schmalholz (1999). In den Folgejahren wurden ausgewählte Resultate im ifo Schnelldienst veröffentlicht.

Tab. 1
Größenklassenspezifische Innovatorenanteile im verarbeitenden Gewerbe Deutschlands 2000 bis 2002
- in % -

Unternehmen mit ... Beschäftigten	2000	2001	2002
20 - 49	45,1	41,7	42,0
50 - 199	66,4	60,2	57,7
200 - 499	74,6	71,0	70,6
500 - 999	78,6	79,3	75,0
1 000 und mehr	83,3	84,7	78,6
Verarbeitendes Gewerbe	58,6	54,1	53,0

Quelle: Sonderfrage »Innovation« im ifo Konjunkturtest.

Unternehmen mit 500 bis 999 Beschäftigten um rund 4 Prozentpunkte ab. Die übrigen Unternehmensgruppen konnten demgegenüber ihren Innovationsanteil auf dem im Vergleich zu 2000 niedrigerem Vorjahresniveau halten.

In der sektoralen Aufgliederung umfasst die Gruppe der innovationsstarken Branchen die Wirtschaftszweige Herstellung von Kraftwagen und -teilen, DV-Geräte und Einrichtungen, Rundfunk-/Fernseh- und Nachrichtentechnik, Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, Maschinenbau, chemische Industrie sowie Medizin-/Mess-/Steuer- und Regeltechnik/Optik, wobei die beiden letztgenannten Branchen und der Bereich DV-Geräte und Einrichtungen 2002 geringere Innovatorenanteile als im Vorjahr aufwiesen.

Welche Wachstumsperspektiven mit den Innovationsaktivitäten – insbesondere im Hinblick auf Produktinnovationen – für die Industrie verbunden sind, spiegelt sich in der Entwicklung der Umsatzstruktur wider.⁴

Ungünstige Umsatzstruktur

Analysiert man den von den Unternehmen erzielten Gesamtumsatz danach, welcher Anteil jeweils auf Produkte entfällt, die sich in unterschiedlichen Lebensphasen befinden, dann ist festzustellen, dass sich die nach diesen Kriterien gebildete Umsatzstruktur im Zeitraum 1998 bis 2002 deutlich verschoben hat (vgl. Tab. 2). Die schwächere konjunkturelle Entwicklung schlägt sich deutlich in der Zusammensetzung des von der Industrie getätigten Umsatzes nieder: Während sich zwischen 1998 und 2000 der Umsatzanteil mit Produkten, die sich in der Markteinführungs- und Wachstumsphase befanden, in der deutschen Industrie kontinuierlich auf über 40% erhöhte, lag er 2001 nur noch bei rund 36% und betrug 2002 lediglich 32,5%. Ursächlich hierfür war die Abnahme des Umsatzanteils von

⁴ Zum Einfluss der Innovationstätigkeit auf Umsatz, Gewinn, Wettbewerbsfähigkeit und Arbeitsproduktivität siehe Schmalholz und Penzkofer (2003).

Tab. 2
Umsatzstruktur im verarbeitenden Gewerbe,
1998 bis 2002 - in % -

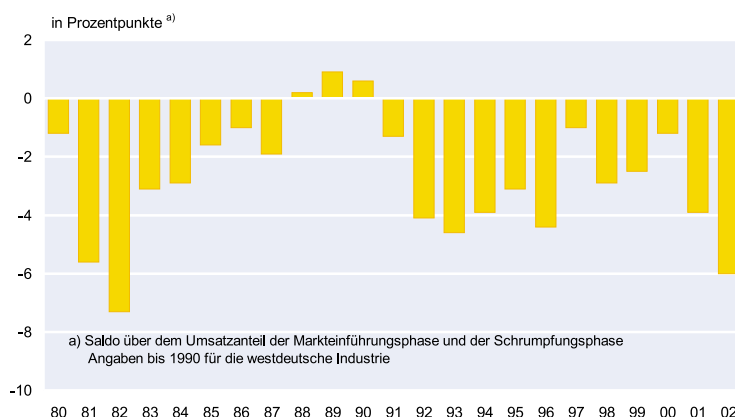
Produktzyklusphase	1998	1999	2000	2001	2002
Markteinführung	10,6	10,6	10,7	10,5	10,1
Wachstum	25,5	26,9	29,4	25,8	22,4
Stagnation	50,4	49,4	48,0	49,3	51,4
Schrumpfung	13,5	13,1	11,9	14,4	16,1

Quelle: Sonderfrage »Innovation« im ifo Konjunkturtest.

Produkten in der Wachstumsphase (2000: 29,4%; 2002: 22,4%); dagegen blieb der Anteil der Erzeugnisse in der Markteinführungsphase (Innovationen) mit 10,1 gegenüber 10,7% in 2002 relativ konstant, d.h. die Innovationsanstrengungen haben sich nur geringfügig verringert, aber die geringe Wachstumsdynamik der Absatzmärkte beeinträchtigt die Expansionschancen des erneuerten Produktportfolios.

Ein für die Innovations- und Wachstumsdynamik interessantes Ergebnis liefert die Gegenüberstellung des Umsatzanteils in der Markteinführungs- mit dem der Schrumpfungsphase. Je deutlicher der Umsatzanteil in der Markteinführungsphase von dem der Schrumpfungsphase übertroffen wird, desto bedrohlicher stellt sich die Situation der Unternehmen dar. Aus der Produktlebenszyklustheorie ist bekannt, dass es für die Unternehmen zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit erforderlich ist, die Zusammensetzung ihrer Produktpalette so aufeinander abzustimmen, dass für alternde Produkte rechtzeitig Ersatz geschaffen wird. Es müssen neue Produkte eingeführt werden, um überlappende Lebenszyklen mit entsprechender Addition der Umsatz- und Gewinnkurven im Zeitverlauf zu erzielen. Für das Jahr 2002 fällt dieser Saldo in der deutschen Industrie zu Ungunsten der Markteinführungsphase aus (- 6 Prozentpunkte; vgl. Abb. 1). Dies ist der ungünstigste Wert seit 1982. Zur Wiederherstellung

Abb. 1
Umsatzstruktur in der deutschen Industrie, 1980-2002



Quelle: Sonderfrage "Innovation" im ifo Konjunkturtest.

der Ausgewogenheit der Umsatzstruktur müsste in den nächsten Jahren vor allem die Produktinnovationstätigkeit der Unternehmen, die auf stagnierenden oder sogar schrumpfenden Märkten agieren, außerhalb des traditionellen Erzeugnisschwerpunkts gesteigert werden.

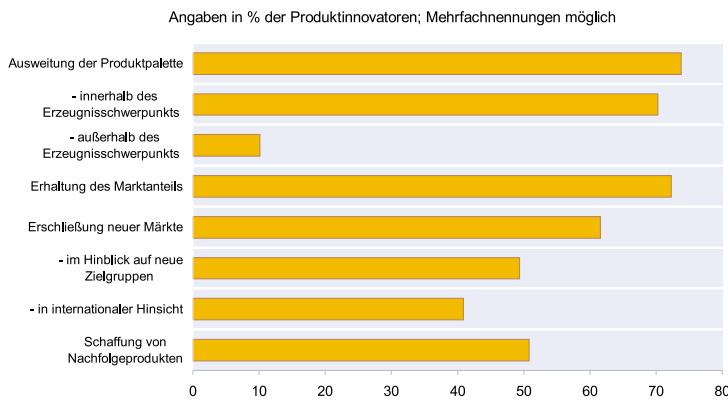
Produktinnovationen finden primär im traditionellen Erzeugnisschwerpunkt statt

Die Produktsortimente der Unternehmen enthalten in der Regel eine Vielzahl neu- und weiterentwickelter Produkte. Hieraus resultieren qualitative Unterschiede hinsichtlich ihrer technischen und damit auch ökonomischen Bedeutung. Der technische Neuheitsgrad determiniert den Verbraucher- oder Anwendernutzen im Hinblick auf die Bedürfnisbefriedigung oder den funktionalen Erfüllungszweck und ist damit für die Marktrelevanz der weiterentwickelten oder neuen Produkte bestimmend. Je nachdem, ob es sich bei diesen Produkten um Substitute, komplementäre oder gänzlich neue Produkte handelt, werden auch die damit erreichbaren Marktveränderungen ausfallen. Abbildung 2 enthält die im ifo Innovationstest erfassten Produkt-/Marktziele, unter der Berücksichtigung, dass die Produktinnovation

- ein Nachfolgeprodukt für ein auslaufendes Produkt ist (hierbei wird es sich eher um Weiterentwicklungen als um Neuentwicklungen handeln),
- die Produktpalette einer bereits existierenden Produktgruppe vervollständigt oder erweitert wird, woraus gefolgert werden kann, dass zwar der gleiche Markt beliefert wird, jedoch neue Marktsegmente erschlossen werden,
- das erste Produkt einer für die Unternehmung völlig neuen Produktklasse darstellt (Diversifikation).

Die Ergebnisse für 2001 spiegeln das für die Produktpolitik der deutschen Industrie schon seit längerem konstante Verhaltensmuster wider. Der Schwerpunkt der Produktinnovationstätigkeit zielt auf den Ersatz von oder die Ergänzung mit Elementen der angestammten Produktbereiche ab. Marktveränderungen lassen sich mit dieser Produktpolitik kaum erzielen, wie der hohe Anteil derjenigen Unternehmen zeigt, deren Marktstrategie auf »halten« gerichtet ist. Nur etwa jedes zehnte Unternehmen hat sich im vergangenen Jahr mit seinen Innovationsaktivitäten außerhalb seines traditionellen Erzeugnisschwerpunkts gewagt. Eine derartige Strategie dürfte jedoch am ehesten dazu beitragen, stagnierende und schrumpfende Märkte zu verlassen und Expansionschancen zu eröffnen.

Abb. 2
Zielsetzung der Produktinnovationstätigkeit in der deutschen Industrie 2001



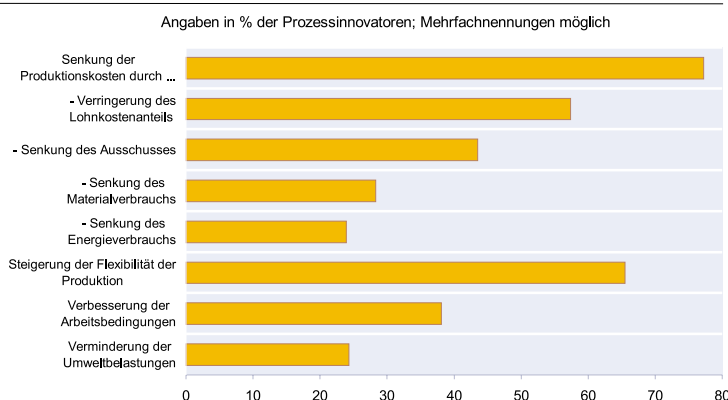
Quelle: ifo Innovationstest, 2001.

Das Ertragspotential eines Unternehmens kann aber auch dadurch gesichert werden, dass versucht wird, mit Hilfe entsprechender Marketinginstrumente den Absatz vorhandener Produkte auf den bisher bedienten Märkten sowie auf zusätzlich erschlossenen Märkten noch zu steigern. Aus den Umfrageergebnissen ist zu entnehmen, dass 2001 über 60% der Produktinnovatoren ihre Produkt-/Marktstrategie auf die Erschließung neuer Märkte ausgerichtet haben, wobei im Vergleich zur Bedienung neuer Regionen neuen Zielgruppen eine leicht höhere Bedeutung zukommt.

Primäre Zielsetzung bei der Prozessinnovationstätigkeit, also der Einführung neuer Fertigungs- und Verfahrenstechniken, war die Verringerung der Produktionskosten (vgl. Abb. 3). Annähernd 80% der Industrieunternehmen nannten dieses Ziel im Rahmen ihrer Prozessinnovationsaktivitäten. Innerhalb dieses Ziels dominiert die Senkung des Lohnkostenanteils an den Produktionskosten (knapp 60% der Unternehmen).

Neben der Produktionskostensenkung nimmt die Steigerung der Flexibilität der Produktion eine zentrale Bedeu-

Abb. 3
Zielsetzung der Prozessinnovationstätigkeit in der deutschen Industrie 2001



Quelle: ifo Innovationstest, 2001.

tung im Zielbündel der Industrie ein. Bei zwei Drittel der Prozessinnovatoren ist dies das technische Innovationsziel, denn eine geringe Fertigungsflexibilität hat zur Folge, dass die Unternehmung auf Änderungen in der Nachfragestruktur nur langsam reagieren und somit die Produktion nicht rechtzeitig umstellen kann.

Marktinduzierte Aktivitäten sind wichtigster Impulsgeber zur Entwicklung von Innovationen

Bei den Anstößen zur Durchführung von Innovationen überwiegen die marktinduzierten Aktivitäten. Für rund 60% der Innovatoren waren die wichtigsten Ideenlieferanten die Kundenanforderungen sowie die Marketing- oder Vertriebsabteilung, der die Sammlung und Umsetzung von Marktinformationen obliegt.

An dritter Stelle rangiert die Firmenleitung als Impulsgeber. Dies ist in erster Linie auf das Innovationsverhalten der kleinen und mittleren Unternehmen zurückzuführen, da mit abnehmender Beschäftigtenzahl die Verkaufs-, Entwicklungs- und Produktionsentscheidung inhaltlich und formal meist von denselben Personen gefällt wird. Dieses marktnahe Operieren findet seinen Niederschlag auch darin, dass die Innovationsprojekte kleiner und mittlerer Unternehmen nur zu einem geringen Teil Ergebnis eines systematischen FuE-Suchprozesses sind. Während bei Großunternehmen bei zwei Drittel der Innovatoren die Impulse aus dem Bereich Forschung und Entwicklung stammen, liegt der Anteil bei Unternehmen mit bis zu 500 Beschäftigten unter 30%. Der starke Bias bezüglich der Unternehmensgröße rührt daher, dass größere Unternehmen eher risikoreiche Projekte in Angriff nehmen können, bei denen zwar neue Techniken latent vorhanden sind, aber nachfragewirksame Probleme potentieller Kunden erst aktiviert werden müssen.

Die Antwortquote bezüglich der durch Konkurrenzunternehmen ausgelösten Aktivitäten gibt Hinweise auf die Bedeutung der Imitationsstrategie in der Industrie. So stammen bei rund einem Viertel der Innovatoren Neuerungs Ideen auch von Wettbewerbern. Hierzu gehören auch die Impulse, die aus der Informationsbeschaffung auf Messen und Kongressen (rund 17%) oder bei Lieferanten (knapp 16%) resultieren.

Bei einem Fünftel der Unternehmen spielen Kooperationen und Joint-ventures als Ideen-

lieferanten eine Rolle. Während Fachliteratur (rund 9%) und Einrichtungen des Wissenschaftsbereichs (rund 7%) noch nennenswerte Beiträge liefern, ist die Zahl der Innovatoren, die Anregungen aus dem Studium von Patentschriften ziehen, mit rund 4% gering.

Zahlreiche Hemmnisse beeinträchtigen die Ausschöpfung des betrieblichen Innovationspotentials

Die optimale Ausschöpfung des Innovationspotentials der Industrie wird durch eine Vielzahl von Faktoren behindert. Einem Teil der Unternehmen nehmen diese Hemmnisse jede Möglichkeit, Innovationsaktivitäten durchzuführen, bei einem anderen Teil beeinträchtigen sie Anzahl und Neuheitsgrad der Innovationsprojekte. Bezogen auf die Gesamtheit aller Unternehmen ergibt sich für 2001 der Befund, dass knapp die Hälfte der Unternehmen in ihren Innovationsaktivitäten behindert wurden; lediglich 15% der Unternehmen konnten ihre Innovationsvorhaben ohne Einschränkungen realisieren. Bei über 10% der Unternehmen führten Hemmnisse sogar dazu, dass Innovationsaktivitäten gänzlich unterblieben (vgl. Abb. 4).

Unter den ökonomischen Hemmnisfaktoren spielen unzureichende Finanzierungsmöglichkeiten nicht die dominie-

rende Rolle (rund 30%). In gleichem Umfang wird von den Innovatoren die zu geringe Renditeerzielung aus den getätigten Produktinnovationen beklagt. Verantwortlich hierfür sind eine zu lange Amortisationsdauer für das eingesetzte Kapital sowie die im Zusammenhang mit Innovationen stehende hohe Kapitalbindung.

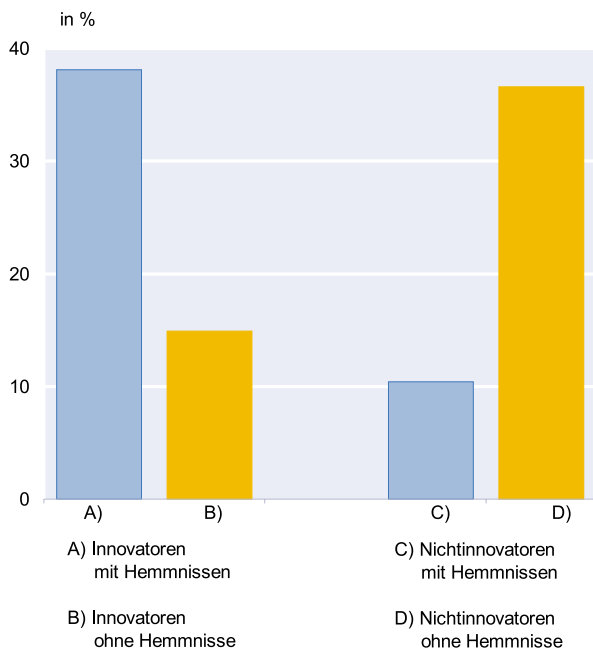
Bei den personellen Hemmnissen stehen qualifikatorisch bedingte Barrieren im Vordergrund. Jeweils rund 20% der Innovatoren weisen auf einen Mangel an FuE-Personal und an geeigneten Mitarbeitern im Absatzbereich hin. Sozial bedingte Hemmnisse spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle. Von gravierenden Innovationswiderständen aufgrund mangelnder Technikakzeptanz von Mitarbeitern oder betrieblichen Funktionsträgern wird die in den Unternehmen vorhandene Innovationsbereitschaft kaum beeinträchtigt. Die gemeldeten technische Probleme (Umsetzungsprobleme; rund 18%) könnten zum Teil auch auf die personellen Engpässe bei bestimmten Qualifikationen zurückzuführen sein.

Während die innerbetrieblichen Innovationshemmnisse von den Unternehmen mehr oder weniger leicht zu umgehen sind, werden sie noch zusätzlich durch eine Reihe von staatlichen Reglementierungen tangiert, die nicht mehr direkt durch das innovierende Unternehmen beeinflussbar sind. Nach den Ergebnissen des ifo Innovationstests behindert eine zu restriktive Gesetzgebung rund 15% der Innovatoren; zu lange Verwaltungsverfahren werden von jedem sechsten Innovator beklagt. Wenn auch die Einzelmaßnahmen i.d.R. keine unüberwindbaren Barrieren darstellen, können sie jedoch in ihrer Gesamtheit dazu führen, dass die Innovation verzögert am Markt angeboten oder im Unternehmen genutzt werden kann.

Knapp zwei Drittel des Innovationsbudgets für Produktinnovationen verwendet

Die Umsetzung der unternehmerischen Zielvorstellungen mittels Produkt- und Prozessinnovationen und der damit ausgelöste Innovationsprozess, dessen zeitliche Dimension sich von der Ideenfindung bis zur Markteinführung bzw. Anwendung der Innovation erstreckt, erfordert beträchtliche Finanzmittel. Zwischen der Gewinnung neuer technischer Erkenntnisse durch Forschung und Entwicklung und der erfolgreichen Umsetzung der technischen Neuerungen am Markt fallen auch Aufwendungen an, wie z.B. für Konstruktion und Produktdesign, Produktionsvorbereitung für Produktinnovationen, Absatzvorbereitung, Patente und Lizenzen sowie Prozessinnovationen (inkl. Rationalisierung). Im Jahr 2000 betragen die gesamten Innovationsaufwendungen in der deutschen Industrie gut 69 Mrd. €. Nach vor-

Abb. 4
Bedeutung von Innovationshemmnissen in der deutschen Industrie



Quelle: ifo Innovationstest, 2001.

Tab. 3
Verwendung des Innovationsbudgets 2001
- in % -

	1998	1999	2000	2001
• Know-how -Aufwand	42,2	43,6	41,3	43,7
• Umsetzungsaufwand	19,5	20,8	22,2	22,1
Produktbezogener Aufwand	61,7	64,4	63,5	65,8
• Know-how -Aufwand	15,4	13,6	16,7	15,4
• Umsetzungsaufwand	17,7	17,4	15,4	15,5
Prozessbezogener Aufwand (Produktionsbereich)	33,1	31,0	32,1	30,9
Prozessbezogener Aufwand (Büro und Verwaltung)	5,2	4,6	4,4	3,3

Quelle: ifo Innovationstest.

läufigen Berechnungen haben sich diese Aufwendungen 2001 auf über 71 Mrd. € belaufen.^{5,6}

Von besonderem Interesse ist die Struktur der Innovationsaufwendungen bzw. die tendenzielle Entwicklung der beiden großen Kostenblöcke »Erzeugung« (z.B. FuE, Patente, Lizenzen) und »Umsetzung« (Produktions- und Absatzvorbereitung), die zusammen das betriebliche Innovationsbudget determinieren (vgl. Tab. 3). Der größte Teil des Innovationsbudgets der Industrie wird mit mehr als 60% von produktbezogenen Innovationsaktivitäten absorbiert (2001 über 65%). Auf Forschung, Entwicklung, Konstruktion, Produktdesign und Patent- und Lizenzgebühren, also auf den Know-how-Aufwand für Produktinnovationen, entfallen davon im Durchschnitt zwei Drittel. Für Prozessinnovationen schwankt der Anteil der Know-how-Aufwendungen, der durchschnittlich bei rund 50% aller produktionsbezogenen Aufwendungen liegt, innerhalb einer geringen Bandbreite zwischen 14 und 17%. Die Aufwendungen für die Umsetzungsphase liegen im Durchschnitt der letzten Jahre im Produktbereich bei knapp über 20% und im Prozessbereich bei rund 15% der jeweiligen bereichsspezifischen Gesamtaufwendungen.

Die Ergebnisse in Tabelle 3 lassen erkennen, dass sich die Ausgabenstruktur und damit auch die Innovationsstrategien der deutschen Industrie nicht grundlegend verändert haben. Die relativ konstante Struktur könnte insbesondere auf den hohen Fixkostenanteil bei den Know-how-Aufwendungen

⁵ Da die Realisierung von Innovationsprojekten bei Großunternehmen in der Regel sowohl Forschung und Entwicklung als auch Konstruktion und bei den kleinen und mittleren Unternehmen Entwicklung und Konstruktion erfordert, ist es für die Unternehmen äußerst schwierig, die Aufwendungen für experimentelle und konstruktive Arbeiten exakt aufzuteilen. Die genaue Trennung zwischen Forschung, experimenteller und konstruktiver Entwicklung ist insbesondere dann schwierig, wenn die Arbeiten von denselben Personen durchgeführt werden. Daher werden bei der Berechnung der Innovationsaufwendungen auch die Ausgaben der Unternehmen für Konstruktionsarbeiten erfasst. Insbesondere bei Unternehmen des Investitionsgütergewerbes ergeben sich aufgrund der Einbeziehung aller Konstruktionsstätigkeiten im Vergleich zu den Resultaten des Stifterverbandes höhere »FuE-Aufwendungen«. Zur Berechnung der Innovations- und FuE-Aufwendungen sowie zur Problematik der Einbeziehung der Konstruktionsstätigkeit siehe Penzkofer (1995).

⁶ Nach einer Erhebung des Stifterverbandes (2002) betragen die FuE-Aufwendungen des verarbeitenden Gewerbes im Jahr 2001 über 40 Mrd. €.

(Personal, Laboreinrichtungen u.a.) zurückzuführen sein, der die Innovationsbudgetierung einem stabilen Trend folgen lässt.

Schlussfolgerungen

Nach den Ergebnissen des ifo Innovationstests realisierten in den letzten Jahren – mit leicht abnehmender Tendenz – über die Hälfte der Unternehmen Produkt- und/oder Prozessinnovationen. Zunehmend bedroht wird die Ausschöpfung des vorhandenen Potentials durch steigende Innovationsaufwendungen in Verbindung mit einer Intensivierung des internationalen Wettbewerbs, wo-

durch die Möglichkeiten zur Erzielung einer angemessenen Rendite eingeschränkt werden. Druck auf den mit Innovationen erzielbaren Return on Investment geht auch von der spürbaren Steigerung des Innovationstempos aus, insbesondere in den Bereichen, die eine deutliche Verkürzung der Marktlebensdauer ihrer Produkte aufweisen (vgl. Penzkofer 2000).

In den vergangenen Jahren stieg der Anteil der Unternehmen an, die nach eigenen Einschätzungen mittelfristig auf stagnierenden oder schrumpfenden Märkten agieren. Nachdem sich im Jahr 2000 rund 42% der Unternehmen auf Märkten operieren sahen, die zu Umsatzeinbußen bei ihren Produktsortimenten führen könnten, erhöhte sich dieser Anteil mit rund 48% in 2001 auf nunmehr über 52% in 2002. Die Realisierung einer erforderlichen Diversifizierungsstrategie scheidet vor allem daran, dass sich die betrieblichen Innovationsprozesse primär an den traditionell beherrschten Technologiefeldern orientieren. Da die Aneignung des für die Beherrschung eines neuen technologischen Bereiches erforderlichen Wissens ein langwieriger Prozess ist, kann es bei Fortführung dieses Innovationsverhaltens zu erheblichen Problemen für die auf stagnierenden oder schrumpfenden Märkten operierenden Unternehmen kommen.

Literatur

Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2002), *Europäischer Innovationsanzeiger 2002*, SEK(2002) 1349, Brüssel.
 Penzkofer, H. (2000), »Innovationsverhalten der deutschen Industrie«, *ifo Schnelldienst* 53 (22/23), 25–33.
 Penzkofer, H. (1995), »Zukunftsaufwendungen in der westdeutschen Industrie«, *ifo Schnelldienst* 48 (4), 8–15.
 Penzkofer, H. und H. Schmalholz (1999), *Innovationsverhalten der deutschen Industrie: Ergebnisse des ifo Innovationstests 1990–1997*, ifo Studien zur Innovationsforschung, Bd. 5, München.
 Schmalholz, H. und H. Penzkofer (2003), »Innovieren lohnt sich für ostdeutsche Industrieunternehmen mehr – eine Analyse auf der Basis der ifo Innovationstestdaten«, *ifo Dresden berichtet* 10 (1).
 Schmalholz, H. und H. Penzkofer (1993), *Innovationsaktivitäten der deutschen Industrie: Entwicklung der Innovationsindikatoren vor dem Hintergrund der Rahmen- und Standortbedingungen der achtziger Jahre*, ifo Studien zur Industriewirtschaft, Bd. 45, München.
 Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft (Hrsg.) (2002), »FuE-Erhebung: Wirtschaft plant wieder vorsichtiger«, *FuE Info* 2002, Essen.

Schweden: Allmähliche konjunkturelle Erholung auf solidem Fundament

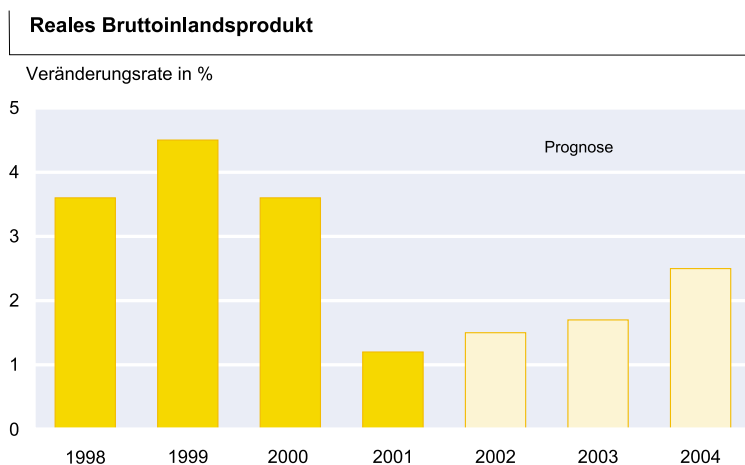
30

Oscar-Erich Kuntze

Moderates Wirtschaftswachstum auch während des Jahres 2002. Nach dem Frühjahr 2003 allmähliche Beschleunigung von Nachfrage und Produktion bis ins Jahr 2004 hinein. Die Geldpolitik stimuliert über 2003 hinaus. Die Unterbewertung der Krone verringert sich. Nur noch leicht expansive Finanzpolitik im Jahre 2003, etwa neutraler Kurs 2004. Im Herbst 2003 Abstimmung über die Einführung des Euro. Überraschend robuste Lage auf dem Arbeitsmarkt. Moderat steigende Verbraucherpreise. Weiterhin Überschüsse der Leistungsbilanz.

Das politische und soziale Umfeld wurde 2002 dominiert von den Reichstagswahlen im September. Beherrschendes Thema war die Steuerpolitik und damit implizit die Zukunft des Wohlfahrtsstaates, während die das Land nach wie vor polarisierende Einführung des Euro keine Rolle spielte. Die schon vorher die Minderheitsregierung stellende Socialdemokratiska Arbetarepartiet (SAP) konnte, an den weit verbreiteten Wunsch nach Geborgenheit appellierend, Stimmen gewinnen, aber ihre Wahlschlappe von 1998 – es war das schlechteste Resultat seit 1921 gewesen – nur teilweise ausbügeln. Sie steigerte die Zahl ihrer Mandate im 349 Sitze umfassenden Parlament um 13 auf 144. Damit wurde nicht nur die relativ günstige Konjunktorentwicklung sowie die Sanierung von Volkswirtschaft und Staatshaushalt durch den früheren Finanzminister und Ministerpräsidenten Persson am Ende doch honoriert, sondern auch die von ihm im Wahlkampf betonten traditionellen sozialdemokratischen Werte sowie sein Bekenntnis zum Ausbau des Wohlfahrtsstaates bei

gleichzeitigem Verzicht auf weitere Steuersenkungen. Diese Linie hat Wähler zur SAP zurückgeführt, die sie in den neunziger Jahren unter dem Eindruck des harten finanzpolitischen Sparkurses an die ex-kommunistische Vänsterpartiet verloren hatte. Letztere büßte nämlich genau soviel Mandate ein, wie die SAP gewinnen konnte, und zählt jetzt nur noch 30 Abgeordnete. Die Umweltpartei Miljöpartiet de Gröna konnte sich nur geringfügig auf 17 Mandate verbessern. Im bürgerlichen Lager verbuchte die konservative Moderate Samlingspartiet einen herben Rückschlag. Die Zahl ihrer Sitze sank um ein Drittel auf 55. Ursache des Debakels war nicht nur das mangelnde Charisma ihres Vorsitzenden Lundgren. Vor allem die in den Mittelpunkt ihres Wahlprogramms gestellte Forderung nach Steuersenkungen fand nicht die entsprechende Resonanz aufgrund des drastischen Vertrauensverlustes in Manager und Finanzmarktakteure. Auch das Versprechen, Deregulierungen und Privatisierungen fortzuführen, war nicht populär. Symptomatisch hierfür war das Ergebnis der gleichzeitig durchgeführten Lokal- und Regionalwahlen in Stockholm. Die Bürgerlichen verloren überraschend die Mehrheit, auch weil ihre Privatisierungspolitik vielen Wählern zu weit gegangen war. Die Kristdemokratiska Samhällpartiet büßte ebenfalls kräftig Stimmen und fast ein Viertel ihrer Mandate ein. Die immer noch vorwiegend im ländlichen Milieu verankerte Centerpartiets Riksorganisation konnte hingegen um vier auf 22 Mandate zulegen. Ein sensationelles Resultat erzielte hingegen die liberale Folketpartiet Liberalna; sie käme am ehesten als Koalitionspartner der SP in Frage, sollte diese ihren Rückhalt bei den anderen Links-Parteien verlieren. Ihre Reichstagsfraktion nahm um 31 auf 48 Abgeordnete zu. Geschickt hatte sie sich je-



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

ner Themen angenommen, die vielen Stimmbürgern auf den Nägeln brennen, vor allem die Verbesserung des Schulwesens (mehr Ordnung und Disziplin) sowie die Integration von Ausländern (Sprachtest vor Erlangung der Staatsbürgerschaft). Die politische Landschaft hat sich im Grunde nur wenig verändert. Umschichtungen fanden nur innerhalb und nicht zwischen den beiden politischen Lagern statt.

Die wieder von den Sozialdemokraten gestellte **Minderheitsregierung** unter Ministerpräsident Persson hat es also nicht leichter als in der letzten Legislaturperiode. Ein kurz nach den Wahlen vom bürgerlichen Lager unternommener Versuch, ihn per Misstrauensvotum zu stürzen, scheiterte jedoch. Das Kabinett ist weiterhin auf die parlamentarische Unterstützung durch Ex-Kommunisten und Grüne angewiesen. Letztere hatten ursprünglich den Eintritt in die Regierung und ein Ministerium verlangt. Ihre zunächst auf zwei Jahre befristete parlamentarische Stützung musste Persson mit einer Verlängerung des beliebten Elternurlaubs, einer Fortsetzung der ökologischen Steuerreform, einer Verkehrsberuhigung in den Innenstädten, der Einschränkung des Kabeljaufangs in der Ostsee sowie weiteren Abstrichen am Verteidigungsbudget erkaufen. Die Regierungspolitik rückt damit etwas mehr nach links – allerdings nicht zu weit –, wie der jetzt beginnende Kampf um die Senkung der im internationalen Vergleich weit überhöhten Krankenstandsquote zeigt.

Die Inangriffnahme einer tiefgreifenden **Verwaltungsreform**, die das in den Grundzügen 1634 geschaffene System auflösen soll, sieht vor, Kompetenzen der Kommunal- und Regionalinstitutionen zur Zentralregierung rückzuverlagern. Innerhalb der Regionen sollen Befugnisse gebündelt, vereinheitlicht und stärker kontrolliert werden.

Mit einer wesentlich verjüngten Regierung will Persson **Schweden in den Euro-Raum** führen. Am **14. September 2003** wird ein Referendum über die Einführung des Euro abgehalten. Dieses verpflichtet die Regierung zwar zu nichts, würde de facto jedoch verbindlich sein. 2005 oder 2006 könnte der Euro im Falle einer Zustimmung eingeführt werden. Umfragen zufolge lagen die Befürworter eines solchen Schritts während des zweiten Halbjahrs 2002 deutlich vorn. Doch ist der Vorsprung inzwischen erheblich geschrumpft. Während der letzten Jahre waren mehrere Stimmungsumschwünge zu beobachten, so dass die jüngsten Resultate keinen Schluss auf das tatsächliche Ergebnis erlauben. Entscheidend dürfte die Zustimmung des mächtigen Gewerkschaftsbundes LO sein, der diese jetzt noch von der Einrichtung von Pufferfonds nach finnischem Vorbild zur Abfederung konjunktureller Einbrüche abhängig macht.

Mit der bevorstehenden Aufnahme der mitteleuropäischen Länder sowie Estlands, Lettlands und Litauens stellt sich – wie auch in Finnland – die Frage eines **Beitritts zur NATO**

dringlicher als zuvor. Dies umso mehr, als die Verteidigungsausgaben weiter gekürzt werden. Doch lehnt immer noch eine Mehrheit der Bürger diesen Schritt ab.

Einigen **lohnpolitischen Sprengstoff** bergen die anstehenden Lohnverhandlungen im öffentlichen Dienst. Die Gewerkschaft fordert Lohnerhöhungen in Anlehnung an die mit spürbaren Produktivitätserhöhungen begründbaren relativ beträchtlichen Anhebungen in der Industrie, aber auch in der übrigen Privatwirtschaft. Bei der großen Zahl öffentlich Bediensteter und den vergleichsweise geringen Produktivitätsfortschritten in diesem Bereich kann die Regierung dem nicht zustimmen, wenn sie ihr Budget auch nur annähernd einhalten will.

Die **Atomausstiegsdebatte** flammt wieder auf. Ursache sind Stromknappheit und vervülfachte Elektrizitätspreise. Heftig wird nun ein Aufschub der für heuer geplanten Schließung des Atomkraftwerks Barsebeck II diskutiert, was den ohnehin unprogrammgemäß langsamen Ausstieg aus der Kernkraft noch weiter verzögern oder – wie von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht – gar stoppen könnte.

Wirtschaftspolitisch bleibt es bei dem Spagat zwischen der Aufrechterhaltung des Wohlfahrtsstaates einerseits und der weiteren Modernisierung des Landes sowie der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte andererseits. Das gilt zumindest bis zum Herbst 2004, wenn die parlamentarische Unterstützung des Kabinetts Persson durch die anderen Linksparteien möglicherweise ausläuft. Danach könnten sich die Akzente bei geänderter politischer Konfiguration wieder mehr zur Mitte hin verschieben. Ein grundsätzliches Abgehen vom konsolidierungsorientierten finanzpolitischen Kurs ist nicht wahrscheinlich. Die Finanzpolitik stimuliert weniger als 2002, doch die Geldpolitik wirkt leicht expansiv. Aber der steigende Wechselkurs der Krone baut die Unterbewertung der Krone weiter ab. Lohnpolitisch dürfte es nicht leichter fallen, die angestrebten nur moderaten Anhebungen der Arbeitseinkommen zu realisieren, nachdem die tariflichen Vorgaben im letzten Jahr spürbar überschritten worden waren. Integrationspolitisch hängt alles vom Referendum über die Euro-Einführung ab.

Wirtschaftsentwicklung 2002

Die **weltwirtschaftlichen Rahmendaten** stellten sich etwa folgendermaßen dar: In den **Vereinigten Staaten** stieg das reale Bruttoinlandsprodukt um 2 1/2%. In **Japan** entsprachen Nachfrage und Produktion annähernd den Volumina von 2001. In **Mitteleuropa** expandierte die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um fast 2 1/2%. In **Westeuropa**, wie auch in der EU, nahm das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1% zu; im Euro-Raum stieg es um gut 3/4% und in Deutschland um 1/4%. Der Einfuhrpreis für Rohöl betrug in den westlichen

Industrieländern im Jahresdurchschnitt ca. 25¹/₂ US-Dollar pro Barrel; gegenüber dem Vorjahr ist das eine Verteuerung um rund 4%. Industrierohstoffe (ohne Öl) verbilligten sich gegenüber dem Jahr 2001 auf Dollar-Basis um etwa 3%. Der Wechselkurs des Euro betrug im Schnitt des Jahres 0,95 US-Dollar; im Jahre 2001 waren es 0,90 US-Dollar gewesen. Das Volumen des Welthandels hat gegenüber 2001 um 2³/₄% expandiert.

Schweden ist wirtschaftlich günstiger durch das stark mit Unsicherheiten belastete Jahr 2002 gekommen als die meisten anderen westeuropäischen Volkswirtschaften. Die im Anschluss an die Stagnation während des ersten Halbjahrs 2001 zu beobachtende allmähliche Beschleunigung des Wirtschaftswachstums hat sich bis Mitte 2002 fortgesetzt. Danach verloren Nachfrage und Produktion infolge des spürbar verlangsamten weltwirtschaftlichen Wachstums sowie der noch nicht ausgestandenen Krise im Telecom-Sektor an Dynamik, blieben jedoch aufwärts gerichtet. Wesentlich stützend wirkte die – mit Blick auf die Parlamentswahlen im Herbst 2002 – ausgesprochen expansiv konzipierte Finanzpolitik, wobei man deren wünschenswerte antizyklische Effekte noch nicht ahnen konnte. Die Geldpolitik, seit 2001 kurzfristig schwankend in ihrer Ausrichtung, hat zunächst etwas gebremst, im zweiten Semester jedoch moderat stimuliert. Der Wechselkurs der Krone ist tendenziell gestiegen, doch wurde damit die 2001 eingetretene starke Unterbewertung erst teilweise ausgeglichen. Deutlich expansiv war die Lohnpolitik. Die Lohnsteigerungen lagen erheblich über den Tarifabschlüssen. Dies sowie Steuerentlastungen ließen den privaten Konsum lebhafter steigen als 2001. Der Staatsverbrauch nahm ebenfalls rascher zu, während die Bruttoanlageinvestitionen einbrachen. Da sich der Export erholte, die Einfuhr jedoch weiter sank, kamen auch vom Außenbeitrag Wachstumsimpulse. Das reale Bruttoinlandsprodukt expandierte um 1¹/₂%. Trotz dieser eher niedrigen Rate hielt sich die Beschäftigung auf hohem Niveau, und die Arbeitslosenquote blieb während des Jahres fast konstant auf einem im westeuropäischen Vergleich niedrigen Stand. Die Verbraucherpreise waren im Sommerhalbjahr stabil, erhöhten sich jedoch anschließend wieder. Die Leistungsbilanz wies wiederum einen deutlichen Überschuss aus.

Der private Konsum, der 2001 im Vorjahresvergleich annähernd stagniert hatte, erholte sich spürbar. Hierzu trugen die erheblichen Steuererleichterungen ebenso bei wie die günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt und die kräftig gestiegenen Reallöhne; infolge kräftiger Wage-drift wurden die tariflichen Lohnerhöhungen merklich überschritten. Obwohl die real verfügbaren Einkommen so stark stiegen wie seit 30 Jahren nicht mehr und sich das Konsumklima zunächst deutlich verbesserte, expandierte der private Verbrauch lediglich um 1¹/₄%; diese Erholung kam auch dem Absatz langlebiger Konsumgüter zugute, etwa den Käufen von Personautos, die 2001 kräftig geschrumpft waren. Die Erklärung liegt

in der um rund 3 Prozentpunkte gestiegenen Sparquote als Reaktion auf die in den Jahren 2001 und 2002 stark gesunkenen Aktienkurse. Diese brachen sogar stärker ein als in den Jahren der Depression 1929/32. Die privaten Haushalte hatten sich während der neunziger Jahre direkt und indirekt weit stärker bei Aktien engagiert, als das in den meisten anderen westeuropäischen Ländern der Fall war. Entsprechend einschneidend waren die Vermögensverluste und die Enttäuschung über diese Form der Daseinsvorsorge. Der Staatsverbrauch (+ 1¹/₂%) hat sich spürbar lebhafter erhöht als budgetiert und sogar etwas stärker als 2001. Das gilt nicht nur für den Zentralstaat, sondern auch für die Gebietskörperschaften. Die komfortable finanzielle Lage besonders der größeren Gemeinden bot allerdings auch den hierfür erforderlichen Spielraum, so dass sie ihre Konsumausgaben wieder um 2¹/₄% ausweiten konnten.

Die Bruttoanlageinvestitionen sanken vermutlich um 3¹/₂%, wobei die Einbrüche im Industrie- und im Dienstleistungssektor nicht von den kräftig expandierenden Bauinvestitionen ausgeglichen werden konnten. Beginnend 2001 war der Rückgang im ersten Halbjahr besonders ausgeprägt und schwächte sich anschließend ab. Am stärksten war das Minus in der verarbeitenden Industrie; hier waren die Anlageinvestitionen bereits 2001 kräftig gesunken. Dort hatte sich das Investitionsklima stark eingetrübt, wesentlich bedingt durch die abwärts gerichtete Auftrags- und Produktionsentwicklung in der IT-Branche als Folge der weltweiten Absatzkrise bei Telekommunikationserzeugnissen. Außerdem wurde der Aufbau des UMTS-Systems bei weitem nicht in dem geplanten Ausmaß realisiert. Dies nötigte u.a. Ericsson, eines der größten schwedischen Industrieunternehmen und einer der weltgrößten Produzenten von Mobiltelefonen, zu drastischen Investitionseinschränkungen. Auch waren die Kapazitäten im verarbeitenden Gewerbe insgesamt, gemessen am Durchschnitt der neunziger Jahre, spürbar unterdurchschnittlich ausgelastet. Und die Bestände an Auslandsaufträgen haben bis zur Jahresmitte erheblich abgenommen. Aber auch im Dienstleistungssektor wurde erheblich weniger investiert als im Jahr zuvor – Reflex der vorangegangenen Überinvestitionen. Die Bauinvestitionen nahmen kräftig zu. Das gilt besonders für den Wohnungsneubau. Er wurde durch weiterhin deutlich steigende Preise für Wohnimmobilien, günstige Hypothekenzinsen, den kräftigen Anstieg der realen verfügbaren Einkommen sowie die neue und erhebliche staatliche Förderung des Mietwohnungsbaus stimuliert. Demgegenüber sind Umbauten und Reparaturen weiter zurückgegangen. Wie an Hand der Haushaltsplanungen zu erwarten, hat auch der öffentliche Bau – mit Schwerpunkt Straßen- und Eisenbahnbau – kräftig zugelegt.

Bei der Ausfuhr von Waren und Dienstleistungen (+ ca. 3³/₄%) wurde die von Mitte 2000 bis zum Herbst 2001 reichende Rezession im Herbst 2001 von einer kurzen Erholung abgelöst, wesentlich getragen von dem wieder anziehenden Export

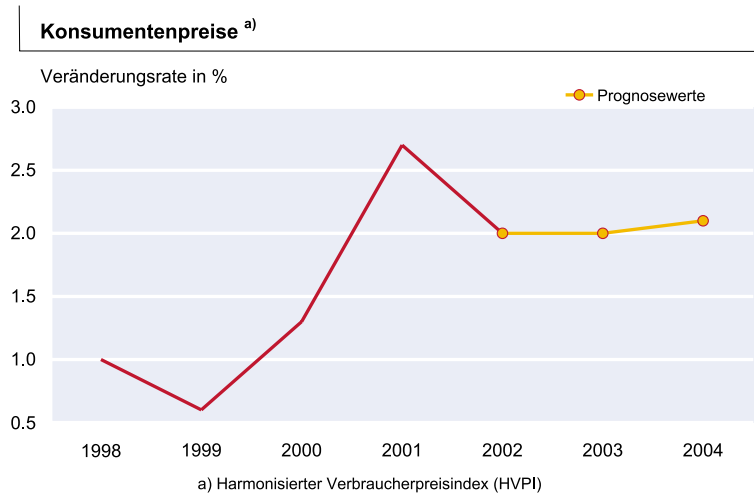
von Telekommunikationsgütern. Auch die Lieferungen von Vorprodukten und Nahrungsmitteln erhöhten sich spürbar, während die Ausfuhr von Pharmazeutika, Kraftfahrzeugen und Investitionsgütern stagnierte. Ausschlaggebend war die günstigere Weltkonjunktur, vor allem aber die deutlich zunehmende Nachfrage aus den USA. Mit dem anschließenden Nachlassen der weltwirtschaftlichen Auftriebskräfte und dem weiteren spürbaren Anstieg des Wechselkurses der Krone – der indes nur die ausgeprägte Unterbewertung verminderte – verschlechterte sich die Exportkonjunktur wieder. Während bei der Warenausfuhr gegenüber 2001 ein Plus zu verzeichnen war, ist der Dienstleistungsexport kräftig eingebrochen, bedingt durch schrumpfende Einnahmen aus der Schifffahrt sowie den nach starkem vorjährigem Anstieg stagnierenden Ausländertourismus. Die Einfuhr ging mit rund 3% nochmals merklich zurück, weil u.a. der Dienstleistungsimport einbrach; im Verlauf tendierte sie jedoch leicht aufwärts. Infolge dieser Scherenbewegung trug die Außenwirtschaft nennenswert zum Wirtschaftswachstum bei. Da sich die Terms of Trade wenig veränderten, stieg der Leistungsbilanzüberschuss auf ca. 4 1/2% des BIP.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war insgesamt günstig. Sie tendierte erst in den letzten Monaten zur Verschlechterung. Die Beschäftigung blieb gegenüber 2001 annähernd unverändert, weil das Personal im öffentlichen Dienst erheblich aufgestockt und die Notstandarbeiten ausgeweitet wurden. Die Arbeitslosenzahl stagnierte ebenfalls, auch weil die Zahl der Frühpensionierten deutlich stieg, so dass die Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt mit 4,9% (EU-Definition) jener von 2001 entsprach. Ein großes Problem für Arbeitgeber und die Staatskasse bildeten auch 2002 die weiter kräftig gestiegenen krankheitsbedingten Absenzen am Arbeitsplatz.

Die Preisentwicklung war zunächst geprägt von starken Verteuerungen bei elektrischem Strom sowie Frischgemüse und Obst. Dieser Effekt klang bald ab, sodass die **Konsumentenpreise** bis in den Herbst hinein stabil waren. Gegen Jahresende beschleunigte sich der Preisauftrieb, da sich nicht nur Mineralölzeugnisse (weltweit steigende Ölpreise), sondern auch Elektrizität (große Kälte und geringe Reserven in den Stauseen) erheblich verteuerten. Die Aufwertung der Krone hat dämpfend auf die Importpreise und damit auf die Inflation gewirkt. Im Jahresdurchschnitt lagen die Lebenshaltungskosten um 2% über dem Niveau von 2001.

Wirtschaftspolitik

Von der Wirtschaftspolitik wird die Konjunktur 2003 weniger starke Anstöße erhalten als im vergangenen Jahr. So



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

wirkt die Finanzpolitik nicht mehr so ausgeprägt expansiv wie 2002, während von der Geldpolitik Impulse kommen und der Lohnauftrieb nur wenig gedämpft werden dürfte. Retardierende Effekte resultieren aus der weiteren Aufwertung der Krone. Im Jahre 2004 sind kaum noch Anstöße zu erwarten. Die Finanzpolitik schwenkt auf eine annähernd konjunkturneutrale Linie ein, die geldpolitischen Stimuli werden im Verlauf schwächer, und die in den Jahren 2002 und 2003 erfolgte Aufwertung der Krone wird voll spürbar; eine leichte Überbewertung der Krone löst die vorherige Unterbewertung ab. Einzig von der Lohnpolitik sind im Zuge des sich verstärkenden konjunkturellen Aufschwungs weiter nennenswerte Impulse zu erwarten.

Von der Geldpolitik erhält die Konjunktur bis ins Jahr 2004 hinein Impulse (selbst wenn die monetären Zügel im Verlauf des kommenden Jahres wieder angezogen werden sollten). Sie werden im Herbst 2003 am deutlichsten spürbar sein. Stark fallen diese allerdings selbst dann nicht aus, wenn die Reichsbank den Leitzins in der nächsten Zeit nochmals um 1/4 bis 1/2 Prozentpunkt zurücknehmen sollte. Ein solcher Schritt wird in dem Maße wahrscheinlich, in dem sich die konjunkturelle Erholung verzögert, der Preisanstieg moderat bleibt, die Aufwertung der Krone weitergeht und die EZB ihren Schlüsselzins nochmals senkt. Um jeweils 1/4 Prozentpunkt hatte die Reichsbank ihren Leitzins bereits im November und Dezember 2002 herabgesetzt. Er beträgt derzeit 3 3/4%, während der Schlüsselzins der Europäischen Zentralbank (EZB) Anfang Dezember um einen halben Prozentpunkt auf 2 3/4% reduziert wurde, bei etwa gleichen Inflationsraten in Schweden und im Euro-Raum, so dass die kurzfristigen schwedischen Realzinsen höher liegen als dort. Begründet wurden die monetären Lockerungen mit schwacher Konjunktur und abflauernder Inflation, deren mittelfristige Entwicklung als im Einklang mit der stabilitätspolitischen Vorgabe der Notenbank gesehen wird. Zuletzt dürfte auch die Zinssenkung der EZB eine Rolle gespielt haben. Denn eine Vergrößerung des Zins-

abstands zum Euro-Raum hätte Kapitalzuflüsse ausgelöst und die Aufwertungsstendenz der Krone stärker als erwünscht gefördert. Den jüngsten monetären Lockerungen war jedoch – anders als bei der EZB – im März 2002 eine Straffung der monetären Zügel vorausgegangen (der als Leitzins dienende Repo-Satz wurde um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt heraufgesetzt), obwohl sich die Inflation tendenziell verlangsamte und der bis Herbst stark gesunkene Wechselkurs der Krone weiter stieg. Ausschlaggebend war jedoch die Befürchtung, der Preisauftrieb würde bei sich beschleunigender Konjunktur schon wieder an Schwung gewinnen, zumal die Teuerungsrate im März 2002 3% betragen hatte. Bei dieser Annahme schien die stabilitätspolitische Maßgabe gefährdet, der gemäß die weitgehend dem Verbraucherpreisanstieg entsprechende Kernrate der Inflation mittelfristig innerhalb einer Bandbreite von 2% +/- 1 Prozentpunkt gehalten werden soll. Der Wechselkurs der schwedischen Krone ist seit Jahren nicht nur gegenüber dem US-Dollar, sondern auch gegenüber dem Euro sehr volatil. Gegenüber dem Euro erfolgte zwischen Mitte 2000 und September 2001 eine kräftige Abwertung. Diese wurde begründet mit den ab Anfang 2001 erweiterten Möglichkeiten für Pensionsfonds und Privatanleger in ausländische Aktien zu investieren, mit den ausgeprägten Kursverlusten schwedischer Aktien nach vorangegangener Hausse, mit dem kleinen Währungsraum sowie mit der hohen Exportabhängigkeit des Landes. Für die Exportwirtschaft ein willkommenes Stimulans, schlug die Abwertung immer mehr auf die Preisentwicklung durch. Deshalb intervenierte die Reichsbank im Juni 2001 auch an den Devisenmärkten, nachdem während der ersten vier Monate 2001 rund 100 Mrd. SKR abgeflossen waren. Als auch der Einsatz von ca. 12 Mrd. SKR (1,3 Mrd. Euro) die Aufwertung nicht stoppen konnte (was einmal mehr die Unzulänglichkeit dieses Instruments gegen starke Marktkräfte unterstreicht), wurde im Juli 2001 der Leitzins um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt auf 4,25% erhöht. Zwei Monate später trat auf dem Devisenmarkt die Wende ein.

Gestützt auf die günstige Lage der öffentlichen Finanzen und animiert durch die im September fälligen Reichstagswahlen war die Finanzpolitik 2002 stark expansiv konzipiert worden. Erleichterungen bei der Einkommensteuer, Herabsetzung der Immobiliensteuer, das Vorziehen von für 2003 geplante Beihilfen für die Landwirtschaft, erheblich höhere Zuweisungen an die Kommunen und an das teilweise mangelhafte Gesundheitswesen etc., aber auch die schwächer als im Budget unterstellt verlaufende Konjunktur bewirkten eine markante Wende der öffentlichen Haushaltslage. Nach Jahren der Defizite wurden seit 1998 mit steigender Tendenz Überschüsse (2001 4,8% des BIP) ausgewiesen. 2002 gingen das Aktivum vermutlich auf $1\frac{1}{4}$ % und die Staatsverschuldung auf $52\frac{1}{2}$ % des BIP zurück. 2003 wird die expansive Linie nur noch verhalten fortgeführt. Die öffentlichen Haushalte werden vermutlich bestenfalls ausgeglichen abschließen – das mittelfristige finanzpolitische Ziel sieht über einen Konjunkturzyklus

hinweg einen Überschuss von 2% vor. Dies nicht nur, weil die Ausgaben spürbar erhöht werden, sondern weil das im Staatshaushalt unterstellte Wirtschaftswachstum mit 2,5% erheblich zu optimistisch und auch die Inflationsentwicklung mit 2,3% etwas zu hoch angesetzt ist. Folglich werden die Steuereinnahmen nicht wie vorgesehen steigen. Per saldo werden die Steuern nicht weiter gesenkt, und die Finanzpolitik zielt wieder mehr auf die Verbesserung von Sicherheit und Gerechtigkeit ab. So sind erhebliche Mehrausgaben für das Unterrichts- und Gesundheitswesen sowie für Familien und Pensionisten vorgesehen. Zudem wird die ökologische Ausrichtung des Steuersystems vorangebracht: Umweltbelastende Tätigkeiten werden höher besteuert und im Gegenzug die Einkommensteuer um 2,6 Mrd. SKR ermäßigt.

Bisher nicht gelöst wurde das die Staatskasse, aber auch die Wirtschaft in hohem und noch zunehmendem Maße belastende Problem der krankheitsbedingten Abwesenheit am Arbeitsplatz vor allem im öffentlichen Dienst. Eine heikle Angelegenheit, die vielfach als Rütteln an den Grundfesten des Wohlfahrtsstaats verstanden wird. Die Zahl der Krankgeschriebenen belief sich im Dezember 2002 auf rund 400 000, was $9\frac{1}{4}$ % der Erwerbsbevölkerung entspricht und die Staatskasse mit gut 42 Mrd. SKR belastet hat. Bis 2008 soll die Zahl halbiert und damit auf das Niveau Mitte der neunziger Jahre zurückgeführt werden. Dabei nimmt man besonders die Arbeitgeber in die Pflicht. Ihnen winken bei einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen Steuererleichterungen.

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen größeren Zuschnitts sind auch im kommenden Jahr trotz des hinter den Projektionen zurückbleibenden Wirtschaftswachstums nicht zu erwarten. Erstens zeigen die Erfahrungen vergangener Jahrzehnte, dass aktive Arbeitsmarktpolitik nicht eindeutig günstige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt hat. Und zweitens besteht im öffentlichen Dienst eine so große Nachfrage nach Kräften, dass sich die Arbeitslosenquote auch so bei einer Größenordnung von 5% halten lassen wird.

Energiepolitisch schlägt die Debatte über den weiteren Ausstieg aus der Kernkraft derzeit wieder hohe Wellen. Ursache ist die Stromknappheit in den nordischen Ländern, hervorgerufen durch den sehr trockenen Sommer 2002 und den nachfolgenden sehr kalten Winter. Auch hatten die Elektrizitätsgesellschaften trotz bedrohlich fallender Wasserstände in den Talsperren im Sommer noch lebhaft Strom exportiert. Die auf dem völlig liberalisierten Elektrizitätsmarkt geforderten Strompreise sind seit dem Sommer um etwa das Fünffache gestiegen. Das führte zu Produktionsdrosselungen in der Papierindustrie. Die Öffentlichkeit reagierte mit harschen Protesten, da etwa die Hälfte der Haushalte mit dem traditionell billigen Strom heizt. Normalerweise wird der Elektrizitätsbedarf zur Hälfte aus Wasserkraft und zur anderen Hälfte aus Atomkraft gedeckt. Nun muss in erheblichem Umfang Elektrizität – ökologisch bedenklich – aus dänischen und polni-

schen Kohlekraftwerken importiert werden. Vor diesem Hintergrund steht die für heuer – ursprünglich bereits für 2001 – vorgesehene Schließung der südschwedischen Atom-Zentrale Barsebeck II zur Debatte. Die Regierung will im März einen Entschluss fassen. Obwohl der Ausstieg aus der Kernkraft, basierend auf einem 1980 erfolgten Volksentscheid, der den Ausstieg aus der Kernkraft bis 2010 vorsieht, bereits 2000 mit der Abschaltung des Kraftwerks Barsebeck I eingeleitet wurde, ist die Atomdebatte wieder voll entbrannt. Umfragen zufolge befürworten knapp zwei Drittel der Bevölkerung die Weiterführung der jetzt noch arbeitenden elf Kernkraftwerke. Die auf billige Elektrizität angewiesene energieintensive Exportindustrie verweist auf die bei weiterem Atomausstieg drohende Gefährdung von Export, Produktion und Arbeitsplätzen und verweist auf den in Finnland beschlossenen Bau eines fünften Kernkraftwerks. Und schließlich haben sich die 1997 amtlicherseits gemachten Annahmen, dass der Jahresverbrauch bis 2002 um fünf Tera wattstunden gesenkt werden könne, als unberechtigt erwiesen – er stieg vielmehr um acht Tera wattstunden. Die Atomstromdebatte hat jedoch auch eine ordnungspolitische Komponente. Denn vielfach wird die Stromverteuerung auf die 1997 in den nordischen Ländern erfolgte Strommarktliberalisierung zurückgeführt, da die Produzenten wegen des hohen Konzentrationsgrades den Strompreis manipulieren könnten. Ferner wird auf die sich ständig ändernden fiskalischen Rahmenbedingungen für Investitionen in alternative Energien verwiesen, welche den Ersatz von Atomstrom aus diesen Quellen behinderten.

Lohnpolitisch dürfte die Entwicklung auch in diesem Jahr und 2004 im Sinne einer nennenswerten Dämpfung des Lohnauftriebs nicht in den Griff zu bekommen sein. Insgesamt zeichnet sich eine nur geringe Verlangsamung ab. Zwar liegen die tariflichen Abschlüsse im Privatsektor mit knapp 2¹/₄% p.a. bei den Stundenlöhnen deutlich niedriger als in den beiden Vorjahren. Aber die Wage-drift wird vermutlich wieder beträchtlich sein, so dass die Stundenverdienste mit 3³/₄% p.a. kaum langsamer steigen werden als zuvor. Im öffentlichen Dienst, dessen Beschäftigte immer energischer ein Aufholen ihrer Bezüge gegenüber dem Privatsektor fordern, und in dem auch noch Mangel an Arbeitskräften herrscht, ist keine Verlangsamung des Lohnauftriebs zu erwarten.

Integrationspolitisch steht 2003 die am 14. September stattfindende Volksabstimmung über den Beitritt Schwedens zum Euro-Raum im Mittelpunkt, zu dem das Land – im Gegensatz zu Dänemark und Großbritannien, die Ausnahmeregelungen genießen, – sich de jure beim Beitritt zur EU 1995 verpflichtet hatte. Das Referendum ist zwar rechtlich für die Regierung nicht bindend. Zweifel darüber, dass das Resultat von Regierung und Parlament akzeptiert wird, bestehen indes nicht. Ministerpräsident Persson, und mithin die Regierung, befürworten den Beitritt. Er sieht sich darin bestärkt durch die entsprechenden fast einstimmigen Voten von Parteivorstand und Vertrauensrat seiner Sozialdemo-

kratischen Partei vom Herbst 2002. Der Riss zwischen Befürwortern und Gegnern der Euro-Einführung geht durch alle Parteien, Verbände und Bevölkerungsgruppen. Grob gesagt sprechen sich jedoch Liberale Partei und die Konservativen schon seit langem für diesen Schritt aus. Heftig abgelehnt wird die Aufgabe der eigenen Währung von der die Regierung stützenden Linkspartei, den Grünen sowie dem ländlich geprägten Zentrum. Die Wirtschaft, in erster Linie große und mittlere Unternehmen sind schon länger für den Euro. Die Bevölkerung zeigt sich hingegen – Umfragen zufolge – sehr schwankend. Im Anschluss an die Euro-Bargeldeinführung im Euro-Raum stieg die Zustimmung auf über 50%. Doch ist sie seither wieder gesunken, wesentlich bedingt durch die in den Medien breit diskutierten Berichte von Stockholmern, die von den sehr beliebten Ausflügen zu den finnischen Ålandinseln zurückkehrten, empört über die im Zuge der Währungsumstellung vorgenommenen weit überrissenen Preiserhöhungen im dortigen Dienstleistungssektor – wie sie auch in den anderen Ländern des Euro-Raums zu beklagen sind. Es wird aber nicht nur von der Überzeugungskraft der Regierung, der Parteien und der Wirtschaftsverbände abhängen, wie die Abstimmung ausgeht, sondern insbesondere auch von der Haltung des in dieser Frage bisher eher skeptischen Gewerkschaftsbunds LO mit seinen 2,1 Mill. Mitgliedern (gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Schweden insgesamt 79%). Er macht einen Meinungswechsel abhängig von der Einrichtung eines Konjunkturpufferfonds im Umfang von 8 bis 11 Mrd. SKR nach finnischem Vorbild, auf dessen Mittel in Zeiten konjunktureller Schwäche zurückgegriffen werden kann, wenn die nationalen Kompetenzen zur Steuerung der Geld- und Wechselkurspolitik an die EZB übergegangen sind. Die Finanzierung soll über die Staatskasse – und nicht wie in Finnland durch Beiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern – erfolgen. Die Regierung konnte sich mit diesem Vorschlag noch nicht anfreunden. Sie scheint auf ausreichenden finanzpolitischen Spielraum zur Abfederung von konjunkturellen Schwächephasen als Ergebnis jahrelanger Budgetüberschüsse und entsprechend sinkender Staatsverschuldung abzielen. Allerdings geht die Finanzpolitik zumindest heuer in die falsche Richtung. Was die Erfüllung der Kriterien des Maastricht-Vertrages zum Beitritt in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion anlangt, so gelten diese mit zwei Ausnahmen als erfüllt. Erstens ist die Unabhängigkeit der Zentralbank noch nicht vollständig; das schwedische Parlament hat nach wie vor das Recht, über die Verwendung des Gewinns zu entscheiden (2002 etwa musste die Reichsbank gegen ihren Willen 20 Mrd. SKR an die Staatskasse abführen). Zweitens war der Wechselkurs der Krone gegenüber dem Euro bisher nicht stabil, sondern sehr volatil. Dieses Manko zu beheben, bleibt indes kaum Zeit. Sollte das Referendum nämlich positiv ausfallen, ist gemäß schwedischen Vorstellungen zum 1. Januar 2005 der Beitritt zum Wechselkursmechanismus des Europäischen Währungssystems (EWS) vorgesehen und An-

fang 2006 die Einführung des Euro als offizielles Zahlungsmittel. Im Lichte der Erfahrungen mit der Bargeldeinführung vor allem in Deutschland – wo sich die Regierung auf Zusagen von Verbänden verließ, die Umstellung inflationsneutral durchzuführen – und in Österreich, wo man hingegen über Monate hinweg strikte Preiskontrollen vor und nach der Einführung dekretierte, wäre die Regierung gut beraten, dem zwar ordnungspolitisch bedenklichen, aber stabilitätspolitisch gebotenen österreichischen Beispiel zu folgen. Die Ankündigung von flankierenden Preiskontrollen würde den vom Inflationsschub auf den Ålandinseln schockierten Kritikern den Wind aus den Segeln nehmen.

Wirtschaftsentwicklung 2003

Als weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen werden angenommen: Es kommt nicht zu einem bewaffneten Konflikt im Irak. In den USA erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um 2¹/₂%. Die gesamtwirtschaftliche Erzeugung expandiert in Japan um fast 3³/₄%. In Mitteleuropa nehmen Nachfrage und Produktion um 2³/₄% zu. In Westeuropa wird das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp 1¹/₂% ausgeweitet; für die EU sowie für den Euro-Raum sind etwas niedrigere Raten zu erwarten, während die Zunahme in Deutschland 1% beträgt. Der Einfuhrpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Schnitt des Jahres bei 24¹/₂US-Dollar pro Barrel. Die Preise für Industrierohstoffe (ohne Öl) steigen im Jahresmittel um 2¹/₂%. Der Wechselkurs des Euro bewegt sich im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1 bis 1,10 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels expandiert in einer Größenordnung von 5³/₄%.

Die schwedische Volkswirtschaft zeigt sich auch in der gegenwärtigen konjunkturellen Schwächephase gut fundiert und mit wenigen Schwachpunkten – was wesentlich den

Rosskuren der neunziger Jahre zu danken ist. Bezüglich der Umsetzung von Wirtschaftsreformen und von EU-Regulierungen nimmt sie einen Spitzenplatz ein. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um 1³/₄% und damit neuerlich stärker als der westeuropäische Durchschnitt expandieren. Im Verlauf setzt die Erholung nach einem schwachen ersten Quartal ein, wenn die weltpolitische Unsicherheit abgeklungen ist und auch die Weltwirtschaft wieder an Dynamik gewinnt. Das Wirtschaftswachstum wird deutlich stärker als im vergangenen Jahr von der Inlandsnachfrage getragen, obwohl die Wirtschaftspolitik nicht mehr so kräftig stimuliert. Privater Verbrauch und Bruttoanlageinvestitionen nehmen rascher zu, während der Staatsverbrauch etwas langsamer wächst. Die Ausfuhr kommt trotz weiter aufwertender Krone zunehmend in Schwung. Auf dem Arbeitsmarkt ändert sich die Lage nicht nennenswert und bleibt wesentlich günstiger als im westeuropäischen Durchschnitt. Die Inflationsrate entspricht etwa jener von 2002. Das Aktivum der Leistungsbilanz verringert sich, da die Importe kräftig zulegen.

Der private Konsum expandiert um ca. 2%. Im Verlauf ist eine im Frühjahr einsetzende und sich allmählich beschleunigende Erholung zu erwarten. Bei annähernd stabiler Beschäftigung stimulieren die, infolge der neuerlich erheblichen Wage-drift, wieder um fast 2% steigenden Reallöhne. Hinzu kommt, dass die 2002 so stark erhöhte Sparquote zumindest nicht weiter zunimmt. Bei sich stabilisierenden und im späteren Verlauf anziehenden Aktien- und Obligationenkursen treten keine weiteren Vermögensverluste mehr auf, nachdem das Gros der auf reichlich drei Viertel der Bevölkerung geschätzten Aktienbesitzer ganz überwiegend schwere Einbußen infolge der Aktien-Baisse der vergangenen Jahre hinnehmen musste. Die Zinsen sind gesunken, und die Preise für Wohnimmobilien tendieren weiter aufwärts. Und schließlich steigen die staatlichen Transfers infolge von erhöhten Sozialrenten, Lohnersatzleistungen bei Krankheit

Veränderungsraten des realen BIP und seiner Komponenten

– in % –

	2001 EU ^{c)}	2002 ^{a)} KI ^{b)}	KI ^{b)}	2003 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}	KI ^{b)}	2004 ^{a)} EU ^{c)}	OECD ^{d)}
Bruttoinlandsprodukt	1,2	1,6	1,8	2,2	2,5	2,7	2,4	2,8
Inlandsnachfrage	0,3	0,2	1,9	2,0	2,7	2,6	2,7	2,2
Privater Verbrauch	0,2	1,2	2,3	1,7	2,5	2,6	2,2	2,6
Staatsverbrauch	1,4	1,6	0,9	0,5	0,8	0,6	0,5	0,8
Bruttoanlageinvestitionen	1,5	– 3,5	1,5	3,8	3,8	4,8	4,1	4,2
Exporte ^{e)}	– 1,4	0,7	3,1	5,8	6,0	6,9	6,0	7,1
Importe ^{e)}	– 3,9	– 3,1	3,9	6,0	6,8	7,4	6,0	7,3
Industrieproduktion (ohne Bau)	– 1,7	1,1	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.
Konsumentenpreise (HVPI)	2,7	2,0	2,1	2,3	2,2	2,0	2,1	2,3
Arbeitslosenquote	4,9	4,0	4,4	5,3	4,1	4,3	5,3	4,0
Leistungsbilanz ^{f)}	3,3	4,5	4,3	3,8	3,5	4,6	3,7	3,7
Finanzierungssaldo des Staates ^{f)}	4,8	1,3	0,6	1,2	1,6	0,9	1,5	1,9

^{a)} Schätzungen. – ^{b)} Konjunkturinstitutet, Stockholm, vom Dezember 2002. – ^{c)} Kommission der EU, Brüssel, vom November 2002. – ^{d)} Organisation for Economic Cooperation and Development, Paris, vom November 2002. – ^{e)} Güter und Dienstleistungen. – ^{f)} In Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP).

und Erziehungsurlaub. Dem stehen moderate Steuererhöhungen gegenüber. Von der besseren Konsumkonjunktur profitieren in erster Linie dauerhafte Güter (u.a. Personenkraftwagen, Wohnungseinrichtungen) sowie nach den ausgeprägten Rückgängen in den beiden Vorjahren und begünstigt durch den vorteilhaften Wechselkurs der Krone auch wieder Auslandsreisen. Der Staatsverbrauch dürfte um $1\frac{1}{4}\%$ zunehmen.

Die Bruttoanlageinvestitionen (ca. + 1%) erholen sich ab dem Sommerhalbjahr allmählich. Anregend wirkt im weiteren Verlauf des Jahres der Dienstleistungssektor. Hier ist nach dem vorjährigen Einbruch erheblicher Nachholbedarf entstanden. Auch dürfte die öffentliche Hand ihre Bauinvestitionen neuerlich in einer Größenordnung von 5% ausweiten, wiederum mit dem Schwerpunkt Verkehrsinfrastruktur und hauptsächlich getragen von den Gemeinden. Der Wohnungsbau nimmt ebenfalls deutlich zu, stimuliert durch weiter deutlich steigende Wohnungs- und Hauspreise, günstige Zinsen sowie die Anfang 2003 gesenkte Umsatzsteuer auf den Bau von Wohnungen für Studenten sowie für ältere Menschen, was vor allem den Geschosswohnungsbau anregt. In die Renovierung und in den Umbau von Wohnbauten wird wieder mehr investiert. Demgegenüber lassen die Investitionsumfragen, die immer noch gedrückten Absatz- und Ertragsserwartungen sowie der fortgesetzte kräftige Produktivitätsanstieg – die Nominallohnerhöhungen um $3\frac{3}{4}\%$ will man durch scharfe Rationalisierung möglichst ausgleichen – trotz günstiger Finanzierungsbedingungen auf einen neuerlichen Rückgang der Ausrüstungsinvestitionen in der verarbeitenden Industrie schließen, womit sich die Rezession in diesem Bereich auf drei Jahre ausdehnt. Zwar hat sich die Auslastung der Kapazitäten im Laufe von 2002 nicht mehr nennenswert verringert. Doch lag sie zuletzt um rund 3 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt der neunziger Jahre.

Die Ausfuhr von Gütern und Dienstleistungen (+ $2\frac{3}{4}\%$) kommt nach dem Frühjahr allmählich wieder lebhafter in Schwung, angeregt von der sich verbessernden weltwirtschaftlichen Lage im Allgemeinen und dem aufwärtsweisenden Lagerzyklus im Besonderen. Da jedoch der internationale Zyklus bei Investitionsgütern (hier ist der schwedische Anteil am Weltmarkt in Relation zum BIP überdurchschnittlich hoch) erst im späteren Verlauf des Jahres wieder aufwärts zeigt und die Erholung im Telekommunikationssektor vorerst verhalten sein wird, bleibt die Zunahme deutlich hinter dem Wachstum des Welthandels zurück. Zudem wird die preisliche Wettbewerbsfähigkeit infolge der auch gegenüber dem Euro weiter aufwertenden Krone weniger günstig. Der Import expandiert nach zweijähriger Rezession mit $3\frac{1}{4}\%$ wieder spürbar. Hierzu trägt wesentlich die sich bessernde Konsumkonjunktur bei, die auch zu einem kräftigen Aufschwung der Auslandsreisen führen dürfte. Bei nun wieder annähernd im Gleichklang zunehmenden

der Ein- und Ausfuhr ist trotz verbesserter Terms of Trade ein Rückgang des Aktivums der Leistungsbilanz auf eine Größenordnung von 4% des BIP wahrscheinlich.

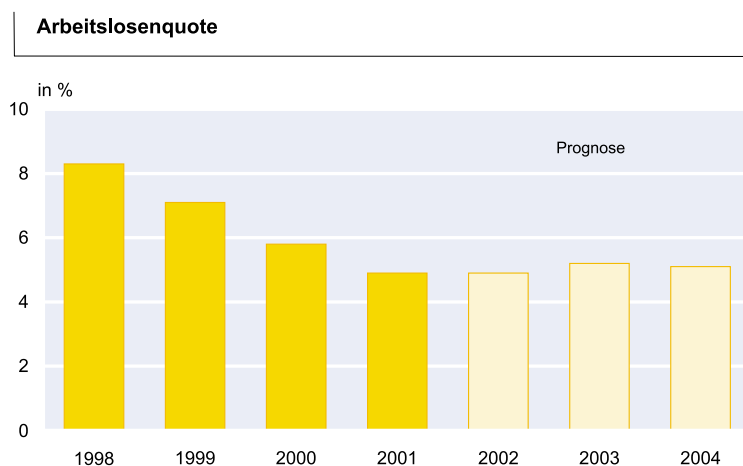
Auf dem Arbeitsmarkt ändert sich die Lage trotz allmählich verbesserter Konjunktorentwicklung nicht nennenswert. Erstens ist dieser ein Nachläufer der Konjunktur, und zweitens gibt es Anzeichen dafür, dass die Unternehmen 2002 vor allem Fachkräfte trotz ungenügender Auslastung gehalten haben. Weiter sinkende Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe wird etwa kompensiert durch zusätzliche Einstellungen im öffentlichen Dienst. Die Arbeitslosenquote dürfte – entsprechend den Kriterien von EUROSTAT – im Jahresdurchschnitt $5\frac{1}{4}\%$ betragen; die Beschäftigung sinkt nur wenig, und das Arbeitskräftepotential nimmt kaum zu.

Der Preisauftrieb setzt sich in der Grundtendenz etwa im Tempo des Vorjahres und annähernd dem westeuropäischen Durchschnitt entsprechend fort. Zunächst kommt es jedoch ölpreisbedingt zu einer Beschleunigung. Die Konsumentenpreise erhöhen sich im Schnitt des Jahres wieder um ca. 2%, wobei die Aufwertung der Krone weiter stabilisierend wirkt. Zudem wird der Anstieg der Lohnstückkosten etwas langsamer, und indirekte Steuern wirken in geringerem Maße preistreibend als 2002.

Wirtschaftsentwicklung 2004

Als weltwirtschaftliche Rahmendaten werden angenommen: In den Vereinigten Staaten expandiert das reale Bruttoinlandsprodukt um $2\frac{3}{4}\%$. Nachfrage und Produktion nehmen in Japan um $1\frac{1}{4}\%$ zu. In Mitteleuropa steigt die gesamtwirtschaftliche Erzeugung um ungefähr 3%. In Westeuropa, der EU und im Euro-Raum erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp $2\frac{1}{4}\%$; in Deutschland expandiert es um fast $2\frac{1}{4}\%$. Der Importpreis für Rohöl liegt in den westlichen Industrieländern im Jahresdurchschnitt bei 24 US-Dollar pro Barrel. Industrierohstoffe (ohne Öl) kosten etwa 6% mehr als 2003. Der Wechselkurs des Euro liegt im Schnitt des Jahres innerhalb einer Bandbreite von 1,05 bis 1,15 US-Dollar. Das Volumen des Welthandels dürfte in einer Größenordnung von 7% ausgeweitet werden.

In Schweden gewinnen bei etwa konjunkturaler wirkender Wirtschaftspolitik die zyklischen Aufschwungskräfte stärker an Dynamik. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte um $2\frac{1}{2}\%$ zunehmen. Dabei findet die Ausfuhr wieder zu ihrer Rolle als Konjunkturmotor zurück, stimuliert vom weltwirtschaftlichen Aufschwung. Obwohl der Import noch etwas stärker ausgeweitet wird, steigt der Leistungsbilanzüberschuss leicht. Auf breiter Front dynamisch entwickeln sich die Bruttoanlageinvestitionen, wobei besonders in Ausrüstungen lebhaft investiert wird. Während die Zuwachsrate des privaten Konsums etwas höher als 2003 ausfallen dürfte, wird der Staatsverbrauch



Quelle: EUROSTAT, Prognose des ifo Instituts.

nur noch wenig ausgeweitet. Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage insgesamt erst ansatzweise. Die Konsumentenpreise steigen in der Größenordnung der beiden Vorjahre.

Der Export von Waren und Dienstleistungen wird wieder zur dynamischsten Komponente auf der Nachfrageseite des BIP. Erfahrungsgemäß reagiert er annähernd simultan auf weltwirtschaftliche Aufschwünge, so dass die günstige Weltkonjunktur eine Zunahme um etwa $5\frac{3}{4}\%$ bewirken dürfte. Damit bliebe er allerdings hinter der Zunahme des internationalen Handels zurück, wofür es vor allem drei Gründe gibt. Erstens wird das Wirtschaftswachstum in Europa, wo gut zwei Drittel der Ausfuhren abgesetzt werden, weniger lebhaft sein als in den anderen Weltregionen. Zweitens wertet die Krone auch gegenüber dem Euro sowie der dänischen Krone und dem Pfund Sterling noch etwas auf. Drittens schließlich steigen die Lohnstückkosten vermutlich erneut etwas rascher als im westeuropäischen Durchschnitt. Vom weltweit aufwärtsweisenden Investitionszyklus wird der Absatz von Investitionsgütern überdurchschnittlich profitieren, da die schwedische Industrie auf diesem Gebiet besonders leistungsfähig ist. Auch die Lieferungen von IT-Gütern expandieren kräftig im Zuge der weltweit kräftig zunehmenden Nachfrage. Da der Import zwar lebhafter ausgeweitet wird als der Export, die Terms of Trade aber noch etwas günstiger werden, erhöht sich der Leistungsbilanzüberschuss in Relation zum BIP leicht.

Die Bruttoanlageinvestitionen nehmen mit etwa 4% deutlich zu. Das gilt besonders für die Ausrüstungsinvestitionen. Hierzu tragen nicht nur die steigende Auslastung der Kapazitäten, die immer noch günstigen Finanzierungsmöglichkeiten sowie günstigere Absatz- und Ertragsersparungen bei, sondern auch die zyklische Komponente. Diese kommt erfahrungsgemäß zum Tragen, wenn die Investitionen über einen längeren Zeitraum gesunken sind. Zwar wird unverändert intensiv in die Rationalisierung der Produktion

und in den Ersatz veralteter Anlagen investiert, um den Anstieg der Lohnstückkosten zu dämpfen. Aber es kommt auch zunehmend zur Erweiterung der Kapazitäten. Stimulierend wirkt ferner die nun deutlich anlaufende Umsetzung der Investitionsprogramme im IT-Sektor. Die Bauinvestitionen gewinnen zusätzlichen Schwung. Denn der öffentliche Bau dürfte im bisherigen Rhythmus ausgeweitet werden, und der Wohnungsbau nimmt – bei nur leicht steigenden Hypothekenzinsen – rascher zu, auch weil mehr Geld in die Renovierung des Bestandes fließt.

Der private Konsum (+ $2\frac{1}{2}\%$) expandiert zügig. Stimulierend wirken die in wenig verändertem Ausmaß steigenden Reallöhne, sowie die im späteren Verlauf des Jahres zunehmende Beschäftigung. Ferner sinkt die Sparquote weiter, denn der Schock über die während der Jahre 2000/2002 infolge der Baisse an den Aktienmärkten erlittenen Vermögensverluste klingt ab. Allerdings werden die staatlichen Transferzahlungen deutlich schwächer ausgeweitet als im Jahr zuvor. Wie 2003 dürften dauerhafte Güter überdurchschnittlich von der günstigen Konjunktur profitieren. Das gilt sowohl für Einrichtungsgegenstände als auch für Personenwagen und Geräte der Telekommunikation. Die sehr beliebten Auslandsreisen expandieren kräftig, auch weil sich die Krone weiter aufwertet. Der Staatsverbrauch erhöht sich um $\frac{3}{4}\%$ – teils konjunkturbedingt, teils infolge der nun konjunkturneutralen Finanzpolitik.

Auf dem Arbeitsmarkt bessert sich die Lage erst im späteren Verlauf des Jahres, wenn die Auslastung der Kapazitäten weiter gestiegen ist und besonders Fachkräfte wieder vermehrt gesucht werden. Die Beschäftigung nimmt dann etwas zu, und die Arbeitslosigkeit sinkt. Im Jahresdurchschnitt wird die Arbeitslosenquote bei sehr schwach steigendem Erwerbspersonenpotential nicht nennenswert niedriger liegen als 2003. Dies auch deshalb, weil die staatlichen Arbeitsbeschaffungsprogramme zurückgefahren werden dürften.

Die Preisentwicklung bleibt tendenziell mäßig aufwärts gerichtet, obwohl die Konjunktur spürbar anzieht. Doch die Importpreise wirken weiter dämpfend, und die Lohnstückkosten erhöhen sich langsamer. Nennenswerte Anhebungen indirekter Steuern sind nicht zu erwarten. Die Konsumentenpreise dürften neuerlich um rund 2% im Jahresdurchschnitt steigen.

Abgeschlossen am 24. Januar 2003

Die Verschlechterung des politischen Klimas USA/D gefährdet die deutschen Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern nicht¹

Anna Stangl

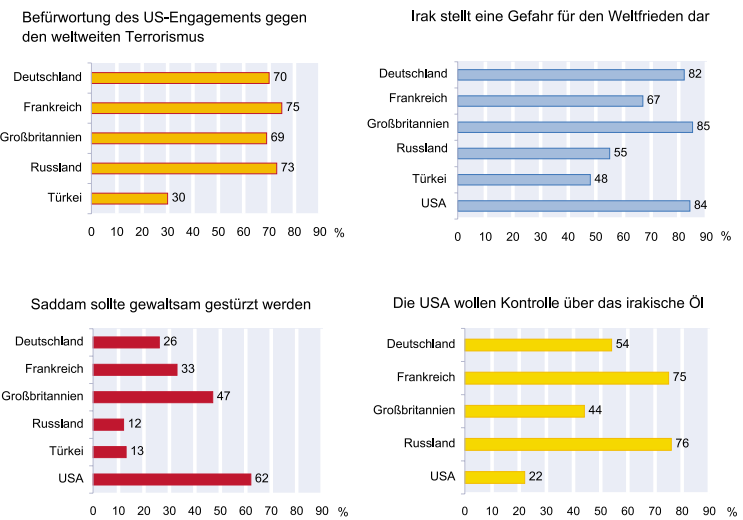
In der Presse wird die Haltung der USA in der Irak-Politik und die damit verbundene Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA heftig diskutiert. Unvermeidlich stellt sich die Frage, ob die deutsche Wirtschaft mit Konsequenzen aus dem politischen Konflikt zu rechnen hat. Um diese Frage zu beantworten, ist es sinnvoll, vorab einen Blick auf die globale politische Situation zu werfen, bevor man die Situation aus der Sicht deutscher Unternehmen gesondert betrachtet.

Die Beurteilung der politischen Haltung der USA im Irakkonflikt ist nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland von Widersprüchen geprägt. Eine weltweite Umfrage des unabhängigen Meinungsforschungsinstitutes *Pew Research Center*² zeigte, dass die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland (74%), Frankreich (67%), Russland (88%) und der Türkei (87%) sowie mehr als die Hälfte der Umfrageteilnehmer in Großbritannien (53%) gegen ein gewaltsames Vorgehen im Irak sind. Selbst in Großbritannien, dem treuesten Verbündeten Washingtons, ist laut Zeitungsberichten (*Neue Züricher Zeitung*, 7. Januar 2003, S. 3) die Mehrheit der Bevölkerung und insbesondere auch ein großer Teil der regierenden Labourpartei gegen einen Präventivschlag in Irak. Zwar wird im Allgemeinen Washingtons Engagement gegen den weltweiten Terrorismus begrüßt – doch gleichzeitig kommen Zweifel an den wirklichen Beweggründen und den weltweiten Konsequenzen eines Irakkrieges auf. So meinen rund 75% der befragten Bevölkerung in Russland und Frankreich, dass die USA den Krieg im Irak wollen, um die Kontrolle über das irakische Öl zu bekommen und der eigenen Wirtschaft aus der Konjunkturlaute zu helfen. In Deutschland waren 54% der Umfrageteilnehmer und in Großbritannien 44% der selben Ansicht (vgl. Abb. 1).

Das Argument der Massenvernichtungswaffen, das bisher in das Zentrum gestellt wurde, verliert immer mehr an Überzeugungskraft. Das Ziel des Regimewechsels in Bagdad auch ohne eindeutige Beweise für eine Verbindung zwischen al-Qaida und Saddam Hussein und für Iraks Verfügung über nukleare, biologische und chemische Massenvernichtungswaffen lässt so nicht nur in den deutschen Regierungskreisen kontroverse Meinungen auf-

Abb. 1

Meinungsbild der Weltöffentlichkeit zum Irakkonflikt



Quelle: Pew Research Center, 2002.

kommen. Die türkische Regierung hat dagegen eindeutig Stellung zum Irakkonflikt bezogen. Laut Presseberichten (*Neue Züricher Zeitung*, 7. Januar 2003, S. 3) hat der türkische Ministerpräsident Abdullah Gül betont, die Türkei sei eindeutig gegen einen Angriff auf den Irak.

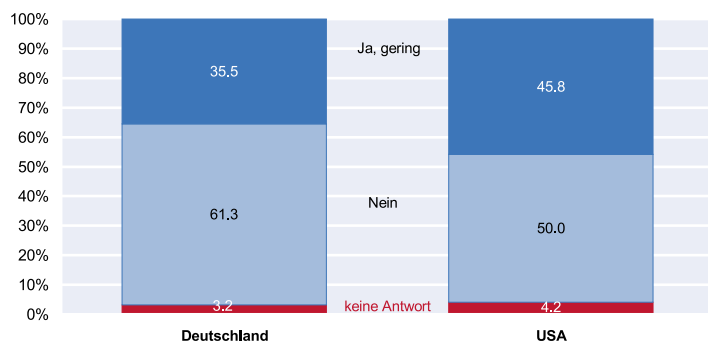
Angesichts dieser politischen Stimmung und des umstrittenen politischen Images der USA in der Weltöffentlichkeit sowie der konjunkturellen Schwierigkeiten der US-Wirtschaft, scheint es eher unwahrscheinlich, dass die USA nun auch die Wirtschaftsbeziehungen zu wichtigen Handelspartnern aufs Spiel setzen würden.

Bezüglich der Auswirkungen der Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA deu-

Abb. 2

Beurteilung der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern aus der Sicht beider Länder

Die Frage: Gefährdet die Verschlechterung des politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA die deutschen Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern beantworteten deutsche und US-amerikanische Experten wie folgt:



Quelle: ifo World Economic Survey, Oktober 2002.

¹ Umfrageergebnisse zu Auswirkungen des verschlechterten politischen Klimas zwischen Deutschland und den USA auf die deutschen Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern.

² Vom Juli bis Oktober 2002 befragte das unabhängige Washingtoner Meinungsforschungsinstitut mehr als 38 260 Menschen in 44 Ländern zu ihren Einstellungen zu Politik und Leben allgemein.

ten die Ergebnisse von zwei jüngsten ifo Umfragen (*ifo Konjunkturtest* und *ifo World Economic Survey (WES)*) darauf hin, dass die deutschen Exporte in die USA davon nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

Von den im Rahmen des WES befragten deutschen und amerikanischen Wirtschaftsexperten aus multinationalen Unternehmen und Institutionen in Deutschland und USA meinten 58,5%, dass die verschlechterten politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA keinen Einfluss auf die deutschen Exporte in die USA haben werden. 41,5% aller befragten Experten vermuten, dass die politischen Verhältnisse zwischen Deutschland und den USA eine geringe negative Auswirkung auf die deutschen Exporte haben könnten. Jedoch keiner der 55 deutschen und amerikanischen Wirtschaftsexperten war der Ansicht, dass das politische Tief einen bedeutenden Einfluss auf die deutschen Außenhandelsbeziehungen zu den USA haben werde (vgl. Abb. 2).

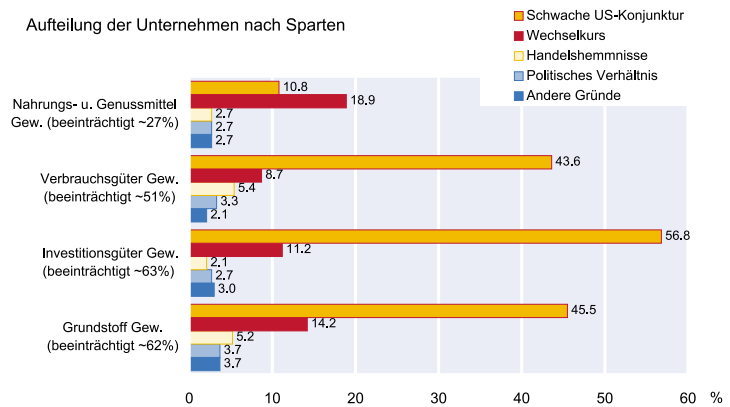
Das Meinungsbild der im Rahmen des *ifo World Economic Survey* befragten Experten wird durch die Ergebnisse einer Sonderfrage aus dem *ifo Konjunkturtest* untermauert. Zwar sehen derzeit etwa 60% der Industrieunternehmen ihre Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern beeinträchtigt, dies wird jedoch nur im seltenen Fall auf das verschlechterte politische Verhältnis zurückgeführt. Nur 3% der befragten Unternehmen gaben das *verschlechterte politische Verhältnis* als einen der Gründe für die Beeinträchtigung der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern an.

Die Angaben differenzieren jedoch zwischen den vier Sparten: Grundstoffe, Investitionsgüter, Verbrauchsgüter sowie Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

So berichteten nur 27% der befragten Unternehmen in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie von Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern, während bei den anderen Sparten dieser Anteil zwischen 50 und 65% lag. Hinsichtlich der Gründe für die Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen zu den US-Partnern wurde überwiegend die *schwache US-Konjunktur* verantwortlich gemacht. Eine Ausnahme bildete jedoch die Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Hier sei in erster Linie der ungünstige *US Dollar/Euro-Wechselkurs* für die Verschlechterung der Exporttätigkeit verantwortlich (vgl. Abb. 3).

Abb. 3

Gründe für Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern



Quelle: ifo Konjunkturtest, November 2002.

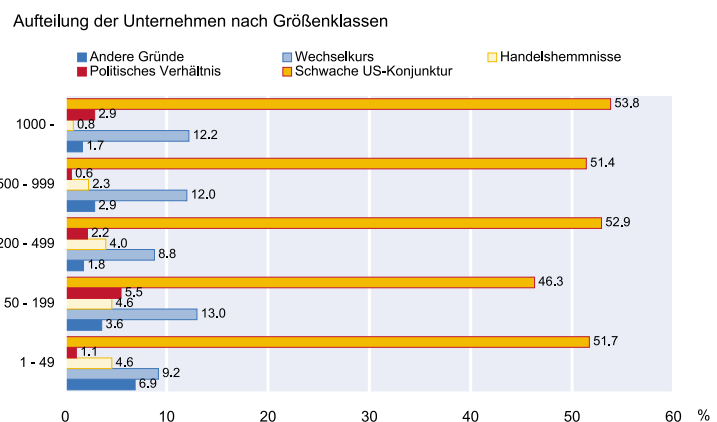
Die Aufteilung der Unternehmen nach Größenklassen³ hinsichtlich der Beschäftigtenzahl zeigte keine wesentlichen Unterschiede zwischen den jeweiligen Größenklassen in Bezug auf die Gründe für die schlechtere Nachfrage aus den USA. 41% aller befragten Unternehmen berichteten von keiner Beeinträchtigung der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern. Dieser Anteil schwankte nur geringfügig zwischen den jeweiligen Klassen.

Etwa 60% der Befragungsteilnehmer geht von einer *Stagnation* des US-Geschäfts in den nächsten sechs Monaten aus. Mit zunehmender Unternehmensgröße wird jedoch seltener von einer Abnahme der US-Exporte ausgegangen. Nur 7% der befragten Unternehmen mit 500 und mehr Beschäftigten erwarten eine Abnahme der US-Exporte in den

³ Unternehmensgrößenklassen nach Beschäftigtenzahl: 1-49; 50-199; 200-499; 500-999; 1 000 u. mehr Beschäftigte.

Abb. 4

Gründe für Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen zu den US-Partnern



Quelle: ifo Konjunkturtest, November 2002.

nächsten sechs Monaten. Dieser Anteil liegt bei den befragten Unternehmen mit weniger als 500 Beschäftigten zwischen 11% (Unternehmen mit 200 – 499 Mitarbeitern) und 18% (Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten). In den Kleinunternehmen (mit weniger als 50 Mitarbeiter) werden nach *schwacher US-Konjunktur* und *ungünstigem Wechselkurs*, *andere Gründe*, möglicherweise betriebsinterner Art, für die Beeinträchtigung des US Geschäfts genannt (vgl. Abb. 4).

Insgesamt liefern die Ergebnisse keinen Hinweis darauf, dass aufgrund des gespannten politischen Verhältnisses der Regierungen beider Länder in Folge der Meinungsverschiedenheiten betreffend des Irakkrieges, Auswirkungen auf die deutschen Exporte in die USA zu befürchten sind. Viel mehr ist die schwache Konjunkturlage in den USA für mögliche Beeinträchtigungen der Geschäftsbeziehungen verantwortlich.

Literatur

- Handelsblatt: *USA zahlen den Preis der Macht*. Nr. 236, 6./7.12.2002, S. 8.
Neue Züricher Zeitung: *Londons außenpolitische Prioritäten*. Nr. 4, 7.1.2003, S. 3.
Neue Züricher Zeitung: *Ankara für friedliche Lösung im Irakkonflikt*. Nr. 4, 7.1.2003, S. 3.
Russ H.G (2002), »Trotz politischer Klimaverschlechterung wenig Behinderung der US-Exporte«, *ifo Schnelldienst* 55 (20), 51.
The Pew Research Center for the People and the Press (2002): *What the World thinks in 2002 – The Pew Global Attitudes Project*. Die Studie ist im Internet unter <http://www.people-press.org/reports/files/report165.pdf> abrufbar.

ifo Architektenumfrage: Alle Indikatoren erreichen neue Tiefpunkte

42

Erich Gluch

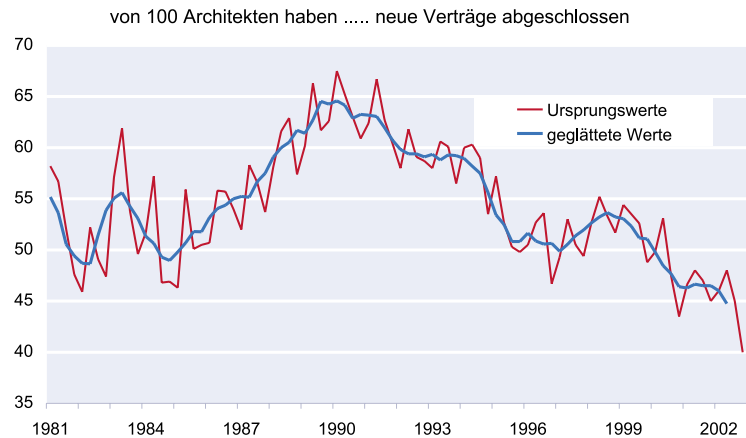
Nach den Ergebnissen der vierteljährlichen Umfrage des ifo Instituts bei den freischaffenden Hochbauarchitekten in neun Bundesländern (ohne Baden-Württemberg, Berlin und die neuen Bundesländer) hat sich das Geschäftsklima – das sich aus dem Mittelwert der Ergebnisse für die Beurteilung der aktuellen sowie der voraussichtlichen Auftragsituation errechnet – zu Beginn des 4. Quartals 2002 gegenüber dem Vorquartal erheblich verschlechtert. Es ist mittlerweile so frostig wie noch nie seit Beginn der ifo Architektenumfrage vor über 20 Jahren.

Die Geschäftslage wurde im Durchschnitt der Bundesländer schlechter als im Vorquartal beurteilt. Im Berichtszeitraum bezeichnete nur noch etwa jeder zehnte Testteilnehmer seine aktuelle Geschäftslage als »gut« (Vorquartal: 13%); der Anteil der »schlecht«-Meldungen stieg gleichzeitig von 55 auf 59%.

Noch vor rund drei Jahren waren die Geschäftserwartungen der Architekten von vorsichtigem Optimismus geprägt; d.h. die positiven Einschätzungen übertrafen etwas die negativen (vgl. Abb. 1). Nunmehr gingen nur noch 7% der befragten Hochbauarchitekten (Vorquartal: 8%) von einer »eher günstigeren« Auftragsituation in etwa einem halben Jahr aus. Der Anteil der Architekten, die eine »eher ungünstigere« Entwicklung erwarteten, kletterte sogar von 33 auf 41%.

Der Anteil der freischaffenden Hochbauarchitekten, die im 3. Quartal 2002 neue Verträge abschließen konnten, betrug im Durchschnitt der Bundesländer 40% (vgl. Abb. 2). Dies ist der niedrigste Wert seit über zwei Jahrzehnten. Bei der Interpretation dieser Daten sollte jedoch berücksichtigt wer-

Abb. 2
Vertragsabschlüsse der freischaffenden Architekten

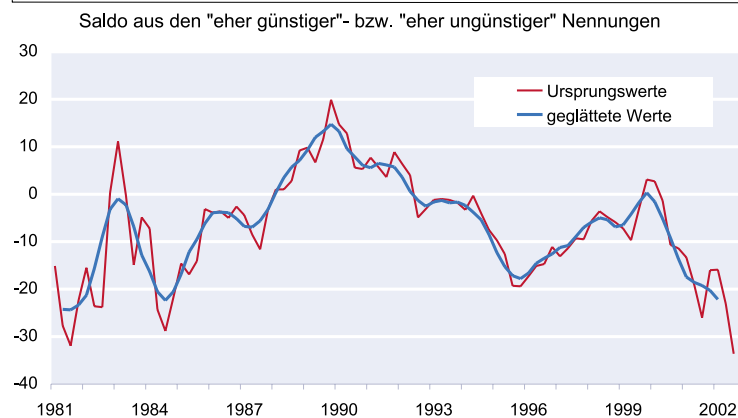


Quelle : ifo Architektenumfrage.

den, dass die Akquisitionserfolge der Hochbauarchitekten im dritten Quartal immer durch die beiden Ferienmonate Juli und August »beeinträchtigt« werden. Im Durchschnitt sind die Neuabschlüsse daher in diesem Quartal immer niedriger als in den übrigen drei Quartalen.

Das geschätzte Bauvolumen aus den neu abgeschlossenen Verträgen (Neubauten ohne Planungsleistungen im Bestand) erreichte im Durchschnitt der Bundesländer im 3. Quartal 2002 einen neuen Tiefpunkt. Seit dem Start der ifo Architektenumfrage vor über 20 Jahren wurden noch in keinem Quartal derart geringe Planungsvolumina aus neuen Aufträgen registriert. Zu dieser prekären Situation kam es, obwohl in keinem einzigen Teilsegment ein Tiefstwert erreicht wurde. Erstmals seit über zwei Jahrzehnten sind jedoch gleichzeitig der Wohn- wie auch der Nichtwohnbau in einer ausgesprochenen Schwächephase.

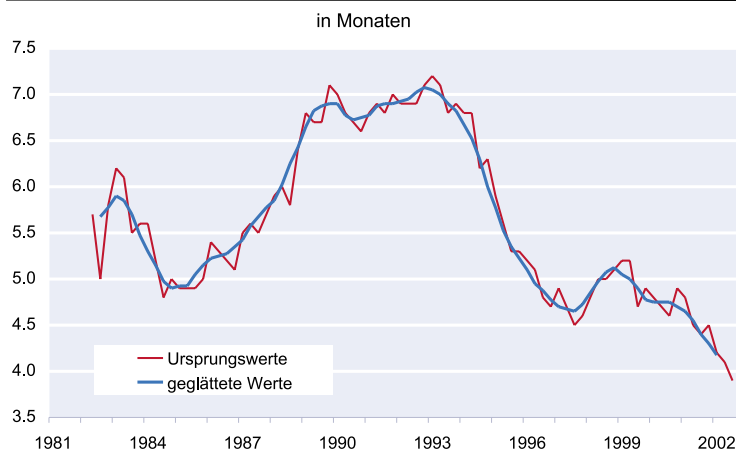
Abb. 1
Beurteilung der voraussichtlichen Auftragsituation durch die freischaffenden Architekten



Quelle : ifo Architektenumfrage.

So hat sich die Nachfrage nach Planungsleistungen sowohl für Ein- und Zweifamilienhäuser als auch für Mehrfamiliengebäude im Berichtszeitraum belebt. Gegenüber dem Vorquartal stiegen im Durchschnitt der Bundesländer die Planungsvolumina um rund ein Fünftel bzw. rund ein Viertel. Die gesamten Auftragsgänge im Wohnungsbau haben sich damit zwar vorsichtig von dem sehr niedrigen Niveau des Vorquartals gelöst. Vor rund fünf Jahren waren die durchschnittlich pro Quartal akquirierten Auftragsvolumina jedoch rund doppelt so hoch, vor etwa zehn Jahren sogar rund drei Mal so hoch. Insbesondere im Eigenheimbereich haben sich die Auftragsgänge im Verlauf der letzten Quartale jedoch etwas stabilisiert.

Abb. 3
Auftragsbestände der freischaffenden Architekten



Quelle : ifo Architektenumfrage.

Im gewerblichen Hochbausektor hielt die Zurückhaltung bei der Ordertätigkeit an, so dass sich der kräftige Einbruch im 2. Quartal 2002 nicht als einmaliger »Ausrutscher« herausstellte. In den meisten Bundesländern schwankten die Volumina der neuen Planungsaufträge von gewerblichen Auftraggebern unbeträchtlich um die Vorquartalswerte. Im öffentlichen Hochbausektor konnte – nicht ganz unerwartet – das hohe Niveau vom Vorquartal nicht gehalten werden. Die Planungsaufträge von öffentlichen Auftraggebern schrumpften um mehr als die Hälfte gegenüber dem 2. Quartal 2002.

Die Auftragsbestände, die vor rund zehn Jahren noch bei über 7 Monaten gelegen hatten, sanken – mit Ausnahme einer kurzen Zwischenerholung im Verlauf des Jahres 1998 – nahezu kontinuierlich von Quartal zu Quartal (vgl. Abb. 3). Zum 30. September 2002 wiesen die befragten Hochbauarchitekten im Durchschnitt der Bundesländer nur noch Auftragsbestände in Höhe von 3,9 Monaten auf. Dies ist ein neuer Tiefpunkt seit der Aufnahme dieser Frage in die vierteljährliche Erhebung.



P.O.Box 86 04 60
D-81631 Munich
Tel.: xx49-89-92 24-16 93
Fax: xx49-89-92 24-12 67
www.cesifo.de/isc

**CESifo International Spring Conference:
»Prospects for the European Economy«**

Thursday and Friday
20-21 March 2003
British Embassy
Berlin

Programme

March 20, 2003

- 12:00 Cold buffet lunch
- 13:00 **Welcome**
Paul Lever, British Ambassador, Berlin
Norbert Bensele, Deutsche Bahn AG, Berlin
Hans-Werner Sinn, President,
Ifo Institute for Economic Research, Munich
- 13:30 **The World Economy with Special
Reference to the United States**
Flemming Larsen, IMF Europe, Paris
- 13:50 **The European Economy – Analysis and Outlook**
Hans-Werner Sinn
- 14:10 **The Outlook for Central and Eastern Europe**
Willem H. Buiter, EBRD, London
- 14:30 Discussion
- 15:00 Coffee break
- 15:30 **China and the Asian NIEs**
Markus Taube, University of Duisburg
- 15:50 **The Asset Price Bubble**
Jim O'Neill, Goldman Sachs, London
- 16:10 **Financial Stability**
Claudio Borio
Bank for International Settlements, Basel
- 16:30 Discussion
- 17:00 End of first day
- 19:00 Dinner (by invitation of Deutsche Bahn AG)
British Embassy Berlin
Dinner speech: **Alfred Tacke**,
State Secretary in the Federal Ministry of
Economics and Labour, Berlin, and
Personal Representative of Chancellor Schröder
for the World Economic Summit

March 21, 2003

- 9:00 **Welcome**
Rainer Fehn
Ifo Institute for Economic Research
- 9:15 **Introduction**
Hans-Günther Vieweg
Ifo Institute for Economic Research
- 9:45 **Prospects for the European
Manufacturing Industries**
Moderator: Peter Marsh
Financial Times, London
- Steel Industry**
Tony Cockerill
University of Durham
- Chemicals**
Ralf Gronych
BASF, Ludwigshafen
- 11:00 Coffee break
- 11:15 **Capital goods**
Paul M. van Roon
Orgalime, Zoetermeer
- Automobiles**
Christophe Chabert
Renault, Paris
- ICT-Industry**
Uwe Kühne
IBM, Paris
- 12:45 General Discussion
- 13:15 **Concluding Remarks**
Hans-Günther Vieweg
- 13:30 Hot buffet lunch
- 14:30 End of conference

ifo Institut für Wirtschaftsforschung

im Internet:

<http://www.ifo.de>

